PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W. Maier – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim, Telefon: 0621 / 75 20 15 – Druck: Caro-Druck, Am Ochsenhorn 6, 6831 Plankstadt – Auflage: 32 000 – Redaktion: Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim, Telefon: 0621 / 75 20 14 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon: 0621 / 75 20 12 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnementsbestellungen an: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 5129, 6800 Mannheim 1 – Die Zeitung wurde am Dienstag, dem 20. Juli 1976, fertiggestellt.

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

22. Juli 1976 Jg. 4 Nr. 29 50 Pfennig

Rundreise von Edgar Z. Tekere
Mitglied des Zentralen Komitees der ZANU
(Afrikanische Nationalunion von Zimbabwe)
auf Einladung des Zentralen Komitees des KBW
mit Veranstaltungen in:

Heidelberg:	26.7.	Stadthalle	20 Uhr
Darmstadt:	27.7.	Justus-Liebig-Haus	19.30 Uhr
Karlsruhe:	28.7.	Festhalle Durlach	19.30 Uhr
Wiesbaden:	29.7.	Scala, Dotzheimer Straße 19	19.30 Uhr
München:	30.7.	Künstlerhaus, Lenbachplatz	19.30 Uhr
Westberlin:	31.7.	Neue Welt, Hasenheide	18 Uhr
Kiel:	1.8.		
Hamburg:	2.8.	Gustav-Radbruch-Haus S-Bahnhof Berliner Tor	19 Uhr
Göttingen:	3.8.	Weender Festhalle	19.30 Uhr
Hannover:	4.8.	Wülfeler Brauerei-Gaststätten Hildesheimer Straße 380	19 Uhr
Bremen:	5.8.	Mensa der Universität	19 Uhr
Bochum:	6.8.	Bochum-Querenberg Uni-Center, Bürgersaal	19 Uhr
Köln:	7.8.	Bürgerhaus Porz, Kaiserstraße 24 – 26	19 Uhr

Weg mit dem KPD-Verbot!

Am 17. August 1956 hat das Bundesverfassungsgericht das KPD-Verbot verkündet. Einen Tag später ist es in Kraft getreten. Mit dem KPD-Verbot wollte die Bourgeoisie den Sieg der Reaktion über die Arbeiterbewegung und die demokratische Bewegung besiegeln. Die Arbeiterbewegung und die demokratische Bewegung wird sich nicht entfalten können, wenn sie nicht diese Fesseln der Reaktion sprengt. Der KBW ruft dazu auf, am Mittwoch, dem 18. August, Demonstrationen gegen das KPD-Verbot durchzuführen.

Um den politischen Kampf für die Verwirklichung ihrer Interessen zu führen, baut jede soziale Klasse ihre Partei auf. Die Arbeiterklasse braucht eine revolutionäre Partei, denn ihre Interessen sind revolutionär. Die Arbeiterklasse wird ausgebeutet. Will sie sich von der Ausbeutung durch die Kapitalistenklasse befreien, muß sie die Revolution machen. Die Arbeiterklasse wird durch die Bourgeoisie unterdrückt. Will sie sich von der Unterdrückung befreien, muß sie den bürgerlichen Staat zerschlagen. Seit ihrer Entstehung führt die Arbeiterklasse den Kampf für den Aufbau ihrer Partei. Die Bourgeoisie ist gegen die Partei der Arbeiterklasse; sie versucht sie zu zerschlagen und von innen heraus zu zerstören. So hat die Bourgeoisie gegen die SPD das Sozialistengesetz erlassen. Als sie die Sozialdemokratie nicht zerschlagen konnte, hat sie diese erste marxistische Partei von innen heraus erobert und die Revolutionäre in der Partei unterdrückt. Die Revolutionäre haben 1919 die Kommunistische Partei gegründet. Sie wurde verfolgt, ihre Zeitungen wurden verboten. Die Faschisten haben alles daran gesetzt, die KPD zu zerschlagen. Es ist ihnen nicht gelungen. Die Bourgeoisie konnte auch nach dem erneuten Verbot der KPD von 1956 die Partei erst zerschlagen, nachdem der Revisionismus in der Partei die Herrschaft erobert hatte.

Das hat die Arbeiterbewegung und den Kampf um Demokratie in Westdeutschland zurückgeworfen. Aber die Arbeiterbewegung nimmt einen neuen Aufschwung. Sie entsteht aus dem Klassengegensatz selber. Der Imperialismus und die Unterdrückung durch den bürgerlichen Staat rufen den Kampf um Demokratie hervor. Das kann kein Verbot verhindern. Niederlagen werden verarbeitet. Der Klassenkampf wird fortgesetzt.

Die Arbeiterbewegung und die demokratische Bewegung haben sich in den letzten Jahren Rechte erkämpft. Sie haben sich das Demonstrationsrecht, das Streikrecht und das Organisationsrecht erobert. Der Aufbau der proletarischen Partei wird in Angriff genommen. Der Marxismus-Leninismus, die revolutionäre Wissenschaft der Arbeiterklasse, findet Widerhall. Die Schriften von Marx, Engels, Lenin, Stalin, Mao Tsetung werden in der Arbeiterklasse gelesen.

Zu Recht hält die Bourgeoisie all dies für eine Gefährdung ihrer Herrschaft. Zielstrebig verstärkt sie die Reaktion. Wie vor dem KPD-Verbot geht sie daran, Schläge auszuteilen, Verfolgung auszuüben, Gefängnisstrafen zu verhängen, die Gesetze zu verschärfen, um die revolutionäre Arbeiterbewegung und die demokratische Bewegung zu Boden zu werfen. Die Niederlage der Massenbewegung soll dann durch die Anwendung des KPD-Verbots besiegelt werden.

Die Verfolgung im öffentlichen Dienst, der Rausschmiß von Arbeitern und Angestellten, der Rausschmiß von Lehrern verfolgt diesen Zweck. Der Staatsapparat soll gesäubert werden, damit er als Unterdrückungsinstrument reibungslos einsetzbar ist. Die Angestellten im öffentlichen Dienst sollen sich gegenseitig und das ganze Volk bespitzeln. Dazu muß die gewerkschaftliche und demokratische Bewegung im öffentlichen Dienst gebrochen werden. Die führenden Kräfte sollen beseitigt werden.

Der westdeutsche Imperialismus hat große Expansionspläne. Er will sich am Kampf um die Neuaufteilung der Welt durch die beiden Supermächte entschieden beteiligten. Die heutige Arbeiterbewegung und die demokratische Massenbewegung sind das entscheidende Hindernis für diese Bestrebungen. Die Konsequenz der Bourgeoisie ist klar: Die Bewegung muß unterdrückt werden. Der Aufbau einer Führung muß verhindert werden, wie in den fünfziger Jahren die Bewegung gegen die Remilitarisierung unterdrückt und die KPD verboten wurde. Das KPD-Verbot existiert seit 20 Jahren. Es ist aber nicht Vergangenheit des BRD-Imperialismus. Die Bourgeoisie betreibt seine Anwendung. Man darf nicht abwarten, wie weit sie dabei gehen wird. Die demokratische Bewegung muß die Bourgeoisie und das KPD-Verbot angreifen.

Mannheim, den 20. Juli 1976
Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Zentrales Komitee
Ständiger Ausschuß

Boykott der Olympischen Spiele

Der Standpunkt der afrikanischen Staaten ist gerecht

„Politik beherrscht Olympia-Beginn", so schreiben die bürgerlichen Zeitungen. Weil es nicht ihre Politik ist, hebt die Bourgeoisie ein großes Wehgeschrei an. Politik waren die Olympischen Spiele von Anfang an. Begründet wurden die Olympischen Spiele der Neuzeit Ende des vergangenen Jahrhunderts, als die imperialistischen Mächte gegeneinander aufrüsteten für den Krieg um die Weltherrschaft. Die meisten Völker der Welt waren zu Anfang gar nicht vertreten beim großen „Fest der Völkerfamilie". Als Kolonien gehörten sie zum Besitzstand der Imperialisten, um den die Imperialisten gegeneinander stritten. Gegenüber der tatsächlichen Unterdrückung und Ausbeutung der Völker, der gewaltsamen Verhinderung ihrer nationalen Existenz, hat die Olympische Idee niemals die Fahne der Befreiung, sondern das Trugbild einer Völkerfamilie hochgehalten, das nur das Abbild der Herrschaft der Imperialisten über die Völker der Welt war.

Inzwischen hat sich die Lage auf der Welt geändert. Auch die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, wo der US-Imperialismus die Olympiade benutzte, um eine Völkerfamilie unter seinem Patronat vorzustellen, eine Schau der „freien Welt" auf der Grundlage der Vorherrschaft des US-Imperialismus, ist schnell und endgültig vorbei. Schon 1964 konnten die jungen Nationen der Dritten Welt durchsetzen, daß das südafrikanische Kolonialregime von den Spielen ausgeschlossen wurde, 1972 mußte das IOC dem Ausschluß des rhodesischen Kolonialregimes in Zimbabwe nachgeben. Die afrikanischen Staaten hatten unmißverständlich erklärt, andernfalls die Spiele zu boykottieren.

Die Forderung der afrikanischen Staaten, Neuseeland auszuschließen, das sich dem Boykott des südafrikanischen Kolonialregimes widersetzt, ist gerecht. Mit ihrem Boykott haben die afrikanischen und arabischen Staaten ihren unbeugsamen Standpunkt demonstriert, daß die Befreiung des südlichen Afrika die Sache aller afrikanischen Völker im Kampf um die Freiheit und Unabhängigkeit der afrikanischen Nation ist. Solidarisch haben sich dem Boykott die Delegationen der südamerikanischen Staaten Guayana und Barbados angeschlossen.

Das IOC dagegen versucht, das Rad der Geschichte zurückzudrehen und hat dafür die Quittung bekommen. Das IOC ist natürlich nicht das unabhängige Gremium, dem es nur um den Sport und nicht um die Politik geht. In ihm herrschen die imperialistischen Mächte, die die Olympiade weiterführen wollen im Geiste Coubertins, als Demonstration einer „Völkerfamilie", die sich „friedlich" den Imperialisten unterwirft.

Politik in seinem Sinne zu treiben hatte es schon versucht mit der Zulassung Taiwans, einer US-Kolonie, die der US-Imperialismus als Brückenkopf zur Rückeroberung Chinas unterhält. Daß es nur ein China gibt, die Volksrepublik China, mußte der US-Imperialismus vertraglich anerkennen. Aber so aussichtslos ihre Lage auch ist, die Imperialisten versuchen immer wieder das Rad der Geschichte zurückzudrehen, und sei es ein Schrittchen durch die Olympiade. Präsident Ford war dies immerhin wert, mit dem Boykott der US-Mannschaft zu drohen, und vergeblich versuchte das IOC, den Standpunkt des US-Imperialismus durchzusetzen. Das scheiterte an der unnachgiebigen und richtigen Haltung der kanadischen Regierung.

Daß diese Farce sich überhaupt solange hinziehen konnte, hängt entscheidend am Verhalten der anderen imperialistischen Supermacht. Der Vertreter der UdSSR im IOC erklärte: „Wir kämpfen hier nicht für Taiwan oder irgendein Land, sondern hier geht es um die strikte Wahrung der Olympischen Prinzipien." (nach Süddeutsche

Fortsetzung Seite 2

Terrorismus-Debatte vor dem UNO-Sicherheitsrat

Die Wölfe empfehlen sich als Weltpolizei

Keine Woche vergeht, in dem die Bundesregierung nicht offen und lauthals imperialistische Einmischung in die Angelegenheiten anderer Völker und Staaten propagiert. Nach der Absprache über den israelischen Überfall auf Uganda und der anschließenden Rechtfertigung dieser Aggression durch die Bundesregierung, hat der Kanzler Schmidt nun die Beschlüsse der Konferenz von Puerto Rico öffentlich bekannt gemacht, nicht um die dort beschlossene Einmischung in die italienische Regierungsbildung aufzudekken, sondern um die Einmischung ausdrücklich zu bekräftigen. (Siehe Artikel auf Seite 12) Die westdeutschen Imperialisten streben nach Vorherrschaft über Europa und nutzen jede Gelegenheit, lauter nach einem Recht auf imperialistische Einmischung zu rufen, als selbst die beiden Hauptkriegstreiber, die imperialistischen Supermächte USA und Sowjetunion. Nach dem Überfall auf Uganda bot die westdeutsche Bourgeoisie gleich einige Rechtsgelehrte auf, die das Völkerrecht im Sinne des alten Kolonialrechts frisierten, und vor dem Sicherheitsrat der UNO ist die Bundesregierung aufgetreten mit der Forderung nach einer „internationalen Vereinbarung gegen den Terrorismus".

Kurz zuvor hatte die Bundesregierung der israelischen Regierung gratuliert zu ihrem Überfall auf Uganda. Eine „Konvention gegen den Terrorismus" wird angestrebt, die dergleichen Überfälle für rechtmäßig erklärt.

Damit sind die Imperialisten vor dem UNO-Sicherheitsrat nicht durchgekommen. Was sie anstreben, war in diesen Tagen deutlich in den Zeitungen zu lesen, wofür das Folgende ein Beispiel ist:

Die „Süddeutsche Zeitung" bringt am 16. Juli einen ganzseitigen Juristenkommentar über „Israels Recht auf Selbsthilfe". Der Verfasser beginnt mit der Feststellung: „Die israelische Aktion vom 3. und 4. Juli 1976 dürfte nach dem Recht der UNO-Charta illegal sein." Als vorherrschende Meinung wird zitiert: „Die Kanonenbootpolitik sollte durch die UNO-Charta ein für allemal überwunden sein, wie auch die UNO-Abstimmung vom 2.11.1956 zum englisch-französischen Vorgehen in der Suez-Affäre (64 gegen 5 Stimmen) bewiesen habe."

„Dieses Ergebnis ist unbefriedigend", meint der juristische Fachmann der „Süddeutschen Zeitung". Er schlägt deshalb „einen Rückgriff auf ältere Völkerrechtstheorien vor", nach denen „die Intervention, d.h. die Anwendung von Gewalt gegen den fremden Staat selbst zur Durchsetzung eines behaupteten Anspruchs oder zur Abwehr eines drohenden Unrechts zulässig" sei.

Einmal in flotte Fahrt gekommen, folgt der Fachmann für imperialistisches Völkerrecht gleich noch einer „sehr frühen Doktrin", die „eine klare Rechtfertigung des israelischen Verhaltens" erlaube. Danach erlegt „das Völkerrecht den Staaten der Völkerrechtsgemeinschaft nur Verpflichtungen gegenüber zivilisierten Staaten auf". Und zur Aufklärung, was darunter zu verstehen ist: „Noch zu Beginn des 19. Jahrhunderts war es z.B. strittig, ob die Türkei oder China dazu zu rechnen seien."

Welche Staaten aktuell aus der „Völkerrechtsgemeinschaft" ausgeschlossen gehören, dazu hat der westdeutsche Rechtsdenker ebenfalls einige Vorstellungen: „Geht man zutreffend davon aus, daß die Völkerrechtsgemeinschaft auf einem Minimalkonsensus gewisser menschlicher Wertvorstellungen beruht, dann folgt daraus, daß sich ein Staat wie Uganda (hierher gehören auch andere Staaten wie Libyen, die Volksrepublik Jemen u.a.) aus der Völkerrechtsgemeinschaft ausschließt, wenn er durch Verstöße gegen elementare ethische Prinzipien das Lager der zivilisierten Staaten verläßt." Gegen solche Staaten seien die „zivilisierten Staaten" (. . .) „nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet, vorzugehen." Soweit der juristische Reaktionär namens Eberhard Klingenberg von der Universität Tübingen.

„Zivilisierte Staaten", das sind die USA, die gegen die Völker Indochinas Krieg geführt und Millionen von Menschen dabei umgebracht haben. Das ist Israel, das auf der Vertreibung und Ausrottung des palästinensischen Volkes aufbaut. Das ist die Sowjetunion, die die Völker Osteuropas unterjocht hält und 1968 in die CSSR einmarschierte, das heißt „Gewalt gegen den fremden Staat" anwendete „zur Durchsetzung eines behaupteten Anspruchs". Das ist schließlich die Bundesrepublik Deutschland, die überall in der Welt an der Ausbeutung der ärmeren Völker maßgeblich beteiligt ist und von ihrer Unterdrückung profitiert. Das ist die ganze internationale Konterrevolution, deren „Minimalkonsensus" an „elementaren ethischen Prinzipien" darin besteht, daß die unterdrückten Völker kein Recht auf Unabhängigkeit, Befreiung und Revolution haben.

Die Bundesregierung wird in der UNO-Vollversammlung, in der die Staaten der Dritten Welt in der Mehrheit sind, das verlangte Imperialistenrecht auf Intervention nicht durchsetzen können. Ebensowenig wie das den USA gelingt oder etwa der UdSSR mit der von ihr verkündeten Breshnew-Doktrin. Die imperialistischen Länder werden die Länder der Dritten Welt auch nicht dafür gewinnen, für sie die Weltpolizisten zu spielen gegen Angehörige des palästinensischen Volks, die versuchen, dem Zionistenstaat Schläge zu versetzen. Das alles ist vor der UNO-Debatte absehbar. Der Vorstoß der Bundesregierung vor der UNO und ihr Geschrei gegen den Terrorismus zielt auf das eigene Volk, das an imperialistische Rechtsvorstellungen gewöhnt, auf Aggression gegen fremde Völker vorbereitet und für sie gewonnen werden soll.

Der Widerstand gegen das südafrikanische Kolonialregime wächst

In Soweto wurde erneut gegen das südafrikanische Kolonialregime demonstriert. Der Kampf des Volkes von Azania ist durch keinen Terror mehr zu ersticken. Während und nach den großen Demonstrationen vor einem Monat wurden in Soweto 1 300 Personen eingekerkert. Darunter befinden sich nach Angaben der Zeitung „The Star“ aus Johannesburg viele Kinder. Jetzt ist der Prozeß gegen eine Gruppe von 40 Personen eröffnet worden, was nur zu neuen Demonstrationen gegen das Regime führte. Die Regierung setzte sofort drakonische Sicherheitsmaßnahmen in Kraft wegen der andauernden Agitation. Weißen wurde das Betreten von Soweto verboten, weil das Regime dort ihre Sicherheit nicht garantieren kann. Die Wiedereröffnung der Schulen für Afrikaner ist auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Alle öffentlichen Versammlungen wurden verboten und ein Gesetz für die „unbefristete Inhaftierung ohne Verurteilung aller Personen, die die öffentliche Ordnung in Gefahr bringen“ (Neue Zürcher Zeitung, 16. Juli), wurde in Kraft gesetzt. Außerhalb der Hauptstadt Pretoria wurde mit dem Bau von Barackenlagern begonnen, um dort nach Arbeitsschluß alle Schwarzen nachts außerhalb der Stadt einpferchen zu können.

In Soweto wurde ein Verwaltungsgebäude der Regierung von Schwarzen angegriffen, ein weißer Beamter wurde dabei erschossen. Mitten in Johannesburg wurde ein Lokal, das für Schwarze gesperrt ist, angezündet und ging in Flammen auf.

Die Tansam-Bahn von der Volksrepublik China an Sambia und Tansania übergeben: Völker der Dritten Welt helfen sich gegenseitig

Der stellvertretende chinesische Ministerpräsident Sun Tschien hat am 14. Juli die mit Chinas Hilfe gebaute 1 860 Kilometer lange Tansam-Eisenbahn formell an die Staatspräsidenten Tansanias und Sambias, Julius Nyerere und Kenneth Kaunda, übergeben. Die imperialistischen Länder hatten Hilfe beim Bau der Bahn abgelehnt: Die Bahn, durch die Sambia unabhängig wird von Erpressungsversuchen des rhodesischen Siedlerregimes, sei „unwirtschaftlich“. China hat für den Bau der Bahn zinslose Kredite in Höhe von etwa 1 Milliarde Mark gegeben. Auf die Rückzahlung von 100 Millionen Mark, die über den Kostenvoranschlag hinaus aufgewendet wurden. hat China ganz verzichtet.

Fortsetzung: Boykott der Olympischen Spiele

Zeitung, 17.7.) Und sie beeilten sich zu erklären, daß bei den Olympischen Spielen 1980 in Moskau jedes Land entsprechend den „Olympischen Prinzipien“ teilnehmen dürfe.

Diese sozialimperialistische Supermacht, die sich als Freund der Völker und Unterstützer ihres Befreiungskampfes ausgibt, unterstützt die US-Marionetten auf Taiwan gegen den gerechten Standpunkt der Volksrepublik China und fällt den afrikanischen Staaten in den Rücken. Sie ist einig mit allen Imperialisten gegen die Völker und rivalisiert mit dem US-Imperialismus um die Hegemonie über die Völker.

Das ist die weltpolitische Lage, die sich heute bei den Olympischen Spielen ausdrückt und auf sie auswirkt: Die Konkurrenz der Imperialisten, allen voran der beiden imperialistischen Supermächte, um die Vorherrschaft über die Völker und auf der anderen Seite der Kampf um Unabhängigkeit und Freiheit der Völker der Dritten Welt. Die beiden imperialistischen Supermächte haben zur Olympiade aufgerüstet wie zu einem Krieg. Millionen und aber Millionen Dollar und Rubel haben sie aufgewandt für die Heranzüchtung ihrer Sportler für das „Fest der Völkerverständigung“, wie sie es nennen. Das ist das getreue Abbild ihres Wettrüstens, das sie „Abrüstung“ und „Friedenspolitik“ nennen. In der sportlichen Aufrüstung folgen den beiden Supermächten dicht auf den Fersen die BRD und die DDR.

Daß dies nichts mit Politik zu tun habe, glaubt niemand mehr. Aber viele bedauern, daß die Politik sich in den Sport mische, der doch ganz unpolitisch sei. Das aber ist ganz falsch. Immer dient der Sport politischen Interessen, es fragt sich nur, welchen. Daß ein Volk den Sport gesellschaftlich organisiert, um Körpertüchtigkeit und Gesundheit zu erhalten, um den Zusammenschluß der Volksmassen und die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Völkern zu fördern, das ist ein politisches Interesse.

Daß die Bourgeoisie den Hochleistungssport fördert und dafür Milliarden ausgibt, aber den Schul- und Massensport verkümmern läßt, entspricht ihrem politischen Interesse. Jetzt bedauert sie sogar die schlechte Lage im Schulsport, aber nur, weil dadurch die Talentauslese für den Hochleistungssport schlecht sei, nicht um den Massensport zu fördern. Auch darin drückt sich ein politisches Interesse aus, eben das der herrschenden Bourgeoisie.

Die Förderung des Sports stärkt die Wehrkraft eines Landes, entscheidend aber ist, wem die Wehrkraft dient, nicht, daß der Sport die Wehrkraft erhöht. Dient sie dem politischen Interesse des Volkes, Freiheit und Unabhängigkeit zu verteidigen, oder wird sie betrieben, um für den imperialistischen Krieg zu rüsten? Der Sport ist also eine politische Angelegenheit, und damit steht immer die Frage, welcher politische Standpunkt gerecht ist.

Es ist daher eine große Heuchelei, wenn die Bourgeoisie jetzt die afrikanischen Staaten angreift, sie würden politische Interessen in die Olympischen Spiele reinbringen und die Spiele stören. Vielmehr ist es so, daß die Imperialisten im IOC ihre ungerechten politischen Interessen durchsetzen wollten. Da haben die afrikanischen Staaten nicht mitgemacht, und zwei lateinamerikanische Staaten haben sich dem Boykott solidarisch angeschlossen.

Gedeihen können die sportlichen Beziehungen wie alle politischen Beziehuungen nur auf dem gemeinsamen Interesse der Völker. Mit den afro-asiatischen Spielen haben die Völker Afrikas und Asiens daraus schon längst die Konsequenz gezogen und Sportbeziehungen aufgebaut, die dem Interesse der Völker an Befreiung, Selbstbestimmung und Unabhängigkeit dienen.

Die erneute Verhaftung des Rechtsanwalts Croissant

Ausschaltung jeder kollektiven, politischen Verteidigung

In der letzten Woche wurde der Rechtsanwalt Croissant verhaftet. Bis zu seinem gerichtlichen Ausschluß war Croissant Verteidiger der angeklagten RAF-Mitglieder in Stammheim. Der auf Croissant ausgestellte Haftbefehl wirft ihm Unterstützung dieser Gruppe vor. Als Beweis wird herangezogen, „daß der Angeschuldigte zum Aufbau und Funktionieren eines gut organisierten Informationssystems zwischen den inhaftierten Mitgliedern der kriminellen Vereinigung untereinander und mit Personen außerhalb der Haftanstalt wesentlich beigetragen hat“. Das ist alles. Nachdem Croissant schon einmal im Juni letzten Jahres verhaftet wurde und im August wieder entlassen werden mußte, erfolgt seine erneute Verhaftung genau zu dem Zeitpunkt, wo im Bundesrat neuerliche „Gesetze zur Bekämpfung des Terrorismus“ verhandelt werden.

Croissant ist verhaftet wegen Weitergabe von Zirkularen verhafteter Anarchisten. Der vom Bundestag verabschiedete Gesetzentwurf sieht vor, daß bei Verdacht auf Unterstützung einer terroristischen Vereinigung Untersuchungshaft angeordnet werden muß, auch wenn keine Fluchtgefahr besteht; daß der gesamte Schriftverkehr zwischen Verteidigung und Angeklagten überwacht werden kann; und daß zum Ausschluß von Verteidigern aus einem Gerichtsverfahren nur bloße Verdachtsmomente der Zusammenarbeit genügen. Somit wäre jegliche kollektive politische Verteidigung in einem politischen Prozeß beseitigt. Die schlichte Tatsache, daß die Angeklagten Zirkulare schreiben, damit sie gemeinsam einen Prozeß führen können, und daß diese selbstverständlich der Anwalt für seine Verteidigung braucht und an die anderen Angeklagten weitergibt, reicht für Untersuchungshaft. Damit hätte die Bourgeoisie sie erst einmal erreicht, was sie will: Sind mehrere politische Angeklagte vor Gericht, so darf seit längerer Zeit ein Verteidiger nur einen Angeklagten vertreten, was auf der einfachsten Ebene die Koordination erschweren soll. Dann soll auch noch jegliche Verbindung zwischen den Angeklagten und zwischen Angeklagten und Verteidigern unterbunden werden durch Überwachung des Schriftverkehrs und unter Strafe Stellen der Weiterleitung von Zirkularen. Die Bourgeoisie richtet ihren Staatsapparat aus und wappnet ihn. Jede beliebige Maßnahme der Verteidigung kann das Gericht zum Anlaß nehmen, um Verteidiger auszuschließen oder selbst in Untersuchungshaft zu stecken. Damit wären die Rechte der Angeklagten im Prozeß vollständig beseitigt. Das Schlußwort bleibt noch. Die Bourgeoisie ruft, es müßten Mittel und Wege gefunden werden, um der politischen Prozesse Herr zu werden.

Die Mittel und Wege, die zur Verhaftung von Croissant gefunden wurden, sind leicht zu durchschauen. Gerhard Müller, früher selbst Mitglied der RAF, hat ausgepackt und durch allerlei Geschichten versucht seine eigene schäbige Haut zu retten. Der Haftbefehl von Croissant führt dazu aus: „Dies ergibt sich auch aus den *sehr konkreten*, den Angeschuldigten insoweit belastenden Aussagen des erst im Jahre 1976 vernommenen Zeugen Gerhard Müller.“ Müller hat sich an die Bourgeoisie verkauft, die er noch vor kurzem angeblich so heftig bekämpfte, in der Hoffnung, einige Jahre weniger absitzen zu müssen. Er hat der Bourgeoisie einen guten Dienst erwiesen; er wird sich nicht auszahlen.

Massiver Ausbau des Werkschutzes

107 000 Mann stark sind die Werkschutzeinheiten, die von den Kapitalisten als private Sonderpolizei gegen die Arbeiter unterhalten werden. Das ist eine Berufstruppe von der vierfachen Stärke des Bundesgrenzschutzes und von etwa der Hälfte des Berufskaders der Bundeswehr. 55 000 von ihnen sind im betriebseigenen Werkschutz angestellt, 52 000 bei 824 Kapitalisten, die den Unterhalt solcher Überwachungs- und Kontrolltruppen gewerbsmäßig betreiben. Bei 5,9 Millionen Arbeitern in der Industrie ist das ein Werkschutzmann, den die Kapitalisten auf je 54 Arbeiter ansetzen. Nicht nur zahlenmäßig ausgedehnt wird der Werkschutz, sondern auch schlagkräftiger gemacht durch Anstellung jüngerer, arbeitsfähiger Männer als Polizisten. „Werkschutztätigkeit verlangt körperlich leistungs- und reaktionsfähige Menschen. Sie ist kein Rentnerjob. Erfreulicherweise läßt sich seit einiger Zeit eine Verjüngung des Wachpersonals in der Wirtschaft beobachten“, berichtet die „Koordinierungsstelle für Sicherheitsfragen beim Deutschen Industrie- und Handelstag“. (nach Blick durch die Wirtschaft, 19.7.76)

Devisenausgleichszahlung eingestellt, für Stationierung von US-Truppen wird weiter gezahlt

Die Devisenausgleichszahlungen, worüber die Bundesrepublik jahrelang den USA geholfen hat, den Vietnamkrieg zu finanzieren, sollen künftig eingestellt werden. Das ist das Ergebnis einer Verabredung zwischen Präsident Ford und Bundeskanzler Schmidt. An der Anwesenheit amerikanischer Besatzungstruppen in Westdeutschland soll sich nichts ändern. Im Gegenteil: Sie wird noch verstärkt. In Garlstedt bei Bremen soll eine amerikanische Panzerbrigade stationiert werden. Das ist der Bundesregierung so wichtig, daß dafür extra 171,2 Millionen DM Stationierungskosten gezahlt werden sollen. Im Bremer Raum haben sich inzwischen über 20 000 durch ihre Unterschrift gegen die Stationierung der US-Söldner erklärt.

Billige Rohstoffe für die Kapitalisten, bezahlt durch die Steuern der Werktätigen

Die Bundesregierung hat ein Programm vorgelegt, wonach westdeutschen Kapitalisten bis 1979 die Summe von 248 Millionen DM für Rohstofforschung aus den Steuergeldern der arbeitenden Klassen gezahlt werden soll. Das „Rahmenprogramm“ zur Erforschung und Gewinnung neuer Rohstofflager sei „nicht beschränkt auf die Bundesrepublik zu verstehen“, erklärte Minister Matthöfer. „Letztlich könne die Rohstoffbasis nur weltweit gesichert werden.“ Und damit weltweit sich die westdeutsche Finanzbourgeoisie Rohstoffe sichert und die Reichtümer fremder Länder risikolos ausplündern kann, zahlt die Bundesregierung die Millionen. In Einzelfällen würden dabei alle Erschließungskosten aus Steuergeldern bezahlt. Im Durchschnitt werden jetzt schon, vor Anlaufen des neuen Programms, 50 bis 75 Prozent der Kosten bezahlt. – (Nach Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. Juli)

Wachsende Schulden der RGW-Länder

Immer häufiger finden sich gegenwärtig Berichte über die rasch wachsende Verschuldung der RGW-Länder bei den westlichen imperialistischen Staaten. Kürzlich hat die Bundesbank veröffentlicht, daß die RGW-Länder, an der Spitze die sozialimperialistische Sowjetunion, mit insgesamt 20 Milliarden DM bei der Bundesrepublik und westdeutschen Banken und Kapitalisten verschuldet sind. In die Berichte mischt sich die Besorgnis, ob und wie die RGW-Länder Verzinsung und Tilgung aufbringen werden. Und ob nicht „Kurzschlußreaktionen“ zu befürchten seien. – Seitdem die Bourgeoisie in den RGW-Ländern wieder an die Macht gekommen ist, haben ausländische Imperialisten wieder die Möglichkeit, an der Ausbeutung der Arbeiterklasse dieser Länder mit zu profitieren. Unter der Herrschaft der Arbeiterklasse schritt der Aufbau der Sowjetunion und der osteuropäischen Länder nicht nur wesentlich rascher voran als gegenwärtig. Er geschah auch aus eigener Kraft. – (Nach Handelsblatt vom 15. Juli 1976)

Diskutiert wurde über Fragen der Arbeiterbewegung und den Sozialismus

Mannheim. „Sie reden von Demokratie – wo ist denn bei uns die Demokratie?“ ... „Uns, den Kleinen, wird alles abgeknöpft, und da reden Sie hier von Demokratie“, unterbrach empört eine ältere Frau die Aufforderung Martin Bangemanns, doch die FDP zu wählen, weil sie die Demokratie und Freiheit verteidige.

Aufgerufen hatte der FDP-Ortsverband Mannheim, und Bangemann, Mitglied des Bundestags, einer der Spitzenkandidaten der FDP, stand zwei Stunden lang Rede und Antwort.

Und wer geglaubt hatte, dieser Bangemann sei genauso lächerlich wie der örtliche FDP-Funktionär, der mit seinen gelben Luftballons auf dem Paradeplatz den Menschen im Wege stand, der sah sich getäuscht.

Es waren zahlreiche Menschen erschienen, etliche aufgrund der Anzeige im „Mannheimer Morgen“, doch sie waren nicht gekommen, um sich einfach eine Wahlrede Bangemanns anzuhören.

„Sie, die FDP, haben dafür gesorgt, daß den Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Ortszuschlag gestrichen wird, wenn Frau und Mann im öffentlichen Dienst arbeiten. Bei mir hat das über 200 DM ausgemacht.“ So griff ein älterer Kollege den Bundestagsabgeordneten an. Der mußte dies zugeben und ging auch gleich in die Offensive über: „Ja, sicher, dem haben wir im Bundestag zugestimmt. Das ist doch auch gerecht, daß nur einer den Ortszuschlag bekommt, wenn beide da arbeiten.“

Dafür schien er die Mehrheit der Umstehenden gewonnen zu haben, bis ein anderer vorrechnete, was denn die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst im Monat nach Hause bringen, nämlich nicht mehr als 1 500 DM im Schnitt, und daß die einheitliche Lohnforderung der ÖTV dieses Jahr genau richtig war, die Beschäftigten gegen den Dienstherrn zusammenzuschließen.

Dagegen trat Bangemann auch sofort als Dienstherr auf: „Jawohl, wir haben uns gegen diese Lohnforderung gewandt, denn wer viel leistet, der hat eben Anrecht auf mehr Geld, deshalb müssen die Erhöhungen nach Prozenten gestaffelt sein. Wir Freien Demokraten verteidigen entschieden das Leistungsprinzip.“

Und zu einem Mitglied des KBW: „Sie wollen in Ihrem System ja die Anglichung aller Löhne, da soll jeder gleichviel verdienen, egal, was er schafft – das ist ungerecht.“

„Sie reden von Leistung. Wir Kommunisten sagen, in dieser Gesellschaft sind es ausschließlich die Arbeiter, die was leisten, aus ihnen holen die Kapitalisten ständig mehr Profit. Wie ist das denn bei VW: 15 000 sind heute weniger im Betrieb, doch die Belegschaft produziert mehr als 20 Prozent mehr als früher. Die Kapitalisten eignen sich diesen Mehrwert an und legen ihn an in Fabriken wie z.B. in Brasilien, weil sie dort die Arbeiter zu noch viel besseren Bedingungen ausbeuten können.

Sie sind dazu angetreten in der Wahl, um diese Verhältnisse zu verteidigen. Wir Kommunisten treten ein für die Beseitigung der kapitalistischen Verhältnisse, für die Aufhebung des privaten Eigentums an Maschinen, wir treten ein für den Sozialismus. Sie vertreten das genaue Gegenteil und lassen sich von der Klasse, die Sie vertreten, fürstlich bezahlen.

Erst vor ein paar Tagen haben Sie mit den anderen Parteien einen Entwurf für die Diätenerhöhung vorgelegt.“

Dem stimmten einige der Umstehenden zu, und alle waren gespannt, was denn Bangemann darauf sagen würde. „Was die Diäten angeht, ist es zwar richtig, daß wir einen neuen Entwurf vorgelegt haben, aber die Zahlen, die darin enthalten sind, daß wir jetzt ein Grundgehalt von etwas mehr als 7 000 DM haben, die hat ein neutrales Gremium erstellt.“

„Wer hockt denn da drin?“, fragte einer der Umstehenden.

„Der Präsident der Deutschen Bundesbank, ein führender Journalist und der frühere Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes, ein unabhängiges Gremium, das die Leistung eines Abgeordneten objektiv bemessen hat.“

Damit konnte er die meisten Menschen nicht so recht überzeugen. Einige forderten, daß er jetzt auf die Frage der Mehrarbeit der Arbeiter eingehen solle.

„Ja, das ist sicher richtig, zuweilen und gerade in diesen Monaten ist es so, daß die Arbeiter mehr leisten müssen. Wissen Sie, ob die Arbeiter von VW vormals ausgelastet waren? Mehr arbeiten, das ist eben notwendig, und den Erfolg sehen Sie selbst: Wir stehen heute besser da als die meisten anderen Länder.“

„Die Kapitalisten stehen besser da!“

„Ganz so ist es doch nicht“, sagte ein Juso, „immerhin hat die Regierung die Mitbestimmung eingeführt für die Arbeiter. Ja, das hat die sozialliberale Koalition gemacht, aber der KBW ist ja gegen die Mitbestimmung.“

„Ja, allerdings sind wir das. Hier sind etliche Arbeiter unter den Herumstehenden, die arbeiten in verschiedenen Fabriken. Ist die Mitbestimmung eingeführt, dann sind die Arbeiter verantwortlich dafür, daß ‚ihr‘ Betrieb in der Konkurrenz besteht, das heißt, daß die anderen Betriebe pleite gehen. Wie wäre da ein einheitlicher Lohnkampf möglich? Wir, wie wir hier stehen, müßten ein Interesse daran haben, daß der Kollege, der jetzt von der Arbeit nach Hause kommt, arbeitslos wird, weil sein Betrieb nicht in der Konkurrenz bestehen konnte. Das ist die schlimmste Spaltung der Arbeiter, und weil das so ist, gibt es in den Betrieben auch wenige, die für die Mitbestimmung eintreten. Wir Kommunisten treten ein für die Stärkung der betrieblichen Vertretungsorgane, der Betriebsräte, um geschlossen gegen die Kapitalisten Forderungen durchzusetzen, nicht gemeinsam mit den Kapitalisten. Die Abschaffung des Kapitalismus, das ist unser Ziel.“

Noch einige Zeit diskutierten etliche Menschen über diese Frage. Aufgetreten ist Bangemann als Bourgeoispolitiker, gewinnen will er in der Diskussion die Menschen für die Ziele seiner Klasse – denn das sei, wenn auch manchmal unangenehm, immer noch der bessere Weg.

Stützen konnte sich Bangemann dabei auf ein paar FDP-ler und Reaktionäre, die stets in der Innenstadt bei größeren Diskussionen auftauchen. Ihre Einwürfe nahm er geschickt auf.

Doch die insgesamt 100 bis 150 Menschen, die stehengeblieben waren und diskutierten, erörterten nicht die Auffassung der Freien Demokraten. Diskutiert haben sie über die Auffassungen der fortgeschrittenen Arbeiterbewegung, über einheitliche Lohnforderungen im Lohnkampf und vor allem über den Sozialismus. (k.h., Mannheim)

1. Antwort auf den „Aufschwung“:

Kampf für Lohnerhöhungen!

Die Zeitungen sind jetzt voll mit Artikeln über die „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“. Der erste Vertrag der IG Metall mit den Metallkapitalisten über „vermögenswirksame Leistungen“ läuft aus. Er soll erneuert werden. Das ist ein Grund, warum die Zeitungen jetzt soviel über „vermögenswirksame Leistungen“ schreiben.

Der Hauptgrund ist, daß die Kapitalistenklasse ganz allgemein versucht, mit Hilfe des Konzepts der „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“ den Lohnkampf zu unterlaufen. Von diesem Konzept versprechen sich die Kapitalisten gerade jetzt eine doppelte Wirkung.

In vielen Betrieben gärt es. Es gibt Widerstandsaktionen gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedinungen. Es wird begonnen, über betriebliche Lohnerhöhungen zu diskutieren. Teilweise werden bereits Forderungen besprochen. Der Lohnkampf wird nicht auf die nächste Tarifauseinandersetzung aufgeschoben. Aber viele sagen, daß die Kapitalisten dabei nicht mehr so davon kommen dürfen wie in der letzten Tarifauseinandersetzung.

Die „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“ soll diesen Klärungsprozeß in der Arbeiterbewegung stören und aufhalten. Das ist die eine Seite. Die andere Seite ist, daß die „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“ eine besonders einfache Form des Kredits für die Kapitalisten ist. Die Kapitalistenklasse behält einen Teil des Lohns ein. Die Arbeiter erhalten dafür einen Anteilschein. Sie kommen auf sieben Jahre nicht an das Geld heran. Einstweilen können die Kapitalisten mit diesem Geld „arbeiten“. Sie nutzen es z.B. zur Lohnzahlung.

Nehmen wir die 26 DM, die als Lohnbestandteil auf Grund des jetzigen Vertrags jeden Monat einbehalten werden. Mit diesen 26 DM, die den Arbeitern nicht ausbezahlt werden, kann die Kapitalistenklasse bei der nächsten Lohnzahlung bereits einen Teil des Lohnes behalten. Der Arbeiter kann mit den 26 DM nichts anfangen. Die Kapitalistenklasse läßt sie für sich „arbeiten“. Sie kann den einbehaltenen Lohn direkt zur Bezahlung der Arbeitskraft nutzen. Im Verlauf der 7 Jahre spart die Kapitalistenklasse dabei mehr als einen Monatslohn pro Arbeiter. Das sind Milliarden.

Der Konsum der Arbeiterklasse wird durch die „vermögenswirksamen Leistungen“ eingeschränkt, der Konsum der Arbeitskraft durch die Kapitalisten wird bedeutend verbilligt. Es ist gut verständlich, warum die Kapitalisten die „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“ als Patentrezept anpreisen.

Der Chef des Mannesmann-Konzerns hat auf der Aktionärsversammlung dazu ausgeführt: „Die Ertragskraft der Unternehmen muß nicht nur vorübergehend in schwierigen Konjunkturlagen, sondern grundsätzlich und auf lange Frist gestärkt werden. Eine Lohnpolitik, die sich an den Erträgen von Boomjahren oder der Ertragskraft von Spitzenbranchen orientiert, zementiert die Arbeitslosigkeit. Eine beschäftigungsorientierte Lohnpolitik muß sich daher nach der durchschnittlichen Leistungsfähigkeit der Wirtschaft richten. In unserer sozialen Marktwirtschaft können zusätzliche Arbeitsplätze nur durch ein höheres Wachstum geschaffen werden. Höheres Wachstum setzt höhere Investitionen voraus. Es ist an der Zeit, darüber nachzudenken, ob wir in der Bundesrepublik in der Einkommenspolitik nicht grundsätzlich neue Wege suchen und gehen müssen. Wegen der notwendigen Stärkung der Ertragskraft der Unternehmen sollten wir die Versuche abbrechen, Vermögen über konsumierbare Löhne und Gehälter umzuverteilen. Wir sollten beginnen, Einkommensverbesserungen in einen konsumtiven und einen investiven Teil zu zerlegen.“

Hier handelt es sich um ein großangelegtes Programm der Monopolkapitalisten, die Löhne zu kürzen und die Finanzkraft der Konzerne direkt aus dem Lohn der Arbeiter zu stärken. Die Arbeitskraft wird den Kapitalisten ohnehin zur Verfügung gestellt, bevor sie die Kapitalisten bezahlen. Die Arbeiter stunden den Kapitalisten den Lohn. Sie arbeiten eine Woche, zwei Wochen oder einen Monat, bevor sie der Kapitalist bezahlt. Er kann sie schon aus den Produkten bezahlen, die die Arbeiter ihm produziert haben.

Mit diesem Kredit geben sich die Kapitalisten nicht zufrieden. Sie wollen einen Teil des Lohns direkt als Kredit einbehalten. Gerechtfertigt wird dieser neue Anschlag auf den Lohn mit der Arbeitslosigkeit, die durch den „Aufschwung“ beseitigt werden müsse. Der Aufschwung sei aber nur möglich, wenn die Kapitalisten Investitionen durchführen. Investitionen würden die Kapitalisten aber nur durchführen, wenn sie großartige Profiterwartungen hätten. Wie der BDI, der Verband der Kapitalisten, in seinem Jahresbericht feststellt:

„Die Kernfrage lautet also: Wie kann die Gewinnerwartung und damit die Investitionsneigung der Unternehmen nachhaltig und auf Dauer gesichert werden?“

Die Antwort steht allemal fest: Durch Lohnsenkungen kann die Gewinnerwartung der Kapitalisten gesteigert werden. Haben die Kapitalisten sich bis vor kurzem bei ihren Angriffen auf den Lohn auf die Krise berufen, so berufen sie sich jetzt auf den „Aufschwung“:

„Um den Aufschwung nicht zu gefährden, darf der gegenwärtig stattfindende Prozeß der Ertragsverbesserung nicht gefährdet werden. Die Lohnpolitik der nächsten Monate und des Jahres 1977 hat dabei eine besondere Bedeutung, weil steigende Rohstoffkosten bereits jetzt den notwendigen Prozeß der Ertragsverbesserung beeinträchtigen. Auf dem Wege zu einer normalen Ertragslage, die die Voraussetzung für eine verbesserte Eigenkapitalbasis darstellt, ist die deutsche Metallindustrie nur ein kleines Stück vorangekommen.“

Diese Äußerung stammt von Dieter Kirchner, dem Hauptgeschäftsführer des Metallkapitalistenverbandes „Gesamtmetall“. In der Krise sollen die Arbeiter ihre Interessen den Profiten der Kapitalisten unterwerfen, von denen ja nach Ansicht der Kapitalisten das Glück der Menschheit abhängt. Jetzt, im „Aufschwung“, sollen sie erst recht ihre Interessen der Profiten der Kapitalisten unterwerfen. Mit „Aufschwung“ ist der Aufschwung der Profite gemeint.

Im Lohnkampf stillhalten und den Kapitalisten Profite produzieren, so lautet der Appell der Bourgeoisie an die Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse ist aber nicht gewillt, diesem Appell zu folgen. Deshalb sind die Gewerkschaftsführer mächtig ins Schwitzen gekommen, um ihrerseits Druck auf die Arbeiter zu machen. „Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes Vetter hat die günstige Preisentwicklung zum Anlaß genommen und am Wochenende nochmals darauf hingewiesen, daß angesichts des sich beruhigenden Preisklimas ‚Nachschläge‘ zur diesjährigen Lohnrunde nicht gerechtfertigt seien. Damit wollte der DGB-Vorsitzende offenbar seine Kollegen in den Industriegewerkschaften davor zurückhalten, durch entsprechende Äußerungen ungerechtfertigte Erwartungen in der Arbeitnehmerschaft zu wecken“, berichtet die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 12. Juli.

Tatsächlich haben die Gewerkschaftsführer alle Hände voll zu tun, um ihre „Vermögenspolitik“ in den Betrieben an den Mann zu bringen. Die Verwaltungsstelle Mannheim der IG Metall hat jetzt eine Presseerklärung veröffentlicht: „Nicht nur die anhaltend hohen Temperaturen und die dadurch fast unzumutbaren Arbeitsbedingungen in den Betrieben“ erhitzten „die Gemüter“. Auch das „Geschehen in unserer Gesellschaft“ habe daran „einen beträchtlichen Anteil“. Die Gemüter sollen durch die vermögenswirksamen Leistungen beruhigt werden: „Die Verlängerung und Erhöhung des Tarifvertrages über vermögenswirksame Leistungen steht jetzt zunächst an; die Antwort der Metallindustriellen wird den weiteren Ablauf dieses Jahres bestimmen.“ (Mannheimer Morgen, 16.7.)

Was in Wirklichkeit jetzt ansteht, ist der Kampf gegen die rabiate Auspressung von Mehrarbeit und für einen höheren Lohn. Um diesen Kampf zu führen, braucht man auch keineswegs auf die Antwort der Kapitalisten auf die Verhandlungsangebot der IG Metall über vermögenswirksame Leistungen zu warten. Die Notwendigkeit dieses Kampfes ergibt sich aus den Tatsachen des „Aufschwungs“ selber.

Jeder Arbeiter weiß, wie die Kapitalisten die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit genutzt haben und jetzt noch nutzen, um die Arbeitsleistung in immer weniger Arbeitszeit zusammenzupressen und so die Arbeitszeit erbarmungslos zu verdichten. Das Ergebnis dieser Verschärfung der Ausbeutung liegt jetzt auch in den dürren Zahlen des Statistischen Bundesamtes vor. Danach ist das Produktionsergebnis pro Arbeiterstunde bereits im Februar 1976 gegenüber 1970 um 42 Indexpunkte und allein von April 1975 auf Februar 1976 um fast 11 Indexpunkte gestiegen (1970 ist gleich 100 %, April 1975 ist gleich 131,5 %, Februar 1976 ist gleich 142,3 %). Das ist das gleiche, wie wenn die Kapitalisten den Arbeitstag entsprechend verlängert hätten und noch nicht mal für Überstunden bezahlen müßten. Statt die Arbeitszeit auszudehnen, haben sie die Arbeitszeit verdichtet.

Ist es den Kapitalisten gelungen, die Arbeitszeit der Arbeiter gehörig zu verdichten, dann wächst erst recht ihr Hunger nach Überstunden und Sonderschichten. Trotz Zuschlägen kommt sie das beträchtlich billiger als die Neueinstellung von Arbeitern. So entwikkelt sich in den Betrieben ein Kleinkrieg zwischen Arbeitern und Kapitalisten um die Länge des Arbeitstages. Aber auch um diesen Kampf führen zu können, ist gegenwärtig die Lohnfrage entscheidend. Die niedrigen Löhne sind der ökonomische Hebel, durch den der Kapitalist immer mehr Arbeit aus den Arbeitern herauspreßt zwecks Steigerung seiner Profite. Die ganze bürgerliche Öffentlichkeit einschließlich der Gewerkschaftsführer preist den Aufschwung und meint den Aufschwung der Profite.

Die Arbeiter haben keinen Grund, sich durch dieses Geschrei davon abhalten zu lassen, gerade jetzt den Kampf für Lohnerhöhungen vorzubereiten und aufzunehmen.

USA-Imperialismus / Israel / Phalangisten:

Die Reaktionäre bereiten eine Offensive vor



Der sowjetische Flugzeugträger „Kiew“ passiert die Meerenge am Bosporus. Zum ersten Mal hat die sozialimperialistische Supermacht ihren größten und modernsten Flugzeugträger ins Mittelmeer geschickt. Der Träger ist 245 Meter lang und hat 40 000 Tonnen. An Bord sollen sich 25 Hubschrauber und ebensoviele Kampfflugzeuge befinden.

Die Botschaft des US-Imperialismus wird geschlossen, und alle Amerikaner sind aufgefordert, das Land zu verlassen. Die Luftfahrtgesellschaft PanAmerican stellt ihre Tätigkeit in Beirut ein und verkündet dies in großen Zeitungsanzeigen. Zugleich werden die Waffenlager der Phalangisten aufgefüllt: „Die christlichen Befehlshaber setzen in letzter Zeit ihr Material in einem Ausmaß ein, das auf einen sicheren Nachschub aus einem reichlichen Arsenal über gesicherte Verbindungswege schließen läßt.“ (Frankfurter Rundschau, 20. Juli) Die Zusammenarbeit zwischen dem zionistischen Besatzerstaat und den Phalangisten intensiviert sich: „Frachterkapitäne bestätigen, daß von Christen kontrollierte Schiffe Waffen aus Israel nach Libanon transportieren. Manchmal lassen sie sogar Zypern auf diesen Fahrten aus, obgleich die Zwischenstation in zyprischen Häfen bisher als Tarnung der Transporte diente.“ (Frankfurter Rundschau, 20. Juli) Diese Reaktionäre haben Reportern bei ihren Angriffen auf das Palästinenserlager Tel-Al-Zaatar amerikanische M-16-Gewehre gezeigt und erklärt, daß sie aus Israel stammen. Die zionistische Kriegsmarine hat schließlich auf hoher See ein Schiff gekapert, das aus Ägypten mit Waffenlieferungen für die libanesische nationale Bewegung unterwegs war, und hält es fest. Diese Zusammenarbeit zwischen den Phalangisten und den Zionisten beweist, wie recht die libanesischen Volksmassen haben, wenn sie sich gegen das Regime der Reichen erheben und deren Herrschaft über den Libanon stürzen wollen!

Syrien hat seine Truppen im Libanon weiter verstärkt. Sie sind jetzt auf etwa 20 000 Mann Stärke angewachsen. „Die Syrer halten eine Blockade aller muslimisch-progressiv beherrschten Häfen aufrecht, während der Hafen der Christen, Jounieh, von der Blockade freizubleiben scheint.“ (Neue Zürcher Zeitung, 14. Juli) Baalbek sollen die syrischen Truppen nach viertägigen Kämpfen erobert haben. Tripoli wird von syrischen und Phalangistentruppen mit Mörsern beschossen, die Phalangisten sollen inzwischen den Südeingang der Stadt erobert haben. Es ist so, wie PLO-Vorsitzender Arafat sagte: Die libanesischen Volksmassen und die palästinensischen Massen geraten zwischen Hammer und Amboß.

Die sozialimperialistische Macht übt jetzt Druck auf Syrien aus: Es soll seine Truppen zurückziehen. Dies hat ihr Botschafter Soldatow erklärt. (Le Monde, 15. Juli) Das ist ein Schwenk, denn zunächst hatte diese gegen den Einmarsch der syrischen Truppen keine Einwände erhoben. Sie erhoffte sich darüber eine Stärkung ihres Einflusses gegenüber der anderen Supermacht. Ministerpräsident Kossygin sollte diesen sicherstellen und war nach Damaskus gereist. Er mußte jedoch feststellen, daß Syrien keineswegs gedenkt, sich zum Stützpunkt der Sowjetunion machen zu lassen. Jetzt hat die Sowjetunion zum erstenmal einen Flugzeugträger – die „Kiew“ – ins östliche Mittelmeer entsandt. Gegenwärtig hat sie dort 70 Flotteneinheiten stationiert. Ihre Regierungszeitung „Iswestija“ erklärte: „Russische Seeleute segelten auf dem Mittelmeer seit undenklichen Zeiten. (...) Nein, wir kommen in diese See nicht als Gäste.“ (Nach Hsinhua, 11. Juli) Ihr geht es keineswegs um die Rechte der libanesischen Volksmassen und um die palästinensische Revolution. Ihr geht es um imperialistische Machtpositionen. Die Schwächung des palästinensischen Befreiungskampfes paßt ihr ins Konzept. Der Vertreter der PLO in Peking, Abu Ramzi, erklärte am 15. Juni: „Das möchte ich klar sagen: Wir wollen einen demokratischen Staat für die arabische Bevölkerung und sogar für jene Leute, die ursprünglich als Invasoren herkamen. Oft sagten wir zu unseren sowjetischen Freunden, daß die 242-Resolution nichts mit uns zu tun hat. Aber sie insistieren auf dieser Resolution. Die Sowjetunion spricht von den Grenzen des Staates, aber es ist doch schließlich unser Land. Wir sind nicht gegen einen Abzug von Israel aus manchen Gebieten, wir wollen das Ganze. Die Russen wissen, daß es sich um ein amerikanisches Komplott handelt. Was bedeutet da ihr tödliches Schweigen? Sie wollen uns klein kriegen.“ (Zitiert nach: Klassenkampf, Zeitung des Kommunistischen Bundes Wien)

Die letzte Konferenz der Außenminister der Arabischen Liga am vergangenen Mittwoch hat den Angriffen der Reaktion auf die Massen kein Ende bereiten können. Die PLO hat zu dieser Konferenz erklärt: „Wenn die arabische Stellungnahme weiterhin unverantwortlich bleibt, wird der palästinensische Widerstand die Maßnahmen ergreifen, die ihm aufgezwungen werden. Die Mission der arabischen Sicherheitsstreitkräfte, die nach dem ersten Treffen des Rates letzten Juni gebildet wurden, ist inzwischen eingefroren.“ PLO-Sprecher Awad hat Syrien angeklagt, daß es an der Konferenz teilnimmt, „um Staub in die Augen der arabischen Welt zu streuen und Zeit zu gewinnen, bis seine libanesischen Verbündeten Vorteile errungen haben“. Zur Empfehlung der Gipfelkonferenz, daß ein Versöhnungsgespräch zwischen der syrischen Regierung und der PLO geführt werden soll, hat die PLO einen klaren und richtigen Standpunkt bezogen. Sie hat drei Bedingungen für eine mögliche Versöhnung gestellt: erstens Rückzug der syrischen Truppen, zweitens Aufhebung der Blockade und drittens Garantien für den palästinensischen Widerstand. Farouk Kaddumi (PLO) hat außerdem gefordert, daß zu diesen Gesprächen Vertreter der libanesischen nationalen Bewegung hinzugezogen werden. Alles andere läuft in der Tat darauf hinaus, den Klassenkampf im Libanon zu verfälschen in einen Konflikt zwischen Palästinensern und Libanesen. Die syrische Regierung hat diese Bedingungen abgelehnt; die syrischen Truppen intensivieren ihre Kampfhandlungen gegen die Volksmassen.

Die Schlacht um das Lager Tel-Al-Zaatar konnte nach wie vor nicht von der Reaktion zu ihren Gunsten entschieden werden. Mittwoch, den 14. Juli, ist William Haoui, Vorsitzender des Militärrats der Phalangisten, von palästinensischen Kämpfern getötet worden. Sonntag wurde ein Großangriff der Reaktionäre, der fünf Stunden dauerte, zurückgeschlagen. Aus dem Lager heraus hat eine schwedische Krankenschwester einen Bericht durch Telefon gegeben, den „Le Monde“ veröffentlicht hat: Tausend Verwundete liegen ohne jede Medikamente und Wasser im Lager. Sie sind in zwei unterirdischen Hospitälern untergebracht. Die Phalangisten verhindern den Zutritt des Roten Kreuzes zum Lager. Nach Schätzung der Krankenschwester sind noch immer 30 000 bis 35 000 Menschen im Lager, in der Hauptsache Zivilpersonen. Seit Beginn der Belagerung sind etwa 40 000 Granaten auf es heruntergeprasselt. „Es scheint, daß das Lager noch einige Zeit sich halten kann, die Lage ist nicht verzweifelt.“ (17. Juli) Unzählige Male haben die Phalangisten bereits trimphierend den Fall des Lagers behauptet. Seit Wochen hält es ihren Angriffen stand, vollbringen die Massen im Kampf heroische Leistungen. Sie vollbringen diese, weil sie gegen Imperialismus, Zionismus, Reaktion, für eine gerechte Sache und für die Revolution kämpfen. – (hjh)

Weg mit den Terrorurteilen bei den Heidelberger Fahrpreisprozessen

Die Partei aufbauen!

Heidelberg. Ein Jahr nach den größten Massendemonstrationen, die die Bourgeoisie in Heidelberg nach Kriegsende gegen ihre Plünderungsmaßnahmen hinnehmen mußte, sind die ersten Urteile von der herrschenden Klasse gesprochen worden: insgesamt über drei Jahre Gefängnis gegen Mitglieder des KBW und der Kommunistischen Hochschulgruppe (KHG), weil sie verantwortlich zeichneten für Publikationen des KBW und der KHG, die zum Widerstand gegen die Fahrpreiserhöhungen im Sommer 1975 aufriefen.

Volker Hurrle, Sekretär der KHG Heidelberg im Sommer 1975, wurde zu einem Jahr und zwei Wochen,

Helga Rosenbaum, Mitglied des ZK des KBW und Sekretär der Ortsgruppe des KBW in Heidelberg seit Juni 1975, seit Frühjahr 1975 Stadträtin in Heidelberg, wurde zu einem Jahr und einem Monat,

Jochen Noth, Mitglied des ZK des KBW und Sekretär der Ortsgruppe Heidelberg bis zu seinem Haftantritt im Juni aufgrund seiner Verurteilung im Cabora-Bassa-Prozeß, wurde zu einem Jahr und drei Monaten verurteilt, alle ohne Bewährung.

Die Ortsgruppe des KBW in Heidelberg war die einzige Organisation, die im letzten Sommer den Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen aufgenommen hatte und die insgesamt über 15000 Menschen in den Kämpfen führte. In diesen Kämpfen hat sich erwiesen, welche Organisation in der Lage ist, die Massen im Kampf für ihre Interessen zu führen.

Es hat sich erwiesen, wie dringend notwendig eine Organisation der Arbeiterklasse ist, die in allen Fragen der Politik und des Klassenkampfes konsequent von den Interessen der produzierenden und ausgebeuteten Klasse ausgeht, von deren Arbeit die ganze Gesellschaft lebt. Nur vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus kann jede Konzession an den bürgerlichen Staat entschieden bekämpft und der staatlichen Ausplünderungspolitik konsequent entgegengetreten werden.

In ihrer Stellungnahme vor Gericht ging Helga Rosenbaum darauf ein, daß die Richter Simon und Wollentin sowie der Staatsanwalt Johe, alle drei ausgehalten von der herrschenden Klasse, das fortzusetzen versuchen, „was zunächst einmal von der Polizei erreicht wurde" (so ein Ausspruch des Richters Wollentin in der Urteilsbegründung gegen Volker Hurrle). 5000 Polizisten mit Holzknüppeln, Tränengas und Straßenkampfgeräten waren aufgeboten worden, um die Fahrpreiserhöhung gegen die arbeitenden und besitzlosen Klassen durchzuprügeln. Jetzt soll folgen: Terrorurteile, Kriminalisierung der Revolutionäre, um sie von den Massen zu isolieren und zur Einschüchterung der Arbeiterklasse und des Volkes, die dabei sind, sich im Kampf gegen die zunehmende Verschlechterung ihrer Lage, gegen die herrschende Klasse und ihre bürgerlichen Parteien eine eigene Führung zu schaffen und die Kommunistische Partei wieder aufzubauen.

Von Staatsanwaltschaft und Gericht wurden während des Prozesses alle Fragen nach den Finanzen der Stadt Heidelberg und der Heidelberger Straßenbahngesellschaft niedergebügelt. Die Bourgeoisbediensteten in der Robe taten alles, um den Raubzug, den die besitzenden Klasse und ihre Politiker gegen die Volksmassen durchführen, zu verdecken. Allein von 1975 auf 79 sollen die kommunalen Steuern und Gebühren der Werktätigen von 78,1 auf 107,8 Millionen DM oder um 38 % steigen. Für 30 Millionen ist die Bourgeoisie ohne weiteres bereit, die arbeitenden Klassen einer Stadt zu terrorisieren und ihre Richter das decken zu lassen. „Alle Fragen, die Gelder der HSB betreffen, kommen nicht in Frage", ließ Staatsanwalt Johe sich vom Richter bestätigen.

Die FDP-Stadträtin Walz, die schon 25 Jahre dabei ist im Stadtrat, konnte sich, als Zeugin aufgerufen, gar nicht mehr an die Höhe der beschlossenen Fahrpreise vom Sommer 1975 erinnern, obwohl sie vor Gericht breit ausführte, mit wieviel hundert Menschen sie damals die Notwendigkeit der Fahrpreiserhöhung besprochen habe. So vielen Erhöhungen hat sie im Laufe der Jahre zugestimmt. Nach Ansicht dieser Bourgeois-Scharteke hat der „normale Mensch" sowieso mehr als das Notwendige zum Leben und kann die Erhöhungen ruhig tragen. Warum muß er z.B. farbig fotografieren, eine Urlaubsreise machen oder die Wohnungseinrichtung erneuern! Als sie daraufhin gefragt wurde, ob sie selber eine jährliche Urlaubsreise mache, wurde das als nicht zur Sache gehörig zurückgewiesen.

Verschiedene Betriebsräte und Gewerkschaftsgremien hatten sich gegen die Fahrpreiserhöhung ausgesprochen, in den Betrieben gab es breite Zustimmung für die Kämpfe und Blockaden. Der Betriebsrat von Teldix, der die Kämpfe unterstützt hatte, hat sich jetzt auch gegen die Prozesse ausgesprochen. Ein Stadtrat der SPD und ÖTV-Funktionär gab unter dem Eindruck der eindeutigen Stellung der Arbeiterklasse den Kapitalisten zu bedenken, ob sie mit den Gebührenerhöhungen nicht langsamer gehen lassen sollten. Schließlich mindere das doch auch ihre Möglichkeiten zur Ausplünderung der Lohnabhängigen auf dem Warenmarkt: „Im übrigen müßte auch gerade in den Kreisen der Heidelberger Betriebe noch mit in die Überlegung einbezogen werden, daß jede Mark, die der ‚kleine Mann' aus dem Geldbeutel gezogen bekommt, die der kleine Familienhaushalt weniger ausgeben kann, weil er nun für die Straßenbahn mehr hinlegen muß, er letztlich weniger in die Geschäfte tragen kann. Das sind schließlich auch Beträge, die irgendwie zu Buche schlagen."

Eben, sagten die Kapitalisten, die schlagen so oder so zu Buche, und wir sind gewillt, es an beiden Enden zu nehmen. Stadtrat Knoblauch, Besitzer eines großen Spielwarenladens in Heidelberg, wurde deutlich: Wir brauchen Spielraum für Investitionen! – Wie alle Reaktionäre glauben sie, mit dem wachsenden Widerstand der Volksmassen gewaltsam fertig werden zu können.



„Lokaltermin" im neuesten HSB-Prozeß in Heidelberg. Richter und Staatsanwalt wollen den „Tatort" besichtigen, an dem der Angeklagte bis zu 10 Steinen geworfen haben soll. Widersprüchliche Polizeiaussagen müssen hingebogen werden. Tatsächlich war der Demonstrant von der Polizei verprügelt und festgenommen worden, weil er in dem Eingang eines Hauses stand, aus dem sich von oben Wasser auf die Polizeischläger ergossen hatte. Staatsanwalt Johe – verantwortlich für sämtliche über 100 eingeleiteten HSB-Prozesse – und Scharfrichter Wollentin, auf den das Terrorurteil gegen Volker Hurrle zurückgeht, werden am „Tatort" von einer Kundgebung gegen die HSB-Prozesse empfangen. Das Gespann Richter – Staatsanwalt erklärt den Lokaltermin für beendet, bevor er überhaupt angefangen hat. Die Kundgebung treibt sie dann die Hauptstraße herunter mit lauten Ansprachen und der Forderung nach Einstellung aller HSB-Prozesse, bis die beiden ihr Auto gefunden und die Flucht ergriffen haben.



„Lokaltermin" im neuesten HSB-Prozeß in Heidelberg. Richter und Staatsanwalt wollen den „Tatort" besichtigen, an dem der Angeklagte bis zu 10 Steinen geworfen haben soll. Widersprüchliche Polizeiaussagen müssen hingebogen werden. Tatsächlich war der Demonstrant von der Polizei verprügelt und festgenommen worden, weil er in dem Eingang eines Hauses stand, aus dem sich von oben Wasser auf die Polizeischläger ergossen hatte. Staatsanwalt Johe – verantwortlich für sämtliche über 100 eingeleiteten HSB-Prozesse – und Scharfrichter Wollentin, auf den das Terrorurteil gegen Volker Hurrle zurückgeht, werden am „Tatort" von einer Kundgebung gegen die HSB-Prozesse empfangen. Das Gespann Richter – Staatsanwalt erklärt den Lokaltermin für beendet, bevor er überhaupt angefangen hat. Die Kundgebung treibt sie dann die Hauptstraße herunter mit lauten Ansprachen und der Forderung nach Einstellung aller HSB-Prozesse, bis die beiden ihr Auto gefunden und die Flucht ergriffen haben.

Verbotspläne der Bourgeoisie können zu Fall gebracht werden

Vor einem Jahr, gleich nach den Massenaktionen auf der Straße, gründete die CDU in Heidelberg ihren Arbeitskreis Polizei. Das war eine Aktion der Partei- und Polizeielite, um die Lehren für die Bourgeoisie zu ziehen und Maßnahmen zu beraten, wie sie die organisierende Kraft in der Bewegung, den KBW, außer Gefecht setzen kann.

Damals befürwortete sie das Verbot des KBW. Sie griff damit einen Teil des Antrags auf dem Kreisparteitag der CDU vom 30. Juni 1975 auf, die Lan-

und heftig, aber örtlich beschränkt. Heute ist die Lage so, daß die Revolutionäre sich aufgrund des Aufschwungs der Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegung fester und breiter verankert haben, daß sie sich ein Programm geschaffen haben als Leitfaden, wie die Arbeiterklasse in nationalem Rahmen die Beseitigung der Ausbeuterherrschaft in Angriff nehmen kann. Nicht lokalen, sondern nationalen Widerstand muß die Bourgeoisie heute bei ihren Verbotsplänen einkalkulieren. Und sie weiß noch immer nicht

Verbotspläne der Bourgeoisie können zu Fall gebracht werden

Vor einem Jahr, gleich nach den Massenaktionen auf der Straße, gründete die CDU in Heidelberg ihren Arbeitskreis Polizei. Das war eine Aktion der Partei- und Polizeielite, um die Lehren für die Bourgeoisie zu ziehen und Maßnahmen zu beraten, wie sie die organisierende Kraft in der Bewegung, den KBW, außer Gefecht setzen kann.

Damals befürwortete sie das Verbot des KBW. Sie griff damit einen Teil des Antrags auf dem Kreisparteitag der CDU vom 30. Juni 1975 auf, die Lan-desregierung solle sofort die Massenorganisationen verschiedener Parteien, KHG, KSV, SDAJ, MSB Spartakus verbieten und über den Bundesrat beim Bundesverfassungsgericht das Verbot von KBW, KPD, DKP beantragen.

Der Innenminister Schieß äußerte sich am 2. Juli 1975, man müsse erst die verständliche Aufregung über den KBW abklingen lassen, um „eine Entscheidung treffen zu können, die man auch durchsteht".

Letzte Woche tagte der Arbeitskreis Polizei erneut. Anwesend waren der erste Bürgermeister Korz, Spitzen der Kriminalpolizei und die CDU-Bundestagskandidaten Neuhaus und Weber. Laut bürgerlicher Presse waren sie sich einig, „daß gerade jetzt die Chance bestehe, mehr als jemals zuvor für die Innere Sicherheit im Lande zu tun".

Unseres Wissens sah das Treffen so aus: Zunächst Bejubelung der militärischen Aggression Israels gegen den Flughafen des Staates Uganda. Weber: „Endlich einmal hat ein Staat die richtigen Schritte gegen den Terrorismus unternommen." Jetzt müsse man den Terrorismus im eigenen Land in den Griff bekommen und „den Sympathisantenboden für den Terrorismus reduzieren".

Das ist ein Programm und bedeutet: Die Nationen, die sich gegen imperialistische Einmischung und Aggression wehren, sind Terroristen. Die Arbeiterklasse und das Volk, die sich gegen die Plünderpolitik der eigenen Bourgeoisie erheben, sind Terroristen. Man muß ihren Widerstand gewaltsam niederschlagen.

Die Bourgeoisie ist entschlossen, ihre Herrschaft als ausbeutende Klasse zu sichern, indem sie den Bewegungen der rebellischen Massen Kopf und Herz herausreißt. Für das Verbot des KBW zumindest in Heidelberg machte sich Weber stark: „Wir müssen uns jetzt dafür einsetzen, daß ein Verfahren beim Bundesinnenministerium zum Verbot eingeleitet wird."

In allen Städten der Bundesrepublik unternimmt die Bourgeoisie Woche für Woche den Versuch, die Kommunisten von der Straße zu vertreiben. Das ist ihr nicht gelungen. Die Lage ist nicht mehr so, wie sie noch 1970 war, als die Gruppe des SDS in Heidelberg, also in nur einer Stadt der BRD, noch relativ leicht verboten werden konnte, ohne daß freilich auch damals die revolutionären Organisationen tatsächlich beseitigt werden konnten. Der Widerstand dagegen war in Heidelberg breit

und heftig, aber örtlich beschränkt. Heute ist die Lage so, daß die Revolutionäre sich aufgrund des Aufschwungs der Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegung fester und breiter verankert haben, daß sie sich ein Programm geschaffen haben als Leitfaden, wie die Arbeiterklasse in nationalem Rahmen die Beseitigung der Ausbeuterherrschaft in Angriff nehmen kann. Nicht lokalen, sondern nationalen Widerstand muß die Bourgeoisie heute bei ihren Verbotsplänen einkalkulieren. Und sie weiß noch immer nicht besser als Schieß vor einem Jahr, ob sie das durchsteht oder nur ihren Untergang beschleunigt.

Unter der Ebene der erneuten umfassenden Anwendung des KPD-Verbots trifft die Bourgeoisie viele Maßnahmen, mit denen sie die organisierte Arbeit der revolutionären Vorhut zerschlagen will. Eine davon sind die Urteile in den HSB-Prozessen. Sie wird die Organisation damit nicht brechen können. Aufgabe der Revolutionäre ist es aber, die zweite Seite des Plans zu zerstören, die darin besteht, die Kommunisten von den Massen zu trennen, indem sie den Massen den Gedanken einimpfen will, es sei ein Risiko, erneut ihre Gewalt zur Geltung zu bringen.

Entmutigend muß es für die Bourgeoisie nicht nur in Heidelberg sein, daß zunehmend auf öffentlichen Gebäuden und Plätzen Parolen gegen die HSB-Prozesse prangen, daß öffentliche Aktionen stattfinden: eine Demonstration mit 800 Teilnehmern nach dem Urteil gegen Volker Hurrle, eine Kundgebung in der Stadtmitte nach dem Strafantrag des Staatsanwalts gegen Helga Rosenbaum und Jochen Noth, eine spontane Demonstration nach der Urteilsverkündung, wo die Umstehenden zu den Megaphon-Ansprachen der Genossen Beifall klatschten, Platzen eines Lokaltermins in einem anderen HSB-Prozeß, weil die Staatsbüttel von einer Menschenmenge verfolgt wurden und am Ort des geplanten Augenscheins bereits unter einem quer über die Straße gespannten Transparent durchkriechen mußten.

Ein Komitee „Weg mit den HSB-Prozessen" ist gebildet worden, das in seiner Plattform öffentliche Aktionen für geeignete Mittel erklärt hat, die Gegner der Fahrpreiserhöhung jetzt gegen die Prozesse zusammenzuschließen und zu beweisen, daß sie vom Volk nicht hingenommen werden.

Die Ortsgruppe des KBW wird Revision einlegen gegen die Urteile gegen die drei führenden Genossen. Die Kommunisten werden diese Zeit nutzen, um die Mobilisierung der Massen zu verstärken gegen die Versuche des bürgerlichen Staates, die revolutionäre Organisation zu zerschlagen, und damit eine Barrikade gegen die erneute Anwendung des KPD-Verbots errichten und den Parteiaufbau vorantreiben.

Einstellung aller HSB-Prozesse! Weg mit dem KPD-Verbot!

Die Justiz folgt dem Polizeiknüppel

Polizei und Justiz gehen überall in der Bundesrepublik gegen die Kämpfe der Massen vor und versuchen vor allem, die Verbindung mit der Politik der Kommunisten gewaltsam zu verhindern. Gegen die Kämpfe in Heidelberg hat die Staatsanwaltschaft als Mittel aus ihrem juristischen Repertoire eingesetzt: versuchte Nötigung des Gemeinderats, Aufruf zu strafbaren Handlungen (gemeint sind damit die Blockaden des Bahn- und Busverkehrs).

Die als Zeugen vernommenen Stadträte von der CDU und FDP (die SPD hatte von vorneherein das Nichterscheinen vorgezogen) beklagten alle den „Druck der Straße", dem der Gemeinderat bei seiner Beschlußfassung ausgesetzt gewesen sei, beteuerten allerdings gleichzeitig, daß sie dem niemals weichen würden. Für die FDP-Stadträtin Walz war die überwiegend gegen die Fahrpreiserhöhungen gerichtete Meinung der Bevölkerung das „Bedrückendste". Für CDU-Stadtrat Reutlinger hätte es eine „Katastrophe" bedeutet, sich dem „Terror der Straße" zu beugen. Die Meinung der Mehrheit der Bevölkerung dürfe ihn nicht interessieren, er sei ausschließlich seinem „Gewissen" verantwortlich.

Der Oberbürgermeister der Stadt Zundel machte die Bedeutung der Kämpfe aus der Sicht der Bourgeoisie noch deutlicher: „Zum ersten Mal in der Geschichte der deutschen Demokratie haben Gemeinderäte nicht das Rathaus verlassen können, weil sie durch Gewalt auf der Straße gefährdet waren." Dem „Druck der Straße" nachgeben, so meinte natürlich auch Zundel, hätte die „Entmündigung des Gemeinderats" und die „Abschaffung der Demokratie" bedeutet.

Aus seinem Erfahrungsaustausch mit seinen Kollegen aus anderen Städten wußte der einzige Zeuge der Anklage, Polizeieinsatzleiter Kiau, zu berichten, daß in Heidelberg sich die „schwersten Auseinandersetzungen" in der Bundesrepublik seit dem Krieg ereignet hätten.

Wie sehr die Kämpfe der Heidelberger Bevölkerung den staatlichen Gewaltapparat tatsächlich erschüttert haben, hatte die Heidelberger Einsatzleitung dem „Stern" offenbart: „Wenn es noch ein paar Demonstranten mehr geworden wären, hätten wir den Bundesgrenzschutz eingesetzt."

Oberbürgermeister Zundel, der sich selbst als „verantwortlich" für die Polizeieinsätze bezeichnete, brachte auch in der Frage der Gewalt die Vorkommnisse auf den Begriff. Auf die „Gewalt der Straße" blickte er mit Abscheu herunter und heuchelte den Friedliebenden und Gewaltlosen. Nicht daran gehindert sah er sich jedoch, im gleichen Atemzug den Polizeiterror dieser Tage, die Giftgas-, Holz und Gummiknüppeleinsätze, mit denen die arbeitenden und besitzlosen Klassen der Heidelberger Bevölkerung tagelang terrorisiert wurden, in aller Form zu billigen: „Sie werden doch nicht glauben, daß ich hier erkläre, Polizeibeamte hätten unrechtmäßig gehandelt." Zundel hat bei seinem Auftritt das staatliche Gewaltmonopol als Kernpunkt der Auseinandersetzung klar herausgearbeitet und geklagt, daß es in schwerwiegender Weise in Frage gestellt wurde.

Dieser Vorgang versetzt die Bourgeoisie in Alarm und veranlaßte den Ersten Staatsanwalt Johe in einem seiner Plädoyers zu dem bedeutungsvollen Satz: „Wenn wir heute nicht durchgreifen, ist es in drei, vier Jahren für unseren Staat zu spät." Im April dieses Jahres hatte die Bourgeoisie aus den gleichen Gründen und unter Berufung auf das KPD-Verbot die Kandidatur Helga Rosenbaums bei der Oberbürgermeisterwahl verboten.

Die jetzigen Urteilsbegründungen faßten die Ängste, die die Kämpfe im Juni 1975 bei der herrschenden Klasse hervorgetrieben haben, und die Zwekke, die sie mit diesen Prozessen verfolgt, abschließend zusammen.

Daß es durch die Blockaden nicht nur zu kurzen Stockungen des Verkehrs durch eine unbedeutende Zahl von Demonstranten kam, sondern zu lang andauernden Blockaden von Tausenden von Heidelbergern, mit anderen Worten, daß die Bewegung ihre Ziele durchsetzen wollte, darin sah Richter Simon das Gefährliche und besonders Strafwürdige an diesen Aktionen. Und das besonders Alarmierende war für ihn die führende Rolle, die die Kommunisten in den Kämpfen gespielt haben.

„Die Fahrpreiserhöhung", stellt Simon bedauernd fest, „hat dem KBW eine Verbrüderung mit breiten Schichten gebracht." Die Verschmelzung der Kommunisten mit der Massenbewegung ist der Grund, der die Bourgeoisie zu solchen Terrorurteilen greifen läßt. „Es wurde deutlich, daß es sich um Revolutionäre handelt, die von ihrem Tun nicht ablassen werden." Damit begründet Simon, daß die Freiheitsstrafen nicht zur Bewährung ausgesetzt werden könnten.

Im Prozeß gegen Volker Hurrle hatte der Richter Wollentin dasselbe damit begründet, daß sich Hurrle noch im Schlußwort auf das Programm des KBW berufen habe, in dem die Zerschlagung des bürgerlichen Staates als Ziel propagiert werde. Das ist mit Grund die größte Angst der Bourgeoisie, daß die Massen unter Führung der Kommunisten eines Tages ihren Staat zerbrechen werden.

Aachen. Am 14.7.76 fand in Aachen eine Veranstaltung der „Demokratischen Initiative" (Spontaneisten) statt unter dem Thema „Repression und Abbau demokratischer Rechte". Bei Stimmenthaltungen vor allem von Anhängern des „Sozialistischen Büros" und der DKP wurde von den 400 Anwesenden mehrheitlich eine Resolution gegen die Heidelberger HSB-Urteile abgestimmt.



Die Front des Amtes für öffentliche Ordnung wurde gut genutzt.

John Deere Vertrauensleutekörper

Eine innerbetriebliche Lohnerhöhung wird gefordert

Mannheim. Auf den Lohnraubabschluß von 5,4 Prozent hin haben die Vertrauensleute von John Deere im April sofort gehandelt. Sie stellten einstimmig folgende Forderungen auf:

Innerbetriebliche Lohnerhöhung für alle! Zahlung der 5,4 Prozent auf den Effektivlohn! Streichung der unteren Lohngruppen 1 und 2!

Über den Tarifabschluß von 5,4 Prozent herrschte große Empörung im Betrieb. „Das langt mir nicht mal, um die erhöhten Gebühren für Strom, Wasser und Gas zu zahlen. Und was ist mit den Preisen für die Lebensmittel, fürs Benzin, wie soll ich da noch eine Mieterhöhung zahlen?"

Was ein Akkordarbeiter in Lohngruppe 3, unverheiratet (bei 198 Arbeitsstunden im Monat, davon 22 Überstunden) bei John Deere durch die letzte Tariferhöhung jetzt netto mehr im Monat hat, sieht man an folgender Tabelle:

	August 1975	Juni 1976
Akkordrichtsatz (Stundenlohn bei 100 % Akkordleistung)	7,55	7,88
Akkorddurchschnitt (tatsächlicher Stundenlohn, 130 % Leistung)	9,81	10,24
Brutto im Monat	1 996,28	2 083,59
– Steuern	345,70	– 376,30
– Sozialversicherung	319,30	– 343,73
Netto im Monat	1 331,28	1 363,56
Brutto mehr 1976		87,31
Netto mehr 1976		32,28

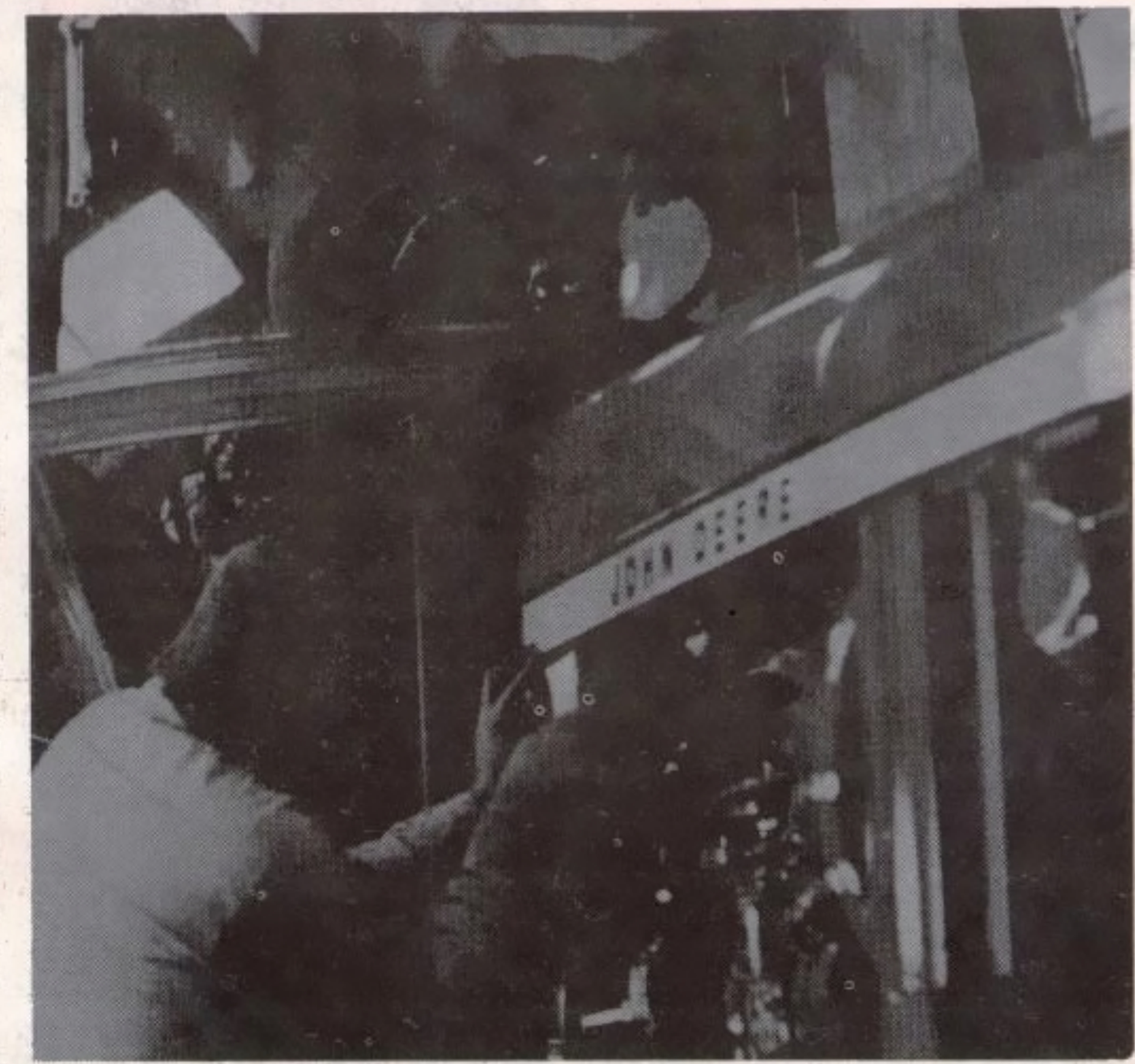
Ganze 32,28 DM mehr auf die Hand sind rausgekommen. Besondere Wut hat hervorgerufen, daß die John-Deere-Kapitalisten den schäbigen 5,4-Prozent-Abschluß nicht auf den Effektivlohn, sondern nur auf den Tariflohn gezahlt haben. Dadurch ist z.B. in der Akkordlohngruppe 3 der Lohn nur um 4,37 Prozent gestiegen. (Siehe Tabelle) Das macht brutto 20,49 DM und netto 10,02 DM weniger als wenn auf den Effektivlohn gezahlt wird. Diese 10 DM sind kein Pappenstiel, denn bei der rabiaten Senkung der Löhne muß mit jedem Pfennig gerechnet werden.

Die John-Deere-Kapitalisten, die mit nur 3 Prozent mehr Belegschaft im letzten Jahr 17 Prozent mehr Umsatz und 30 Prozent mehr Nettogewinn gemacht haben – durch „gestiegene Effizienz", wie der Aufsichtsratsvorsitzende Hewitt die verschärfte Ausbeutung vornehm umschreibt – mußten auf die Forderungen nach Lohnerhöhung antworten. Sie versuchten mit Versprechungen und Vertröstungen die Forderungen abzufangen und zu spalten. Man „werde innerbetrieblich etwas zulegen", haben sie dem Betriebsrat inzwischen erklärt. Doch „wahrscheinlich nur für einige Zeitlohnabteilungen". Genaueres „müsse noch ausgehandelt werden".

Doch die Beruhigungspille wirkt nicht. In den Abteilungen entwickeln sich selbständige Kämpfe, werden Forderungen nach Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Erhöhung der Löhne aufgestellt, schließen sich die Arbeiter gegen die verschärfte Ausbeutung und die elend niedrigen Löhne zusammen.

Staplerfahrer gegen Arbeitshetze – mehr Lohn!

Innerhalb der letzten drei Jahre ist die Produktion bei John Deere verdoppelt worden und damit auch die



Mannheim. Am Schlepper-Endmontageband bei John Deere werden zur Zeit bis zu 200 Schlepper täglich gefahren. Vor drei Jahren waren es noch 100, vorwiegend kleinere und mittlere Typen. Heute werden vor allem Großschlepper bis zu 168 PS gefahren (siehe Bild). Die Anzahl der Bandarbeiter ist in diesem Zeitraum nur um 30 Prozent gestiegen.

Transportarbeit. Aber für die doppelte Arbeit sind nur ein Drittel mehr Staplerfahrer und Stapler da.

Besonders groß ist der Unmut wegen der miserablen Löhne bei der harten Arbeit. Mit den rund 9 DM in den Lohngruppen 5 und 6 kommen die Staplerfahrer gerade auf 1 100 DM netto, wenn sie keine Überstunden machen. Die Staplerfahrer haben vor einem Monat beschlossen, daß sie das nicht mehr mitmachen. Sie fordern:

Abbau der Arbeitshetze und eine Lohngruppe höher für alle Staplerfahrer! Der Betriebsrat wurde beauftragt, dafür Druck zu machen. – (f.)

John Deere Mannheim: Kampfschritte gegen Akkordkürzung

Hebezeug und die besseren Akkordzeiten müssen wieder her!

John Deere Mannheim: Kampfschritte gegen Akkordkürzung

Hebezeug und die besseren Akkordzeiten müssen wieder her!

Mannheim. Im Sommer 1975 wurden unter fadenscheinigen Vorwänden in der Richterei, das ist eine Abteilung der Härterei, Zeitabnahmen durchgeführt.

Die Herren von der Arbeitsvorbereitung sagten zu den Arbeitern in der Abteilung, sie würden keine Zeitabnahme machen, sondern bloß Notizen über die Rundlaufabweichungen der Wellen, die in dieser Abteilung gerichtet werden müssen.

Der Betriebsrat gab seine Zustimmung zunächst nur für 14 Tage. Daraus wurde dann ein halbes Jahr und alle Teile waren danach neu abgenommen.

Die Arbeiter der Richterei hatten schon auf der Betriebsversammlung im Dezember 1975 ihrem Unmut Luft gemacht. Sie hatten erklärt, daß diese hinterhältigen Methoden nur darauf hinauslaufen, daß die Vorgabezeiten gekürzt werden sollen. Gleichzeitig forderten sie den Betriebsrat auf, die gesamte Zeitabnahme abzulehnen.

Jetzt, da die neuen Zeiten seit ein paar Wochen raus sind, ist die Bombe geplatzt. Am schlimmsten ist es mit den Hinterachsen. Sie gingen von 2 bis 2,1 Min/Stück auf 1,23 bis 1,21 Min/Stück herunter.

Stellt man sich vor, daß ein Akkordarbeiter mindestens 600 Minuten erreichen muß (in 8 Stunden sind das 125 %), um einigermaßen was zu verdienen, so muß er 600 : 1,23 gleich 490 Achsen machen. Eine Achse wiegt bis zu 27 kg, das bedeutet täglich ein Gewicht von 13 230 kg auf die Maschine zu heben.

Da die Achsen nicht von allein in den Kasten hüpfen, müssen diese 13 230 kg auch wieder heruntergehoben werden. Zusammen also 26 460 kg oder ca. 26,5 Tonnen heben pro Tag.

Die neuen Vorgabezeiten stanken allen Kollegen in der Abteilung mächtig. So mächtig, daß sie sich vor 4 Wochen mitsamt dem Betriebsrat getroffen haben nach Feierabend und berieten, was zu machen sei. Ergebnis: die Zeiten wurden reklamiert. Der Betriebsrat Ries legte der Geschäftsleitung die Forderungen der Arbeiter auf den Tisch: Hebekräne für die Achsen, ausreichende Erholungszeit, d.h. längere Vorgabezeiten. Sollten die Forderungen nicht bis Ende Juni erfüllt sein, dann würde in der Richterei nichts mehr laufen.

Ab sofort wurden keine Überstunden mehr gemacht. Die einhellige Meinung: „Sollen doch die Typen von der Geschäftsleitung den Scheiß rumheben und sich dann selbst Krankendrohbriefe schicken, wenn sie nach 3 Tagen vor Erschöpfung zusammenbrechen."

Angesichts dieser Lage reagierte die Geschäftsleitung ausnahmsweise schnell: Eine Woche später war das Hebezeug da und neue Zeitabnahmen mit Hebezeug auch schon gemacht. Und die neue Vorgabezeit lag bei 2,8 bis 3 Minuten, also 0,9 Minuten mehr als die ursprüngliche Vorgabezeit und 1,7 Minuten mehr als die verkürzte. Das war schon ganz gut.

Kaum war das raus, da konnte man sehen, wie die John Deere Kapitalisten einen übers Ohr hauen wollen und wie sie dazu sozialdemokratische Betriebsräte einsetzen: Die Arbeitsvorbereitung machte dem Betriebsrat Ries sofort den „Vorschlag", die alte Vorgabezeit von 2 Minuten wieder einzuführen. Diesen Vorschlag unterbreitete der Betriebsrat Ries: Weil natürlich keiner mit einer erneuten Vorgabezeit-Verkürzung einverstanden war, sagte er der 2. Schicht, die 1. Schicht hätte geschlossen zugestimmt. Daraufhin stimmte die 2. Schicht dann schließlich zu. Am nächsten Tag ging er zur 1. Schicht und sagte, die 2. Schicht hätte geschlossen die 2 Minuten akzeptiert.

Prompt gab es Krach in der Abteilung, weil jeder dachte, der andere hätte zugestimmt, bis einer die Initiative ergriff und alle nach ihrer ursprünglichen Meinung befragte und der ganze Betrug rauskam.

Der Betriebsrat Ries brüstete sich inzwischen bei der Arbeitsvorbereitung, der „Vorschlag" wäre einstimmig angenommen worden. Das Hebezeug war auch wieder abmontiert worden und die Heberei von Hand ging wieder los.

„Das machen wir nicht mit", war einstimmig Meinung in der Abteilung. Es wurde gefordert, daß das Hebezeug sofort wieder herkommt und die Zeit nach der Abnahme mit Hebezeug (2,8 bis 3 Minuten) bezahlt wird. Außerdem, daß die Achsen, die bis jetzt gemacht wurden, mit der neuen Zeit nachbezahlt werden. Bei einigen wird sich die zeitweise Verrechnung der Achsen mit 1,23 Minuten auch im Urlaubsgeld bemerkbar machen, weil sich das auf den Durchschnittsverdienst in den 2 Monaten vorher bezieht, und dieser durch die unerreichbare Vorgabezeit bei den Achsen gesunken ist. Auch dieses muß nachbezahlt werden.

Die Geschäftsleitung versuchte es nun mit Schikane, nachdem sie merkte, daß sie die Arbeiter der Richterei nicht kleinkriegen konnte. Einige bekamen plötzlich einen Verweis, weil sie „Reserve", das heißt Stücke, die sie in den vergangenen Tagen gefertigt, aber nicht für den Lohn verrechnet hatten, an einem späteren Tag verrechneten. Das war bislang üblich und oft vom Meister sogar gefordert, damit eilige Aufträge an einem Tag fertig wurden, auch wenn durch das Ranklotzen dann mehr Minuten als durchschnittlich zustande kamen.

Doch dieser Schuß ging nach hinten los. „Wir haben doch das Zeug gemacht. Und nun sollen wir kein Geld dafür bekommen? Das läuft nicht!" Zudem ist das Arbeitsmaterial so stark unterschiedlich im Grad der Abweichung und Qualität, daß einmal über 700 Minuten am Tag, dafür am anderen Tag aber nur 450 Minuten zu erreichen sind. Die Geschäftsleitung bekam ihre Antwort. Jetzt wird nur noch soviel gemacht, wie zur Erreichung des Akkords nötig. Und wer schlechtes Material hatte, dem helfen die anderen. Die John Deere Kapitalisten sind jetzt am Rotieren, denn es bleibt viel dringend gebrauchtes Material liegen.

Außerdem werden in der Richterei keine Überstunden mehr gemacht.

Was zur Folge hatte, daß immer wieder versucht wird, jemand für Samstag zum Schaffen zu kriegen, oder gar (wie schon einmal geschehen) mit der Werksfeuerwehr von zu Hause abzuholen, um dringendes Material zu richten. Doch darin sind sich alle einig: Mit Überstunden und Samstagsarbeit läuft solange nichts, bis wieder das Hebezeug herkommt und die Achsen mit der Vorgabezeit von 2,8 bis 3 Minuten bezahlt werden. – (John Deere Zelle)

Teroson Heidelberg

Streichung der Erschwerniszulage erfolgreich bekämpft

Heidelberg. Kurz nach dem 5,85 %-Abschluß in der Chemieindustrie gingen die Kapitalisten bei Teroson (Chemiebetrieb mit ca. 1400 Beschäftigten in Heidelberg) ans Werk. Sie strichen teilweise oder ganz wie z.B. im Vakuumraum Werk 3 die betriebliche Erschwerniszulage. Die Arbeiter vom Vakuumraum haben den Kapitalisten und ihren Handlangern einen Strich durch die Rechnung gemacht, sie haben sich ihre Erschwerniszulage zurückerkämpft:

Vor drei Wochen etwa bekamen die Arbeiter vom Vakuum die Lohnerhöhungsbriefe von der Geschäftsleitung. Darin, das erkannten die Arbeiter sofort, war was faul: die 49 Pfennig Lohnerhöhung waren aufgeführt, aber die Erschwerniszulage von 33 Pfennig war vollkommen weggefallen. Große Empörung brach unter den dort beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeitern aus. Eines stand fest, und das sagte sofort eine Arbeiterin: „Das können wir uns nicht bieten lassen!" Es entfaltete sich eine lebhafte Debatte, was jetzt zu tun sei, niemand hat mehr ans Arbeiten gedacht. Diese Sache mußte zuerst geklärt werden. Der Meister sah, daß keiner mehr an seiner Maschine stand. Ihm wurde von einer Arbeiterin gesagt, er solle die Akkordkarten abstempeln und die Maschinen ausstellen. Nun ging es geschlossen zum Betriebsrat. Der wurde von den Arbeitern zur Rede gestellt: „Warum hast du als Betriebsrat uns nicht informiert von dieser Streichung, warum ist uns die Zulage überhaupt gestrichen worden, das geht doch nicht mit rechten Dingen zu!" Weiter eine Arbeiterin: „In der Tarifrunde sind wir schon verschaukelt worden, jetzt sollen wir wieder verschaukelt werden."

Durch das geschlossene Auftreten der Arbeiter, die sich nicht abspeisen ließen, rückte der Betriebsratsvorsitzende mit der Sprache raus. Die Streichung der Zulage sei im Aufsichtsrat beschlossen worden, weil angeblich der Lärm in dieser Abteilung weniger geworden sei. Er hat also als Aufsichtsratsmitglied für die Streichung gestimmt. Die Forderung war klar: Die Erschwerniszulage muß sofort wieder her! Die Arbeiterinnen beauftragten den Betriebsrat, daß bis nächste Woche die Sache geregelt sein muß.

Mittags bei der Ablösung wurde sofort die zweite Schicht über die Geschehnisse informiert. Sie riefen auch gleich beim Betriebsrat an und meldeten, daß auch sie geschlossen gegen die Streichung sind. Auch sie wollten sofort zum Betriebsratsbüro gehen. Der Betriebsrat wehrte ab, das sei nicht mehr nötig. Auf jeden Fall: Der Druck saß ihm im Nacken.

Letzten Mittwoch nach einer Sitzung mit Werksleiter, Meister, Vorarbeiter, Betriebsrat und Vertrauensmann erfuhren die Arbeiter, daß sie rückwirkend und ab sofort 26 Pfennig Erschwerniszulage bekommen. Der Vertrauensmann vertrat auf der Sitzung die Forderung der Kollegen gegenüber der Geschäftsleitung. Mehr als 26 Pfennig sei aber nicht drin, so die Geschäftsleitung, weil der Kreidestaub und anderer Dreck weniger geworden sei durch eingebaute Zwischenwände und Türen. Was auffiel: auf der Sitzung wollte plötzlich niemand mehr verantwortlich sein für die Streichung der Zulage. Keiner konnte mehr Argumente dafür bringen, Geschäftsleitung und Betriebsrat redeten um den heißen Brei herum. – (Zelle Teroson)

Meldungen

Streik: Sicherung der Arbeitsverhältnisse

Hilden. Zweieinhalb Stunden legte die Belegschaft des Hildener Mannesmann-Röhrenwerkes die Arbeit nieder. 300 Arbeiter und Angestellte zogen zum Verwaltungsgebäude und verlangten Auskunft über die weitere Zukunft des Werkes und eine Klärung ihrer zukünftigen Arbeitsverhältnisse. Zum 1. September ist eine Zusammenarbeit zwischen den Mannesmann-Röhrenwerken und der Bremshey AG Solingen vereinbart.

VW Mexiko: Nach acht Tagen Streik Lohnerhöhungen durchgesetzt

Mexiko. Durch einen acht Tage langen Streik seit Anfang Juli erreichten die 8 000 Arbeiter bei VW Mexiko eine Lohnerhöhung von zwanzig Prozent und eine Arbeitszeitverkürzung. Gefordert worden waren 40 Prozent. Schwerpunkt der Produktion von VW Mexiko ist der Käfer. Außerdem wird ein Geländewagen produziert, ebenfalls das Modell Brasilia, dessen Karosserie zerlegt aus Brasilien eingeführt wird. Das Volkswagenwerk liefert Ersatzteile nach Deutschland.

Klöckner-Humboldt-Deutz Köln

Köln. Im ersten Halbjahr 1976 haben die Klöckner-Humboldt-Deutz-Kapitalisten die Produktion um 20 Prozent zu gesteigert, und das mit einer kaum gewachsenen Belegschaft. Welche Methoden sie dabei anwenden, kann man an folgendem Beispiel erkennen: Bis vor einiger Zeit fuhren in der Endrüste im Kleinmotorenbau zwei Staplerfahrer in jeder Schicht; einer in der Halle, einer außerhalb. Das Ziel der Klöckner-Humboldt-Deutz-Kapitalisten war es nun, einen Fahrer in der Spätschicht einzusparen. Dessen Arbeit mußte zunächst von einem Bereitsteller mitgemacht werden. Der Bereitsteller stimmte dem unter der Voraussetzung einer Lohnerhöhung zu. Im Moment sieht es jedoch so aus, daß der Bereitsteller nicht mehr dort arbeitet. Die Folge ist, daß der Fahrer außerhalb der Halle die Arbeit in der Halle mitmachen muß ohne Lohnerhöhung. Man versteht, wie Klöckner-Humboldt-Deutz 1975 den bilanzierten Profit um 206 Prozent steigerte. – (e., Köln)

Fahrer außerhalb der Halle die Arbeit in der Halle mitmachen muß ohne Lohnerhöhung. Man versteht, wie Klöckner-Humboldt-Deutz 1975 den bilanzierten Profit um 206 Prozent steigerte. – (e., Köln)

Bosch: 14000 Arbeitsplätze abgebaut

In den letzten beiden Jahren hat die Bosch GmbH 12,5 Prozent der Arbeitsplätze abgebaut, von 112 000 wurden 14 000 abgebaut. Trotz realen Umsatzrückgangs haben die Boschkapitalisten enorme Gewinne gemacht. „Bei Bosch wächst selbst in der Krise der Gewinn", meldete die „Frankfurter Rundschau" am 16.7.1976.

Chemieindustrie: 35 Prozent Profitsteigerung

In den ersten fünf Monaten 1976 hat sich der Umsatz der Chemieindustrie um 20 Prozent gegenüber dem Vorjahr erhöht. Der Umsatzrückgang der chemischen Industrie 1975 von insgesamt 9 Milliarden DM entfiel zu 8 Milliarden DM auf den Export. Im ersten Quartal 1976 stiegen die Profite um 35 Prozent gegenüber 1974. (Jahresbericht des Verbandes der Chemischen Industrie)

Stahl

Köln. Der Aufsichtsratsvorsitzende der Eisen- und Hüttenwerke AG, von Amerongen, teilte letzte Woche der Aktionärsversammlung mit, daß der Aufwärtstrend auf dem Stahlmarkt sich nicht, wie von den Kapitalisten erwartet, fortsetzt.

Die Auftragseingänge für Walzstahlfertigerzeugnisse stieg im Juni um 180 000 Tonnen auf 2,033 Millionen Tonnen. Die höheren Bestellungen gingen nur auf die gestiegenen Auftragseingänge aus dem Auslandsgeschäft zurück. Die Bestellungen aus dem Inland gingen um 80 000 t gegenüber dem Mai zurück.

Arbeitsplätze abgebaut in der Metallindustrie

Die Kapitalisten des Wirtschaftsverbandes Eisen, Blech und Metall verarbeitende Industrie bauten 1974/75 jeden fünften Arbeitsplatz ab auf jetzt noch 350 000 Arbeitsplätze. Von den rund 3 500 Betrieben gingen 150 pleite.

Gewerkschaftstage

29. August bis 3. September
10. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands in Hamburg

19. bis 25. September
10. ordentlicher Gewerkschaftstag der Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik in Hamburg

26. September bis 2. Oktober
9. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen in Saarbrücken

13. bis 15. Oktober
9. Vertrauensleutekonferenz der IG Metall in Nürnberg

23. bis 27. November
11. ordentlicher Gewerkschaftskongreß der IG Bergbau und Energie in Dortmund

Stahltarifrunde: Verhandlungen über Schichtzuschläge begonnen

Hoesch-Betriebsräte

„200 DM zu wenig im Monat"

Am 16. Juli begannen die Tarifverhandlungen über Schichtzuschläge (stahltypische Zuschläge) in der Eisen- und Stahlindustrie Nordrhein-Westfalens. Das ist der Beginn der Lohntarifrunde in der Stahlindustrie, Ende Oktober laufen die Lohn- und Gehaltstarifverträge aus.

Zu den Verhandlungen über die Schichtzuschläge hat die Vollversammlung der Vertrauensleutekörper der Hoesch-Hüttenwerke – Werk Westfalen – einen Antrag an die Tarifkommission gestellt. Unter anderem wird gefordert, daß die Schichtzuschläge als Einkommen der Arbeiter abgesichert werden. Aufgrund der Kurzarbeit und der damit verbundenen Umsetzung auf einfache Schicht fielen die Schichtzuschläge weg, was eine Lohnkürzung von 25 Prozent bedeutete. Die Hoesch-Vertrauensleute fordern: Weiterzahlung der Zuschläge für mindestens drei Monate bei Umsetzung oder Kurzarbeit.

In den Betrieben wird die Forderung nach einer Lohnerhöhung diskutiert. Die Betriebsräte der drei Dortmunder Hoesch-Hüttenwerke stellten am Mittwoch letzter Woche eine Forderung nach innerbetrieblicher Lohnerhöhung auf:

– den Festlohnanteil von 7,25 um 10 Pfennig auf 7,35 DM zu erhöhen;

– den Punktwert von 11,56 auf 12,50 Pfennig anzuheben.

Bei Hoesch gibt es bis 40 Punkte. Die angelernten Produktionsarbeiter, was der größte Teil der Arbeiter bei Hoesch ist, bekommen 20 Punkte. Die Punkteanhebung wird ihnen 28,8 Pfennig in der Stunde mehr bringen. Für einen 25-Punkte-Mann, einen Facharbeiter, 33,5 Pfennig mehr pro Stunde.

Die Hoesch-Betriebsräte erklären, die Forderung sei „nur eine Korrektur gegenüber den anderen Stahlwerken".

Zur Lohntarifrunde halten sie fest: „Grundsätzlich wird in keiner Weise der mäßige Tarifabschluß vom letzten Jahr aufgefangen, der mit plus 3,64 DM effektiv den Stahlarbeitern heute immer noch 200 DM Kaufkraftverlust pro Monat in der Lohntüte läßt."

Eisenschaffende Industrie

Vergleich 1. Vierteljahr 1975 – 1. Vierteljahr 1976

	1. Vierteljahr 75	1. Vierteljahr 76	Prozent
Produktion (1970 gleich 100)	105,8	94,7	– 10,5
Beschäftigte (in Tausend)	315,8	302,2	– 4,3
davon Arbeiter (in Tausend)	245,7	233,2	– 5,1
Bezahlte Wochenstunden alle Arbeiter	42,0	38,9	– 7,4
Bruttostundenverdienst (in DM)	10,76	11,18	3,9
Bruttowochenverdienst (in DM)	452.–	435.–	– 3,8

(Nach: Der Gewerkschafter Nr. 7/1976)

Klöckner-Hütte Haspe: 1975 wurde der Lohn insgesamt um 1 200 DM gekürzt

Lohnnachschlag gefordert

Hagen. Vor zirka anderthalb Jahren hat die Klöckner-Hütte-Haspe einen Kooperationsvertrag mit den Hamburger Stahlwerken geschlossen, über die Lieferung von Vormaterial für die Feineisen- und Drahtstraße. Zugleich sollte die Belegschaft von 1 200 auf 1 000 abgebaut werden.

Auf einer Betriebsversammlung sagte der unter sozialdemokratischer Führung stehende Betriebsrat damals, daß man neuerlichen Entlassungen unter keinen Umständen die Zusage geben würde. Man muß sich dabei vor Augen halten, daß die ehemalige Hütte in Haspe stillgelegt und in Bremen neu aufgebaut wurde. Zirka 7 000 Stahlwerker verloren damals ihren Arbeitsplatz.

Wie sieht die Situation heute aus?

Auf der Drahtstraße wurde für mehrere Millionen DM eine neue Anlage gebaut. Sie dient vor allem dazu, mehr Qualitätsstahl walzen zu können. So soll in diesem Bereich die Produktion bis 1977 um fast das Doppelte erhöht werden. Durch diese neue Anlage werden aber vor allem Arbeitskräfte eingespart werden. Während der Anlaufzeit ging dies noch nicht, aber zum 30.6.76 sind jetzt 84 Arbeiter entlassen worden. Entlassen wurden alles Arbeiter, die 60 Jahre alt waren, über den bestehenden Sozialplan. Diese Entlassungen werden jetzt überall spürbar. Denn Klöckner will diese Stellen selbstverständlich nicht wieder besetzen.

So sollen an der Kaltschere der Feinstraße (hier werden die abgekühlten Stäbe auf Länge geschnitten, gewogen und verpackt) statt bisher 8 – 9 nur noch 5 arbeiten. An der Bundaufnahme, wo die noch heißen Ringe zur Hakenbahn hin erfaßt werden, an der oft mörderische Arbeitsbedingungen herrschen und sich immer zwei Arbeiter halbstündig abwechseln, soll ein Arbeitsplatz abgebaut werden. An der Walzstraße selbst soll eine Staffel nicht mehr besetzt werden, die Arbeit sollen die Arbeiter der anderen Staffel jetzt mitmachen.

Aber diese Methoden reichen den Klöckner-Kapitalisten nicht. Sie versuchen aus allen Arbeitern das Letzte herauszupressen. Ein Schlosser, dem ein halbes Jahr fehlte, um jetzt mit den über Sechzigjährigen entlassen zu werden, der seit fünf Jahren laut ärztlichen Attesten und Kriegsinvalidität nur noch Frühschicht machte, wurde wieder zur Wechselschicht gezwungen. Mit der Drohung, sonst könne man ihn hier in Haspe nicht mehr gebrauchen und er müsse in Bremen bei Klöckner anfangen.

Hier beginnt der Widerstand der Kollegen sich jetzt zu formieren. Aber nicht hier alleine.

Ein Arbeiter drückte es auf der letzten Betriebsversammlung so aus: Die Klöckner-Kapitalisten wollen uns zurück bringen auf einen Lebensstandard wie im Mittelalter. Ständige Verschärfung der Ausbeutung und ständiger Lohnabbau. Seit anderthalb Jahren wird jetzt hier in Haspe Kurzarbeit verfahren.

Der Arbeiter hat auf der Betriebsversammlung vorgerechnet, daß uns allein 1975 1 200 DM Lohnverlust entstanden sind. Bei Schichtarbeitern macht das zirka 2 DM netto die Stunde bei 86 Kurzarbeitstagen 1975 aus. 1976 nicht mitgerechnet. Der Kollege forderte einen einmaligen Ausgleich.

Das wird aber alleine nicht ausreichen. Wir werden diese Fragen auch hinsichtlich der kommenden Tarifrunde diskutieren und dementsprechende Forderungen aufstellen müssen.

Eins wird deutlich: Die Stahlkapitalisten haben zur Profitschlacht geblasen, sie haben es bei uns angekündigt durch Erhöhung der Tonnenzahlen und sie versuchen es durch verschärfte Auspressung. Sie haben aber, und das steht fest, die Rechnung ohne den Wirt gemacht. – (f., Betriebszelle Klöckner, Hagen, Kommunistische Gruppe Hagen)



Salzgitter. Im Drahtwerk der Stahlwerke Peine – Salzgitter werden mit einer Rollenrichtmaschine Winkeleisen bearbeitet, die der Arbeiter mit der Hand einlegen muß.

Der Kapitalist Graf Max von Baden erkennt die Tarifverträge nicht an

Ein großer Teil der Belegschaft trat in die Gewerkschaft ein

Gaggenau (Rastatt). Im Kunststoffwerk Bergmann in Gaggenau, das dem Grafen Max von Baden gehört, sind zirka 70 Arbeiter beschäftigt. Sie arbeiten in drei Schichten unter mörderischen Bedingungen. Ununterbrochen müssen die Kollegen Chemikalienstaub einatmen, der beim Mischen des Kunststoffs aufgewirbelt wird. Dieser Staub verteilt sich in der ganzen Halle, so daß er nicht nur von den Kollegen am Mischer, sondern von allen Kollegen eingeatmet wird.

Dort, wo das Material geschmolzen und durch die Düsen herausgepreßt wird (am Extruder), entstehen ständig giftige Dämpfe. Absauganlagen gibt es so gut wie keine. Die Kollegen an den Maschinen atmen die Dämpfe direkt ein. Die anderen Kollegen haben den „Vorteil", diese Dämpfe nur in verdünnter Form inhalieren zu müssen.

Besonders unangenehm wird es, wenn die Maschinen gereinigt werden. Dies ist immer dann der Fall, wenn eine Kunststoffmischung in einer anderen Farbe gefahren wird. Ein Kollege brennt den inzwischen abgekühlten und hartgewordenen Kunststoff mit dem Schweißbrenner aus dem Extruder. Dabei wird der Kunststoff so hoch erhitzt, daß er verdampft. In der Halle macht sich ein unbeschreiblicher Gestank breit. Das ist aber noch gar nichts dagegen, wenn „Eskalit", ein Reinigungskristall, gefahren wird. Dann dreht sich den Arbeitern der Magen um.

Zum Gestank kommt ein höllischer Lärm. Man kann sich nur durch Schreien verständigen. An der Condux, an der Folienmaschine und an der Mühle ist der Lärm selbst unter Ohrenschützern unerträglich, weil er sich über die Schädeldecke weiter überträgt.

Ständig wird versucht, die Produktion höher zu schrauben. Die Meister spielen die Maschinen- und Schichtführer untereinander aus. „Warum läuft Ihre Maschine nur 1600? Die Schicht vorher hat 1800 gefahren." Es kommt auch vor, daß die Meister selbst die Maschine hochdrehen. Die Maschinen wurden schon so hochgedreht, daß das produzierte Material nicht richtig abkühlen konnte und die Plastiksäcke, in denen das Material abgepackt wird, geschmolzen sind. Die Kollegen sagen dann: „Wir können froh sein, daß wenigstens das Material und die Maschinen Grenzen haben, wo es nicht mehr schneller geht."

Die Tarifverträge durchsetzen!

Bei Bergmann ist die Ausbeutung schier schrankenlos. Der Kapitalist erkennt nicht einmal die Tarifverträge an.

– Für Schichtarbeiter gibt es keine Pausen. Ihr Vesper müssen sie neben der Arbeit her bei Lärm, Gestank und Staub an der laufenden Maschine einnehmen.

– Schichtzulage wird nicht bezahlt.

– eine bezahlte Waschzeit, die „bei besonders starker Verschmutzung oder aus gesundheitlichen Gründen" (Manteltarifvertrag § 6) bezahlt werden muß, gibt es auch nicht. Im Gegenteil: Wenn man mal fünf Minuten eher zum Duschen geht, muß man noch damit rechnen, vom Meister angeschissen zu werden.

– Arbeitsschutzkleidung, die die Geschäftsleitung stellen und waschen lassen müßte, müssen die Kollegen selber mitbringen.

Die Belegschaft organisiert sich in der Gewerkschaft

Bisher glich der Betrieb einem Taubenschlag. Viele Arbeiter, die bei Bergmann arbeiten, waren vorher monatelang arbeitslos. Die Arbeit bei Bergmann haben sie angenommen, weil es sonst nichts gab. Sie haben sehr oft nur eines im Kopf: nur schnell wieder weg hier! Der ständige Wechsel in der Belegschaft und dadurch, daß Arbeiter aus möglichst verschiedenen Ländern eingestellt werden (Italiener, Jugoslawen, Türken, Algerier, Arbeiter aus Martinique), erschwerte bisher den Zusammenschluß der Belegschaft. Der Widerstand der Arbeiter bestand in Einzelaktionen.

Vor zirka sechs Wochen wurden zum Beispiel zwei Maschinen gewaltsam zum Stehen gebracht. In der einen fand sich ein Querschneider, in der anderen mehrere Schrauben. Öfters kam es vor, daß einem Arbeiter der Kragen platzte und er den Meister beschimpfte. Das Ergebnis war – Entlassung.

Davon haben die Arbeiter gelernt: Nur gemeinsam werden wir unsere Lage verbessern. Wir müssen uns in der Gewerkschaft organisieren. Die Geschäftsleitung muß gezwungen werden, die Tarifverträge anzuerkennen. So schlecht auch viele Bestimmungen des Tarifvertrags sind, die Anerkennung des Tarifvertrags durch die Geschäftsleitung bringt uns weiter, denn dann haben wir uns die Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation erkämpft und stehen nicht mehr als einzelne Belegschaft dem Markgrafen gegenüber, sondern befinden uns in einer gemeinsamen Front mit den anderen Chemiearbeitern.

Die Initiative ging von den Mischern aus. Trotz allem Druck und aller Bespitzelung durch die Meister ist ein großer Teil der Belegschaft in die Gewerkschaft eingetreten. Man traf sich zur Besprechung des weiteren Vorgehens in einer Kneipe. 20 Kollegen sind gekommen. Das sind sehr viele, wenn man bedenkt, daß die zweite Schicht nicht kommen konnte.

Erster Erfolg der Belegschaft

Die Geschäftsleitung ergriff die Flucht nach vorn. Am Tag, an dem nachmittags die Gewerkschaftsversammlung war, hat sie vormittags die Betriebsratswahlen ausgeschrieben und gleich ihre Unteroffiziere, Meister und Betriebsleiter, in den Wahlvorstand vorgeschlagen. Die Kollegen haben dieses Manöver sofort durchschaut und zurückgeschlagen. Sie haben einen Termin für eine Betriebsversammlung festgesetzt, auf der der Wahlvorstand gewählt und die Betriebsratskandidaten vorgeschlagen werden sollen. Die Geschäftsleitung hat ihren Aushang schnell wieder zurücknehmen müssen. Dies ist ein erster Erfolg der Belegschaft.

Aber es ist keineswegs so, daß die Geschäftsleitung klein beigegeben hätte. Im Gegenteil: sie schlägt um sich. So hat sie einen Kollegen, der den gewerkschaftlichen Zusammenschluß vorangetrieben hat, in der Probezeit fristlos entlassen. Als dieser sich weigerte, sofort zu gehen, und auf den drei Tagen Kündigungsfrist bestand, erteilte sie ihm Hausverbot und ließ ihn von der Polizei vom Werksgelände holen.

Nach dem Polizeieinsatz haben die Arbeiter gesagt: „Die stecken doch alle unter einer Decke. Aber jetzt erst recht!"

Extrablatt der KVZ fand große Zustimmung

Die Geschäftsleitung schickt jetzt die Meister, um zu spalten. Sie setzen Gerüchte in die Welt, daß der Markgraf eventuell den Laden dichtmacht, wenn die Kollegen Forderungen stellen. Dazu schrieb die Kommunistische Gruppe Gaggenau in einem Extra-Blatt der KVZ für die Arbeiter bei Bergmann:

„Ein Meister sagte neulich, man solle es nicht zu bunt treiben, sonst würde der Markgraf vielleicht den Laden dicht machen und die Arbeiter stünden auf der Straße. Dieser Meister muß sich fragen lassen, wer treibt es hier zu bunt, die Belegschaft oder die Geschäftsleitung? Grade jetzt erst hat die Geschäftsleitung selber zugegeben, wie rentierlich **für sie** der Laden ist, indem sie wegen der Produktionssteigerung ‚freiwillig' ein paar Kröten hat springen lassen, damit die Kollegen ruhig bleiben . . .

Daß ein Kapitalist in die Schweiz oder sonst wohin abhaut, davor ist eine Belegschaft nie sicher. Diese Gesellschaft garantiert den Kapitalisten das Recht, die Arbeitskraft auszubeuten. Sie garantiert ihnen auch, mit dem, was sie den Arbeitern abgepreßt haben, tun und lassen zu können, was sie wollen . . .

Aus der Tatsache, daß die, die nichts tun, mit dem, was sie den Arbeitern abgepreßt haben, tun und lassen können, was sie wollen, kann die Arbeiterklasse nur einen Schluß ziehen: dieses ganze Schmarotzergesindel und Lumpenpack wie den Markgrafen von Baden und seine ganze Klasse zum Teufel zu jagen und die Fabriken unter eigener Regie zu führen . . ."

Dieses Extra-Blatt hat große Zustimmung in der Belegschaft und heftige Debatten über die Ziele der Arbeiterklasse ausgelöst. 17 Arbeiter haben letzte Woche die KVZ Nr. 27 gekauft. Von der Nr. 28 wurden 14 verkauft.

Der Kampf gegen den Bergmann-Kapitalisten Grav Max von Baden geht weiter. Debattiert wird jetzt, ob man hinsichtlich der Durchsetzung der Forderungen der Belegschaft nur auf den zu wählenden Betriebsrat setzen soll, oder ob die Belegschaft nicht heute bereits die Initiative ergreifen soll. – (h./t.)

GEW Kiel

Die Position der Reformisten gerät ins Wanken

Kiel. Mit Erlassen und Verfügungen werden die Lehrer zu unbezahlter Mehrarbeit gezwungen, mit dem besonderen öffentlichen Dienstrecht werden sie zu Hilfsknechten der Bourgeoisie gemacht. Die Landesregierung Schleswig-Holstein unterscheidet sich hier in nichts von den Regierungen der anderen Bundesländer. Die Sammlung des von ihr erlassenen Schulrechts umfaßt inzwischen 7 700 Seiten! In den letzten Monaten ist sie erweitert worden durch eine Neuregelung der Lehrerbesoldung (2. BesVNG), die für einen erheblichen Teil der Lehrer Zurückstufung und damit Gehaltskürzung bedeutete, und durch einen „Maßnahmenkatalog zur Verbesserung des Unterrichtsangebots“, der von den Lehrern unbezahlte Vertretungsstunden verlangt, den Stundenerlaß für ältere Kollegen abbaut, Referendare als billige Lehrkräfte auf dem Land einsetzen will, Personalversammlungen während der Unterrichtszeit verbietet und vieles andere, was weder Schülern noch Eltern nützt, aber die Lehrer in gesteigerte Arbeitshetze treiben soll.

Schon seit längerer Zeit hat es in der GEW Kiel Beschlüsse von Gewerkschaftsgremien gegeben, die sich sowohl gegen die Maßnahmen der Landesregierung richteten, aus den Lehrern in den Schulen und Hochschulen mehr Arbeit herauszupressen, als auch gegen alle Versuche, die Lehrer durch Anwendung des öffentlichen Dienstrechts von der Parteiergreifung für die Arbeiterklasse, deren Kinder sie unterrichten, abzuhalten.

Es gab Beschlüsse, den Kampf gegen den Dienstherren aufzunehmen. So wurde dem geschäftsführenden Vorstand des Kreisverbandes die Aufgabe übertragen, zu der Verweigerung der Einstellung des GEW-Mitglieds Angelika Volkhardt eine Dokumentation herauszugeben. Er wurde aufgefordert, gegen die Sparmaßnahmen im öffentlichen Dienst eine öffentliche Protestveranstaltung durchzuführen. Zur Lehrerarbeitslosigkeit sollte er eine Flugblattaktion durchführen. Er sollte sich öffentlich gegen die Kündigung des GEW-Mitglieds Matthias Tomczak am Institut für Meereskunde einsetzen.

Der geschäftsführende Vorstand, der in seiner Mehrheit von Reformisten gestellt wird, dachte nicht daran, seinen Aufgaben nachzukommen und die Beschlüsse durchzuführen. Stattdessen verfolgte er eine Politik der Verhandlungen mit dem Kultusminister, die regelmäßig damit endeten, daß eine GEW-Presseerklärung von „erfolgreichen Gesprächen“ und der „Bereitschaft des Ministers, seine Maßnahmen teilweise rückgängig zu machen“ sprach, und daß der Minister seine Maßnahmen ungerührt durchführte.

Heftige Kritik am Vorstand, der die Mitgliederbeschlüsse nicht ausführt

Auf der Mitgliederversammlung des Kreisverbandes, die im vergangenen Mai stattfand, sah sich der Vorstand deshalb heftiger Kritik durch die Mitglieder ausgesetzt. Die Versäumnisse der letzten Monate wurden ihm vorgehalten. Keiner der von ihm vorgelegten Anträge – ausnahmslos Satzungsänderungen, die die Position des Vorstands stärken und die Aktivität der Mitglieder schwächen sollten – wurde angenommen. Stattdessen faßten die Mitglieder den Beschluß, die für Ende Mai geplante landesweite Demonstration gegen die reaktionäre Bildungspolitik der Landesregierung, die vom Vorstand als „undurchsichtige Chaoten-Demonstration“ mit allen Mitteln bekämpft wurde, zu unterstützen.

Aus der Versammlung heraus wurden für die Wahl des geschäftsführenden Vorstands Gegenkandidaten gegen den reformistischen Vorstand aufgestellt, die als Ziel ihrer Kandidatur die konsequente Interessenvertretung der Mitglieder gegen den Dienstherrn auf der Grundlage der von den Mitgliedern gefaßten Beschlüsse angaben.

Der amtierende Vorstand, der für seine Politik der Unterwerfung unter die Interessen des bürgerlichen Staates keine Rechtfertigung mehr vorweisen konnte, entschloß sich daraufhin zu einem Putsch gegen die Mitglieder. Obwohl die Mitgliederversammlung den von ihm eingebrachten Satzungsänderungsantrag auf Briefwahl gerade abgelehnt hatte, erklärte er, daß er die Wahl nach den Richtlinien der Bundes-GEW als Briefwahl durchführen wird. In Schleswig-Holstein ist aber die satzungsgemäße Übernahme der Bundesregelungen der GEW erst auf der Vertreterversammlung im November dieses Jahres möglich; bis zum November gelten die bisherigen Landes- und Kreissatzungen.

Gegen die jetzige Bundessatzung haben sich die Mitglieder gewandt. Schon auf der letzten Kieler Kreismitgliederversammlung im vergangenen Jahr sind der Kreisvorstand und Landesvorstand durch einen Antrag aufgefordert worden, auf die Rücknahme der Unvereinbarkeitsbeschlüsse auf Bundesebene hinzuwirken. Verschiedentlich wird jetzt in den GEW-Landesverbänden erörtert, daß eine außerordentliche Bundesdelegiertenversammlung zur Änderung der Bundessatzung einberufen werden muß.

Da er sich trotz Briefwahl keineswegs sicher war, ob seine Politik, die zur Unterwerfung unter die Interessen des staatlichen Dienstherrn führt, die Billigung der Mitglieder finden würde, setzte er seinen Putsch im Wahlgang fort. Gleichzeitig mit den Wahlunterlagen – teilweise im selben Briefumschlag – ließ er einen Brief einer „Wählerinitiative gegen Radikale im Vorstand der GEW Kiel“ verschicken, der dazu aufforderte, nur Mitglieder des alten Vorstandes zu wählen. Als Begründung hieß es in dem Brief:

„Uns ist bekannt geworden, daß der Kollege Tomczak, der für den Posten des 1. Vorsitzenden des Kreisverbandes kandidiert, als Direktkandidat des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) für die Bundestagswahlen im Wahlkreis 5 / Kiel aufgestellt wurde. (...) Uns ist auf der Vollversammlung des Kreisverbandes aufgefallen, daß sich die in den einzelnen zur Wahl anstehenden Positionen an zweiter Stelle aufgeführten Kandidaten weitgehend mit dem Kollegen Tomczak solidarisiert haben. Ziehen Sie daraus Ihre Schlüsse selbst!“

Die Mitglieder haben ihre Schlüsse gezogen. Entgegen den Erwartungen des Vorstands, daß dieses Vorgehen ihm die einstimmige Absegnung seiner Politik einbringen würde, sprach sich im Durchschnitt jede dritte abgegebene Stimme (bei einer Wahlbeteiligung von 60 Prozent gleich 581 abgegebenen Stimmen) für die Kandidaten aus, die sich durch Kritik an der Politik des Vorstands „mit dem Kollegen Tomczak solidarisiert“ hatten. Für Tomczak als 1. Vorsitzenden stimmten 21 Prozent.

Die Position der Reformisten gerät ins Wanken

Das Ergebnis zeigt, daß die Position der Reformisten ins Wanken geraten ist. Der Vorstand zieht daraus allerdings seine eigenen Konsequenzen: Er hat beim GEW-Landesverband den Ausschluß des Kollegen Tomczak aus der GEW beantragt. Der Antrag wird damit begründet, daß Tomczak durch seine Kandidatur für den KBW gegen Beschlüsse der GEW verstoße. Gleichzeitig hat er ihm den Rechtsschutz der GEW für seine Klage gegen die politisch begründete Entlassung aus dem Institut für Meereskunde entzogen.

Auch dieser Plan des Vorstands, die reformistische Politik in der GEW mit Gewalt durchzusetzen, kann nur in einem Putsch gegen die Mitglieder enden. Denn die Bundesbeschlüsse der GEW und damit der Unvereinbarkeitsbeschluß sind im Landesverband Schleswig-Holstein noch gar nicht übernommen worden und infolgedessen nicht anwendbar.

Bis zur Vertreterversammlung im November kann der Vorstand aber nicht warten, weil er täglich an Boden verliert. Die Sektion Institut für Meereskunde der GEW, in der Tomczak als Mitglied arbeitet, hat in einer Resolution gegen den Ausschlußantrag bereits einstimmig festgestellt:

„(...) Aus dem alleinigen Ziel, der Vertretung der gemeinsamen Interessen der Lohnabhängigen, ergibt sich die Notwendigkeit, die Beschäftigten – unabhängig von ihren sonstigen politischen Anschauungen – in einer Einheitsgewerkschaft zusammenzuschließen. (...) Uns ist kein Fall bekannt, in dem Kollege Tomczak gegen von uns oder von Kreis- oder Landesverband gefaßte Beschlüsse verstoßen oder sich satzungswidrig verhalten hat. Daher fordern wir:

Rücknahme des Ausschlußantrags gegen M. Tomczak! Wiedereinsetzen des Rechtsschutzes der GEW für die Revision gegen seine Kündigung beim Bundesarbeitsgericht! Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen!“

Die Fachgruppe Hochschulen im Kreisverband, die Tomczak im April zu ihrem 1. Vorsitzenden gewählt hat, hat einstimmig bei zwei Enthaltungen eine Resolution gefaßt, in der es heißt: „Die Fachgruppe Hochschulen weist die Behauptung gewerkschaftsschädigenden Verhaltens mit aller Entschiedenheit zurück und fordert den Vorstand des Landesverbands auf, das Ausschlußverfahren unverzüglich einzustellen. (...) Sie stellt fest, daß allein aus der Kandidatur für eine politische Partei gewerkschaftsschädigendes Verhalten nicht abgeleitet werden kann. Wenn – wie im Fall des Kollegen Tomczak – die Anwendung der sogenannten Unvereinbarkeitsbeschlüsse zum Ausschluß von Mitgliedern führt, die sich aktiv und beständig für die Interessen der Lohnabhängigen eingesetzt haben und einsetzen, dann wird dabei nur deutlich, daß die Unvereinbarkeitsbeschlüsse das Prinzip des umfassenden Zusammenschlusses aller Lohnabhängigen in der Einheitsgewerkschaft untergraben.“

Der GEW-Landesvorstand will über den Ausschlußantrag gegen Tomczak am 29. Juli entscheiden. – (a.t., Kiel)

eine GEW-Presseerklärung von „er- der Unvereinbarkeitsbeschlüsse auf Institut für Meereskunde entzogen. am 29. Juli entscheiden. – (a.t., Kiel)

Neue Richtlinien zur politischen Bespitzelung

Verstärkte Bespitzelung während der Ausbildungszeit

In Nordrhein-Westfalen hat die Landesregierung neue Richtlinien zur politischen Bespitzelung im öffentlichen Dienst verfügt. Im Ministerialblatt vom 25. Mai 1976 heißt es: „... diese sind mit sofortiger Wirkung einheitlich in der gesamten Landesverwaltung anzuwenden.“ Wir drucken hier einen Teil ab.

Aufnahme von Bewerbern in den Vorbereitungsdienst, der Voraussetzung für die Ausübung eines Berufes auch außerhalb des öffentlichen Dienstes ist.

Bewerber, die sich verfassungsfeindlich betätigen, werden nicht eingestellt. Wer sich während des Vorbereitungsdienstes verfassungsfeindlich betätigt, ist aus dem Vorbereitungsdienst zu entlassen. Bei der Einstellung in den Vorbereitungsdienst ist von einer Anfrage beim Innenminister gemäß Ziff. 1.11 abzusehen, von der Einstellung ist der Innenminister jedoch zu unterrichten.

Ist nach Beendigung des Vorbereitungsdienstes eine Übernahme in das Beamtenverhältnis auf Probe beabsichtigt, so ist vor Beendigung des Vorbereitungsdienstes darüber zu befinden, ob der Bewerber die Gewähr dafür bietet, jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes einzutreten. Der Dienstvorgesetzte des letzten Ausbildungsabschnittes gibt der Einstellungsbehörde eine entsprechende Empfehlung. Die Einstellungsbehörde hat gemäß Ziff. 1 zu verfahren, wobei die Anfrage an den Innenminister mindestens 6 Monate vor Beendigung des Vorbereitungsdienstes erfolgen soll.

Diese Richtlinien bedeuten, daß z.B. die Dienstvorgesetzten der Referendare, also die Seminarleitung, zum Ende der eineinhalbjährigen pädagogischen Ausbildung eine Einschätzung abgeben sollen, ob der Referendar auf dem Boden der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ steht. Von dieser Einschätzung wird eine eventuelle Einstellung des Referendars in den Schuldienst abhängig gemacht.

Deutlich wird hier, wie der bürgerliche Staat die pädagogische Ausbildung und Betreuung durch die Seminarleitung versteht: als Joch, das die Referendare zu treuen Verteidigern des kapitalistischen Systems zwingen soll.

Die ausdrückliche Verpflichtung der Seminarleitungen zu diesen Spitzeldiensten ist dabei keineswegs neu. Schon nach dem geltenden Beamtenrecht sind sie dazu verpflichtet, der vorgesetzten Behörde über jede Tätigkeit der Referendare Mitteilung zu machen, die sich nicht im Rahmen der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ und der Beamtengesetze bewegt. Dazu zählen zum Beispiel die Teilnahme an einer Demonstration gegen das Komplott der Bundesregierung mit dem Rassistenregime in Südafrika oder Protestmaßnahmen gegen die staatliche Schulpolitik.

Die Seminarleitungen in Nordrhein-Westfalen haben sich in einer Eingabe an den Minister gegen eine generelle Verpflichtung zur Bespitzelung jedes einzelnen Referendars ausgesprochen. Gleichzeitig haben sie aber ihre Bereitschaft erklärt, „konkrete Nachfragen zu beantworten“ und „konkrete Dienstvergehen zu melden“.

Gegen eine derartige Verschärfung und Ausweitung des Spitzelwesens werden die Referendare mit Gewißheit protestieren. Dieser Protest kann sich nicht allein gegen die Ausweitung der Bespitzelung richten, sondern muß die Grundlagen der politischen Entrechtung im öffentlichen Dienst angreifen. Diese Grundlagen bestehen in den Beamtengesetzen und im KPD-Verbotsurteil. – (Nach Ortsbeilage Essen der KVZ)

ÖTV Betriebsgruppe Sigmaringen

Solidaritätsveranstaltung gegen Entlassungen

Sigmaringen. Seit kurzem besteht am Sigmaringer Krankenhaus eine ÖTV-Betriebsgruppe, die sich zur Aufgabe gemacht hat, gegen die Mißstände in der Ausbildung, Hausordnung und Rationalisierungen vorzugehen. Wir erfuhren von der Entlassung dreier Karlsruher Krankenpflegeschüler, die sich als Schülervertreter und Mitglieder der ÖTV für die Interessen der Kollegen eingesetzt haben. (siehe auch KVZ Nr. 27) Weil sich fast die gleichen Probleme bei uns am Krankenhaus stellen, beschlossen wir, eine Solidaritätsveranstaltung und eine Unterschriftenaktion für die Wiedereinstellung durchzuführen.

Die Solidaritätsveranstaltung am 13. Juli war ein voller Erfolg. Gekommen waren fünfundzwanzig. Verabschiedet wurde folgende Resolution, für die 22 Kollegen stimmten: „(...) Als Schülervertreter und Mitglieder der ÖTV vertraten sie konsequent die Interessen der Kollegen, als diese den Kampf aufnahmen gegen Fahrpreiserhöhungen der Karlsruher Verkehrsbetriebe, gegen die Hausordnung, die Rationalisierungsmaßnahmen der Landesregierung, das Haushaltssicherungsgesetz, das starke Einschränkungen im Bereich der Krankenpflege vorsieht, das geplante Krankenpflegegesetz, mit dem tariflich abgesicherte Rechte gestrichen werden sollen.

Die Verwaltung der Städtischen Krankenanstalten will mit diesem Schritt die ganze Schülerschaft treffen, indem sie deren Vertreter entläßt. Den Schülern soll klar gemacht werden, daß ihre Meinungsfreiheit aufhört, wenn sie sich gegen Mißstände auflehnen und die Interessen der Verwaltung und Landesregierung angreifen. Aber diese Aktionen waren gerechtfertigt.

Aber weil dieser Angriff auf die Meinungsfreiheit nicht nur auf Karlsruhe beschränkt ist, weil es diese Mißstände überall gibt, rufen wir die hier Versammelten ... auf, folgende Forderungen zu unterstützen:

Uneingeschränktes Recht der Meinungsäußerung in Schule und Betrieb! Sofortige Wiedereinstellung der drei entlassenen Kollegen Maria Olbrich, Janos Kehl und Reinhard Roth!“ – (c., Sigmaringen)

Rechtsreferendare: Weg mit dem besonderen Dienstrecht!

Heidelberg. Für die sofortige Einstellung des Disziplinarverfahrens gegen eine Heidelberger Rechtsreferendarin und für die Abschaffung des besonderen Dienstrechts haben sich die 70 Teilnehmer auf einer Veranstaltung der ÖTV-Rechtsreferendargruppe in einer Resolution ausgesprochen. Gegen eine Heidelberger Rechtsreferendarin sind Vorermittlungen für ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden, weil sie im Dezember 1975 mit ihrer Unterschrift die Forderung nach sofortiger Freilassung der gefangengehaltenen Kommunisten Jochen Noth und Dietrich Hildebrandt unterstützt hatte. Die beiden Mitglieder des KBW waren wegen ihrer Beteiligung an der Cabora-Bassa-Demonstration von 1970 zu Gefängnisstrafen von 8 bzw. 12 Monaten verurteilt worden. Im Text der Unterschriftensammlung, die von fast 1000 Menschen unterzeichnet worden ist, nachdem den Mitgliedern des KBW die sonst übliche Strafaussetzung zur Bewährung nach zwei Dritteln der Haftverbüßung nicht gewährt worden war, wurde festgehalten, daß die Gefangenen aus politischen Gründen in Haft gehalten werden. Gegen das Disziplinarverfahren verabschiedete die Sprecherkonferenz der Rechtsreferendare im Oberlandesgerichtsbezirk Karlsruhe mit großer Mehrheit die gleiche Resolution wie auf der ÖTV-Veranstaltung.

Meldungen

ÖTV: Das Schlichtungsabkommen zum 31.12. gekündigt

Die ÖTV hat das Schlichtungsabkommen, das im Herbst 1974 abgeschlossen worden war, zum 31. Dezember 1976 gekündigt. Das jetzige Abkommen sieht eine gemeinsame Tarifverhandlung von ÖTV und DAG vor. Aus diesem Grund sei das Abkommen gekündigt worden, erklärte ein Sprecher des Hauptvorstandes. In dem Kündigungsschreiben hat der ÖTV-Vorstand seine Bereitschaft zu einem neuen Schlichtungsabkommen erklärt (Frankfurter Rundschau 17.7.76). Dagegen war in zahlreichen Beschlüssen von ÖTV-Organen das Schlichtungsabkommen abgelehnt und seine ersatzlose Aufkündigung gefordert worden. So hatte die Bundesjugendkonferenz in dem Antrag 405 an den ÖTV Gewerkschaftstag die Kündigung gefordert und beantragt, „Verhandlungen über ein neues Schlichtungsabkommen abzulehnen“. In der Begründung dazu heißt es: „Das Schlichtungsabkommen fördert nicht die Kampfstärke der Kollegen, sondern schränkt sie im Gegenteil ein. Denn die Stärke der abhängig Beschäftigten liegt in ihrer Geschlossenheit und ihrem einheitlichen Kampf. Das Schlichtungsabkommen dient dagegen dazu, die Tarifauseinandersetzungen in die Länge zu ziehen, sie scheinbar „neutralen“ Schlichtern anzuvertrauen. ... Die Kampffront der Beschäftigten steht offen für zahlreiche Spaltungs- und Verwirrungsmanöver seitens der Arbeitgeber.“

Proteste gegen Personalabbau

Frankfurt. Die Personalräte der Universitätskliniken Frankfurt, Gießen, Marburg haben gegen den geplanten Abbau von Personal in einer gemeinsamen Erklärung scharfen Protest erhoben. Die hessische Landesregierung plant, etwa 1 000 Arbeiter und Angestellte zu entlassen. Die mehr als 100 Assistenzärzte am Stadtkrankenhaus Offenbach haben erklärt, die Maßnahmen der Landesregierung mit Kampfaktionen zu beantworten.

ÖTV-Programm zur Personalratswahl gegen Pläne der Regierung

Hannover. Auf einer ÖTV-Mitgliederversammlung an der Medizinischen Hochschule Hannover Mitte Juni wurden die ÖTV-Kandidaten zur Personalratswahl auf ein Programm verpflichtet. In Niedersachsen plant die Regierung 8 000 Stellen im Gesundheitswesen zu streichen durch Schließung von Krankenhäusern und Nichtbesetzung von freigewordenen Stellen. Die ÖTV-Kandidaten treten in ihrem Programm u.a. für folgende Forderungen ein: Keine Personaleinsparungen! Kein Einstellungsstopp! Keine heimliche Arbeitszeitverlängerung durch z.B. Einbau von unbezahlten Pausen! Übernahme aller ausgebildeten Krankenpflegeschüler! Gegen Berufsverbote aufgrund gewerkschaftlicher Aktivitäten! Kostenlose Sprachkurse für ausländische Kollegen!

Hessen: Lehrerarbeitslosigkeit
Frankfurt. Nicht eingestellt für das

Hessen: Lehrerarbeitslosigkeit

Frankfurt. Nicht eingestellt für das kommende Schuljahr werden 430 fertige Grundschullehrer, 197 Haupt- und Realschullehrer, 18 Gymnasial- und 18 Berufsschullehrer. 157 Anwärter auf eine Referendarstelle im Gymnasium werden nicht eingestellt. Die Prüfungstermine an den Universitäten und die Einstellungstermine sind so abgestimmt, daß die meisten Junglehrer das Examen im Juni machen müssen, dann aber erst im November eingestellt werden. Die Wartezeiten betragen in der Regel ein halbes Jahr. Die GEW griff das als „verdeckte Arbeitslosigkeit“ an.

Bespitzelung während der Ausbildung

Frankfurt. Die hessische Regierung hat beschlossen, Lehramtskandidaten nicht mehr vor Beginn der Referendarausbildung aus politischen Gründen abzulehnen. Die Überprüfung durch den Verfassungsschutz, ob die Lehrer die kapitalistische Ausbeuterordnung auch aktiv vertreten, wird so durchgeführt, daß die Entscheidung des Staates jetzt vor Übernahme des Lehrers in das Beamtenverhältnis getroffen wird. Die politische Bespitzelung während der Ausbildungszeit wird ausgedehnt, um den Druck auf die Lehrer zu verstärken, sie zu willfährigen Unterdrückungswerkzeugen des kapitalistischen Staates zu machen. Diese Maßnahme trifft auf den Widerstand großer Teile der Lehrer. Von zahlreichen GEW-Gremien wird gefordert: Schluß mit der politischen Bespitzelung im öffentlichen Dienst!

Keine Stellenstreichung!

Pinneberg. „Wir fordern: Wiedereinrichtung der 29 Planstellen!“ Mit Stimmenmehrheit wurde diese Forderung von zwei Personalversammlungen am Kreiskrankenhaus Pinneberg verabschiedet. 29 freigewordene Stellen bei einer Belegschaft von 347 waren im letzten Jahr nicht mehr besetzt worden. In der verabschiedeten Resolution heißt es: „Rationalisierung durch Stellenstreichungen! Die Belegschaft des Kreiskrankenhauses ist nicht bereit, diese Maßnahmen hinzunehmen.“ Und der Personalrat, der sich bei der Abstimmung der Stimme enthielt, wurde beauftragt, für die Forderung einzutreten. Die ÖTV-Betriebsgruppe wird den Kampf der Belegschaft dafür organisieren. – (Zelle Kreiskrankenhaus Pinneberg)

„Förderlehrgang" Chemie

Das Ausbildungslabor nie von innen gesehen

Darmstadt. In der KVZ Nr. 28 wurde über die sogenannten Förderlehrgänge berichtet, die der bürgerliche Staat für Jugendliche betreiben läßt, die keine Lehrstelle haben. Daß die Jugendlichen mit solchen Lehrgängen um ihr Recht auf eine Ausbildung betrogen werden, die sie befähigt, die gesellschaftliche Produktion zu beherrschen, und durch die ihre Fähigkeiten entwickelt werden, kann man am Beispiel eines solchen Lehrgangs bei Röhm in Darmstadt sehen.

Schon im letzten Jahr hatte das Arbeitsamt der Röhm GmbH die Abhaltung eines solchen Förderlehrgangs angeboten. Damals meldeten sich jedoch keine Jugendlichen dafür. Erst im Frühjahr dieses Jahres hatte das Arbeitsamt 18 Jugendliche zusammen.

Die Jugendlichen, die bei Röhm anfingen, berichteten, daß der Lehrgang als ein Kurs in Chemie angegeben worden sei. Sie waren reichlich erstaunt darüber, was sie dann in der Fabrik erwartete.

Gleich am ersten Tag wurden die Jugendlichen in der Produktion eingesetzt.

Für die gesamte Tätigkeit – der Kurs dauerte ein halbes Jahr – gab es einen Arbeits- und Einsatzplan für die verschiedenen Produktionsbetriebe der Firma.

Sie wechselten alle vier Wochen den Betrieb.

Das wäre ja noch ganz gut gewesen, wenn die Abteilungen und die Arbeitsplätze so ausgesucht worden wären, daß die Jugendlichen dabei etwas lernen. Die Arbeitsplätze für die Kursteilnehmer zeichneten sich aber alle dadurch aus, daß es jeweils die übelsten in der ganzen Firma waren. Arbeitsplätze, wo die Firma Schwierigkeiten hat, jemanden dafür zu kriegen.

So zum Beispiel Arbeitsplätze in der Plexiglasproduktion, von der wir in der KVZ bereits berichtet haben. Dort mußten die Jugendlichen folgendes machen:

Die Plexiglasscheiben, die mit Papier beklebt werden (Verpackung), werden von dem Band, auf dem sie beklebt werden, abgenommen und hochkant auf einen Wagen gestellt. Da die Platten feucht sind durch den Leim, müssen Holzstücke zwischen die Platten geschoben werden. Das heißt, je nach Größe der Platten kommt alle 20, 30, 40, 50 oder 60 Sekunden eine Platte, und zwischen die und die nächstfolgende muß das Holzstück geschoben werden. Für diese Arbeit, die im Betrieb das „Lattenstecken" genannt wird, wurden die Jugendlichen beispielsweise vier Wochen lang „ausgebildet".

Es kam bald zu Beschwerden bei den Jugendlichen. Sie äußerten den Wunsch, etwas zu lernen und bestimmte Kenntnisse, die sie hatten, z.B. Schlossern, zu erweitern und nicht an solchen Arbeitsplätzen eingesetzt zu werden.

Die Jugendvertretung bei Röhm hat die Förderkurse von Anfang an kritisiert. Sie hat die Forderung aufgestellt, daß die Jugendlichen in ein regelrechtes Ausbildungsverhältnis übernommen werden. Wenn nicht, daß sie als von der Firma bezahlte Arbeiter eingestellt werden. Die Firma führte aufgrund der Kritik von seiten der Jugendvertretung drei Stunden Rechenunterricht pro Woche in den „Förderlehrgang" ein. Erwähnt werden muß dabei, daß Röhm ein Ausbildungslabor hat, wo auch Chemie-Jungwerker ausgebildet werden. Dieses Ausbildungslabor haben die Jugendlichen aus dem Förderkurs während des ganzen Kurses kein einziges Mal von innen gesehen. Es war also von vornherein klar, daß die Geschäftsleitung von Röhm keineswegs beabsichtigte, irgendeinen der Jugendlichen aus dem Kurs in ein Ausbildungsverhältnis zu übernehmen.

Worum es den Röhm-Kapitalisten ging, war einzig und allein, zu testen, inwieweit sich diese Jugendlichen willig den übelsten Arbeitsbedingungen unterwarfen, um dann ein paar von ihnen als Ungelernte einzustellen.

Nachdem die Jugendlichen dahintergekommen waren, was mit ihnen gespielt wurde, blieben zehn von den achtzehn weg. Die anderen blieben, weil ihnen versprochen worden war, daß sie übernommen würden.

Auf einer Betriebsversammlung wurde Stellung genommen dazu, daß die Arbeitslosenversicherung von den Kapitalisten geräubert wird und die jugendlichen Arbeitslosen billiges Maschinenfutter für die Kapitalisten sind.

Die Firma hat dann fünf der jugendlichen Arbeitslosen vor Abschluß des Förderlehrgangs in ein Arbeitsverhältnis übernommen – zwei Lohngruppen tiefer eingestuft als normalerweise bei Röhm geschafft wird.

Die Röhm-Kapitalisten haben nicht nur kostenlose Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt bekommen, sie kassierten in der Zeit des Förderlehrgangs noch zusätzlich das Gehalt für einen Ausbilder (für die drei Stunden Unterricht). – (Röhm-Zelle, Darmstadt)

nen. Die Arbeitsplätze für die Kursteilnehmer zeichneten sich aber alle dadurch aus, daß es jeweils die übelsten in der ganzen Firma waren. Arbeits-
grund der Kritik von seiten der Jugendvertretung drei Stunden Rechenunterricht pro Woche in den „Förderlehrgang" ein. Erwähnt werden muß
ten in der Zeit des Förderlehrgangs noch zusätzlich das Gehalt für einen Ausbilder (für die drei Stunden Unterricht). – (Röhm-Zelle, Darmstadt)

Bremen. Eine Wandzeitung an der alten Schule Mainstraße, die die Neustädter Jugendlichen als Jugendzentrum besetzt halten.

Die Revisionisten arbeiten dem Senat in die Hände
Bremen. Seit über 6 Wochen hal-
selbst den Plan verfolgt, das Haus in der Mainstraße zu schließen, sobald das Haus in der Thedinghäuserstraße fertig renoviert ist.

Die Revisionisten arbeiten dem Senat in die Hände

Bremen. Seit über 6 Wochen halten Neustädter Jugendliche ein altes Schulgebäude in der Mainstraße besetzt als selbstverwaltetes Jugendzentrum.

Jetzt hat die SDAJ Flugblätter verteilt unter der Überschrift „KBW plant erneut Hausbesetzung". Nachdem der KBW das Haus in der Mainstraße besetzt habe, wolle er jetzt das wiedererrichtete Jugendhaus in der Thedinghäuserstraße (das Haus war abgebrannt) ebenfalls besetzen. Die SDAJ spricht den Jugendlichen die Fähigkeit zum selbständigen Handeln ab und um zu beweisen, daß die von den Jugendlichen durchgeführte Selbstverwaltung im besetzten Haus nicht klappt, gibt sie auf dem Flugblatt Fotos von den Klos in dem alten Schulgebäude wieder.

Daß der Senat, um der Lage wieder Herr zu werden, 10 neue Sozialarbeiter eingestellt hat, die als Hilfspolizisten für Ruhe und Ordnung sorgen sollen, bejubelt die SDAJ als Erfolg, während sie von der Forderung der Jugendlichen, selbst über die Einstellung von Sozialarbeitern zu entscheiden, nichts wissen wollen. Mit ihrer Hetze gegen das Jugendzentrum Mainstraße steht die SDAJ auf der Seite des Senats, der selbst den Plan verfolgt, das Haus in der Mainstraße zu schließen, sobald das Haus in der Thedinghäuserstraße fertig renoviert ist.

Mietervereinigung fordert selbstverwaltetes Haus für die Jugendlichen

Mannheim. Mitte Juni fand in dem Mannheimer Arbeiterviertel Hochstätt eine Mieterversammlung statt, die von der dortigen Mietervereinigung einberufen worden war. Die Initiative führt seit längerem den Kampf dagegen, daß die Baugesellschaft, der die Sozialbauwohnungen gehören, die Häuser immer mehr verroten läßt. Auf dieser Versammlung befaßten sich die Mieter auch mit der Situation der Kinder und Jugendlichen. Die Versammelten waren einhellig der Meinung, daß dringendst ein Jugendhaus im Viertel benötigt wird. Auf der Hochstätt wohnen besonders viele kinderreiche Familien. Die Mieter waren sich einig, daß dieses Jugendhaus von den Jugendlichen selbstverwaltet werden muß. Sie luden deshalb für Anfang Juli zu einer Jugendversammlung ein. Zu der Versammlung kamen 25 Jugendliche und Arbeiter aus der Mieterinitiative. Eine Initiative für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum wurde gegründet

Berufsgrundschuljahr

Ein Angriff auf die Berufsschulpflicht

Augsburg. Vor kurzem hat die bayerische Staatsregierung ein Neun-Punkte-Programm zur „Bekämpfung" der Jugendarbeitslosigkeit und des Ausbildungsstellenmangels beschlossen. Danach soll die Zahl der „Grundausbildungslehrgänge" und „Berufsgrundschuljahre" erweitert werden. Jährlich 3 000 Schüler zusätzlich sollen nach der Hauptschule ein Berufsgrundschuljahr in Bayern absolvieren oder einen vergleichbaren Lehrgang durchlaufen. Dafür werden jährlich 7,3 Millionen DM locker gemacht. Es handelt sich dabei um Dauereinrichtungen, die im Jahre 1978/79 bereits von 10 500 Jugendlichen durchlaufen werden sollen. Der Sinn dieser Anstrengungen wird erst sichtbar, wenn man weiß, daß für diejenigen Jugendlichen, die ein solches Jahr durchlaufen haben, die *Berufsschulpflicht aufgehoben* ist, soweit sie anschließend kein Ausbildungsverhältnis eingehen.

Jugendliche, die nach der Schule keine Lehre machen, sondern gleich als un- oder angelernte Jungarbeiter in ein Arbeitsverhältnis treten, müssen ja normalerweise vom Kapitalisten zeitweise der Berufsschule überlassen werden. Dadurch muß der Kapitalist vorübergehend auf ihre Arbeitskraft verzichten. Das soll anders werden.

Diejenigen Jugendlichen, die die bayerischen Kapitalisten dennoch in ein Lehrverhältnis zu übernehmen gedenken, rangieren gleich als Auszubildende im zweiten Lehrjahr. Das spart dem Kapitalisten einen großen Teil der Ausbildungskosten.

In Augsburg gibt es das Berufsgrundschuljahr bereits seit 1975. In fünf Klassen wurden 150 Hauptschüler ohne Lehrstelle ein Jahr lang „eingemottet", wie es der Stadtschulrat Nübling nennt. Nach diesem Jahr hätten sie einen „Konkurrenzvorsprung" gegenüber anderen arbeitslosen Jugendlichen, meint das Schulamt. Das mag schon richtig sein; aber dieser Konkurrenzvorsprung besteht nicht in einer qualifizierteren Arbeitskraft – nach wie vor gelten sie als Ungelernte – sondern darin, daß die Kapitalisten sie den anderen Jugendlichen vorziehen wegen des Wegfalls der Berufsschulpflicht. So wird den Augsburger Kapitalisten das Geschäft erleichtert und die Jugendlichen gespalten.

Das ist eine feine Sache; deshalb will das Schulreferat heuer die bestehenden fünf Klassen des Zuges J um vier weitere aufstocken. Die SPD-Stadtratsfraktion meint's besonders gut mit den Kapitalisten und fordert noch drei Klassen mehr.

Beim Zug B des Berufsgrundschuljahres, der in den letzten Wochen von den Augsburger Schulgewaltigen als Alternative zum Zug J stark ins Gespräch gebracht wurde, ist die Ausbildung in einen theoretischen und einen „fachpraktischen" Teil halbiert. Da beim Zug B dieses Jahr auf eine eventuelle spätere Lehre angerechnet werden kann, erspart das den Kapitalisten Ausbildungszeit und Ausbildungskosten.

Der MAN war die Halbierung des ersten Jahres in einen „theoretischen" und einen „fachpraktischen" Teil jedoch zu wenig. Von den MAN-Kapitalisten wurde die Ansicht vertreten, „daß bei bestimmten Ausbildungsberufen dem praktischen Teil mehr Zeit eingeräumt werden müßte und die theoretischen Unterweisungen der Auszubildenden etwas weniger Zeit zu beanspruchen bräuchten". (Neue Presse, 8. April 1976) Und deshalb gibt es beim MAN-Modell nur zwei Tage Theorie und dafür drei Tage „Praxis". Außerdem haben die Teilnehmer am MAN-Modell nicht Anspruch auf die sonst üblichen Schulferien, sondern nur auf einen „erheblich geringeren Urlaub".

Dieses in der Bundesrepublik bislang einmalige Grundschuljahr wird jetzt hauptsächlich vom Bundesministerium für Wissenschaft und Bildung und vom bayerischen Kultusministerium und Wirtschaftsministerium finanziert und von der Universität Augsburg „wissenschaftlich betreut". Es soll Schule machen.

Die Stadt Augsburg hat für den ersten Versuch enorm blechen müssen. 440 000 DM für 104 Auszubildende. 4 230 DM pro Kopf haben die MAN-Kapitalisten eingesackelt. Zum Vergleich: Das oben genannte Modell der bayerischen Staatsregierung sieht nur 2 433 DM pro Kopf vor.

Das konnte der Augsburger Stadtrat bei aller Liebe und allem Stolz auf die „renommierte Augsburger Weltfirma" (Breuer) nicht mehr aufbringen. So haben Land und Bund das so wertvolle Modell gerettet. Denn natürlich steht der Staatsapparat bei Fuß, wenn das Kapital die schlechte Lage der Arbeiterjugend zu einer zusätzlichen Profitquelle machen will. – (Aus: Ortsbeilage Augsburg der KVZ)

Wahlen für die Schülervertretung

Gefordert wird: Weg mit dem Notensystem!

Bochum. Am 9. Juli wählten die Lessing-Schüler ihre neue Schülervertretung für das Schuljahr 1976/77. Vor der Wahl wurden zwei Schülervertretungs-Programme verteilt. In dem Programm I wurde aufgezeigt, wie unser „Schulalltag" aussieht: „Die meisten Schüler sind entnervt und unzufrieden mit dem Unterricht. Eigentlich müßte es doch Spaß machen, Dinge zu lernen, die uns befähigen, die Gesellschaft und die Produktion im wesentlichen zu verstehen. Das eben bringt uns der Unterricht heute nicht bei. Offensichtlich liegt es also an den Unterrichtsinhalten und -methoden, daß die Schüler die Schule nicht sehr lieben. Daß die Schüler am Unterricht teilnehmen und ‚den Stoff lernen', kann nur mit Zwangsmaßnahmen erreicht werden. Das wichtigste Druckmittel sind die Noten. (...)

Das Notensystem ist keine ‚objektive Leistungsbewertung', sondern Zensurschikane, denn es ist ein Druckmittel. Durch das Notensystem wird unter den Schülern unheimlich gesiebt und außerdem der Konkurrenzkampf enorm angestachelt – dabei weiß doch jeder, daß es viel ergiebiger ist, wenn man zusammenarbeitet. Wir sind der Meinung, daß es nicht richtig sein kann, wenn die Schüler eine Ausbildung mit Druck und Zwang erhalten. Das zeigt nämlich nur, daß die Schüler Dinge lernen müssen, die nicht in ihrem Interesse sind. Deshalb sind wir für eine Ausbildung ohne das Notensystem. (...) Außerdem sollte die Schülervertretung dafür eintreten, daß die Schüler Einfluß auf den Unterricht bekommen, d.h. die Schülervertretung muß ein Einspruchsrecht bei der Aufstellung von Lehrplänen, der Einstellung und Weiterbeschäftigung von Lehrern haben."

Diese Forderungen sind an der Lessing-Schule schon weithin bekannt und finden Unterstützung bei den Schülern, weil in der Auseinandersetzung um das Notensystem der Charakter und Sinn der Zensurenschikane entlarvt werden konnte. Es ist den Schülern noch gut in Erinnerung, daß Direktor Ortlend vor einem Monat drei Schülervertreter mit einem Tadel nach Hause schickte, weil sie das Notensystem als Zensurenschikane bezeichnet hatten – das gefährde die „pädagogische Arbeit der Schule".

Weiterhin wurden die Forderungen nach ausreichender Ausbildungsunterstützung, dem sofortigen Bau des Schulzentrums Ost und nach dem Recht auf freie politische Betätigung an der Schule aufgestellt. Auf dieses fortschrittliche Programm haben sich fünf Kandidaten für die Schülervertretung gestellt, von denen zwei Mitglieder des Kommunistischen Jugendbundes sind. Das Programm wurde von der Mehrheit der Schüler unterstützt, d.h. vier von diesen fünf Schülern wurden gewählt, und damit haben die Lessing-Schüler auch eine kommunistische Schülersprecherin gewählt, was deutlich zeigt, daß sie sich trotz der Hetze gegen die „kommunistische Schülermitverwaltung" von der Schulleitung und einigen reaktionären Lehrern darüber klar sind, daß sie ihre Interessen und Rechte nur im selbständigen Kampf durchsetzen können.

Das Schülervertretungs-Programm II hat Kandidaten für den Oberstufensprecher aufgestellt. Dieses im Kern reaktionäre Programm ging mit keinem Wort auf die Verhältnisse im bürgerlichen Schulwesen und die Zensurenschikane ein.

Dieses Programm ist schädlich, weil es die Kämpfe der Schüler nicht vorantreibt, sondern sie im Gegenteil stillschweigend übergeht und so tut, als würden die Schüler schlafen und wären gar nicht mehr wachzukriegen. So wird ein Streik des Biologie-Kurses, der sich gegen die Zensurenschikane richtete, ebenso übergangen wie der Schülerratsbeschluß für das Recht auf unzensierte Wandzeitungen und gegen die Bestrafung der Aufhänger der Wandzeitung. Zum anderen wird in diesem Programm die Arbeit der letzten Schülermitverwaltung völlig falsch eingeschätzt und behauptet, sie hätte u.a. eine Front zwischen Schülern und Lehrern aufgebaut, was nicht stimmt – höchstens die Schulleitung hat das versucht, um zu verhindern, daß die Lehrer und Schüler sich zusammenschließen gegen die Unterdrückung und Schikane in der Schule, die z.B. in der Auseinandersetzung um das Wandzeitungsrecht besonders deutlich wurde. Dieses Programm II erhielt von der Oberstufe nur 11 Gegenstimmen. Das zeigt, wieviel Unklarheit noch über den Charakter des bürgerlichen Schulwesens und über die Arbeit einer kämpferischen Schülervertretung, die die Interessen der Schüler mit diesen im selbständigen Kampf vertritt, besteht.

Insgesamt haben die Wahlen zur Schülervertretung aber die Schüler in der Auseinandersetzung um den Charakter der bürgerlichen Schule und des Notensystems einen großen Schritt vorangebracht.

Wie scharf die Auseinandersetzung geführt wurde, zeigt sich daran, daß sich bei der Wahl der Schülersprecherin z.B. nur 30 Schüler der Stimme enthielten.

Durchgesetzt hat sich das fortschrittliche Schülervertretungs-Gremium unter den Schülern gegen die offene Hetze von Lehrern im Unterricht, keine „kommunistische Schülervertretung" zu wählen. Durchgesetzt hat es sich gegen Schikane und Maßregeln, derer sich die Schulleitung immer verbissener gegen die Schülervertretung im letzten Jahr bediente. Die so verteufelten Leute wurden von der Mehrheit der Schüler bewußt wieder gewählt. Weil sie sich aktiv im Kampf für die Rechte der Schüler eingesetzt hatten. – (G., Bochum)

Praktische Erfahrungen mit dem neuen Strafparagrafen 218

Beratungsstellen – Fangnetze für die Strafverfolgung

Beraterstelle der Kirche: Die Frauen werden zur Beratung gelockt, um sie zu registrieren

Hannover. Mit der Verabschiedung des neuen § 218 ist ein enges Netz geknüpft um diejenigen, die aus den schlechten sozialen Verhältnissen heraus abtreiben müssen. Nach dem Gesetz muß zuerst eine soziale Beratung erfolgen, dann ein medizinisches Gutachten, – oftmals noch ein Gutachten vom Nervenarzt und schließlich muß ein Arzt, der selbst den Eingriff vornimmt, gesucht werden. Das Kernstück des neuen § 218 ist die soziale Beratung.

Das Komitee gegen den § 218 im Stadtteil Roderbruch besuchte eine Beratungsstelle der Institution „Pro Vita, Aktion für das Leben von Mutter und Kind". In einer kleinen Broschüre von „Pro Vita" wird die soziale Lage der Arbeiterklasse hingestellt als individuelles Problem einzelner Menschen. Es wird verschwiegen, daß der § 218 die ganze Arbeiterklasse und das Volk unterdrückt, die durch die Verhältnisse zur Abtreibung gezwungen sind.

Nach der „Pro-Vita" Broschüre sieht es jedoch so aus, als käme der Schwangeren lauter Hilfe entgegen. Wie es damit wirklich aussieht, konnten wir auf der Beratungsstelle feststellen:

Die soziale Beratung führte die leitende Schwester Brigitte durch. Sie gab sich freundlich und verständnisvoll. Vertrauen sollte bei uns erweckt werden. H. erklärte, daß sie schwanger sei und schilderte ihre Lage: Verdienst 900 DM, Freund ist Student, bekommt nicht den vollen BAFöG-Satz, die Wohnung kostet 400 DM.

Schwester Brigitte antwortet: „Machen Sie sich um die finanzielle Seite keine Sorge. Sie werden vom Sozialamt unterstützt werden. Eine junge Mutter kann die 3 Jahre nach der Entbindung Unterstützung bekommen."

Diesen Vorschlägen ist das Komitee nachgegangen. Vom Sozialamt erfuhren wir, daß es sich nicht einmal lohnen würde, einen Antrag auf Sozialhilfe zu stellen, es sei von vornherein aussichtslos. Schwester Brigitte: „Es gibt da noch einen Fonds von der Kirche für Mütter, die in finanziellen Schwierigkeiten sind, davon können Sie leben."

Das Komitee Roderbruch erkundigte sich weiter nach diesem Fonds, wobei deutlich wurde, daß es sich hierbei um eine einmalige Spende, z.B. für ein Kinderbett, handelt; nur in Ausnahmefällen wird nochmals etwas aus dem Fonds gewährt.

Zur Unterbringung des Kindes, während H. arbeitet, riet uns Schwester Brigitte: „An der Medizinischen Hochschule gibt es eine Säuglingstagesstätte, die sucht noch Säuglinge, so etwas ist doch eine gute Sache."

Das Komitee gegen den § 218 fragte in dieser Tagesstätte nach, es konnte uns **nicht** versichert werden, daß in ca. 5 Monaten ein Säugling dort untergebracht werden könnte. Ein Platz in der Tagesstätte kostet 80 DM im Monat. Die Zustände sind miserabel: 3 Schwestern betreuen in 2 Schichten 18 Kinder; weitere Kinder werden noch dazu kommen, jedoch kein Pflegepersonal. Personalstopp, wie uns die Pflegerin in der Säuglingsstätte sagte. Dorthin will Schwester Brigitte also das Kind von H. stecken. Schwester Brigitte machte sich daran, die Bescheinigung darüber auszustellen, daß wir uns die ganzen Lügen, genannt soziale Beratung, angehört hatten. Diese Bescheinigung ist notwendig, um das ärztliche Gutachten zu bekommen. In der „Pro-Vita" Broschüre steht, daß man auf Wunsch „anonym" bleiben könne. Doch in diese Bescheinigung, die keine Indikation bescheinigt, mußten alle Daten zur Erfassung der Schwangeren: Name, Wohnung, Geburtsdatum. Eine Durchschrift davon wurde zu den Akten der Beratungsstelle gelegt. Diese Bescheinigung dient zur Erfassung der Schwangerschaft, die Entscheidung, ob eine Indikation nach dem neuen § 218 gegeben wird, liegt beim ärztlichen Gutachter. Bekommt man vom Arzt kein Gutachten für eine Abtreibung, ist die Schwangere dennoch erfaßt.

Schwester Brigitte verwies uns jetzt ans Krankenhaus Siloah, wo wir das ärztliche Gutachten und ein Bett für den Eingriff bekommen würden. Das Komitee gegen § 218 rief im Siloah an: Im Krankenhaus Siloah ist noch keine Abtreibung durchgeführt worden und wird auch weiterhin keine durchgeführt.

Mit freundlichen Worten wird man in das Netz von Institutionen gelockt, dort soll dann von den Betroffenen selbst festgestellt werden, daß sie ihre soziale Lage viel zu schlecht gesehen haben. Abtreibungen beruhen also auf der Unfähigkeit, aus der miserablen Lage das Beste zu machen! Den Tausenden und Abertausenden von Frauen, die durch die sozialen Verhältnisse gezwungen werden, eine Abtreibung vornehmen zu lassen, soll diese Unfähigkeit bescheinigt werden. Mit der Beratung hat der bürgerliche Staat das Netz geschlossen. Die Kirche nimmt die Handlangerdienste für den bürgerlichen Staat in ihren Beratungsstellen wahr. Spätestens mit der Ausstellung der Bescheinigung ist man erfaßt und kann dann kontrolliert und bespitzelt werden.

Weg mit dem § 218!

Volksentscheid gegen den § 218! – (rs)

Z.B. Augsburg

Laut „Augsburger Allgemeine" vom 17.7. weigern sich alle Krankenhäuser und Kliniken der Stadt Augsburg (250000 Einwohner) Abtreibungen bei „sozialer Indikation" durchzuführen. Und zwar sowohl die kirchlichen als auch die städtischen Krankenanstalten. Im gesamten Regierungsbezirk Schwaben wird keine legale Abtreibung bei „sozialer Indikation" durchgeführt. Mehrere Kreistage haben den unter ihrer Kontrolle stehenden Krankenhäusern die Durchführung solcher Abtreibungen verboten.

Interview des Bochumer Komitees gegen den § 218 mit einer dreiundzwanzigjährigen Studentin

Du bist in eine Beratungsstelle der „Pro Familia" gegangen, um eine Abtreibung genehmigt zu kriegen. Warum konntest du das Kind nicht austragen?

Ich bin Studentin mit 450 DM BAFöG und stehe kurz vor dem Examen. Mein Vater ist Rentner und ist froh, wenn er selbst einigermaßen über die Runden kommt. Ich wohne seit drei Semestern in einem Wohnheim in einem Zimmer von etwa 12 Quadratmetern. Weder von meiner finanziellen Lage noch von meiner Studiensituation her kann ich jetzt ein Kind haben – es würde mich um Jahre zurückwerfen!

Zwei Tage vor Inkrafttreten des § 218 hat die „Bild"-Zeitung in einer großen Schlagzeile auf der Titelseite geschrieben: „Abtreibung ab Montag straffrei!" Welche Erfahrungen hast du gemacht?

Ich bin in die Beratungsstelle gegangen aufgrund des Geredes von der „Fast-Freigabe der Abtreibung" und der sozialen Notlagen-Indikation. Ich bin davon ausgegangen, das würde heute keine Schwierigkeiten mehr machen. Ich habe dort meine Situation vorgetragen. Ergebnis war, daß mir nach Beratung mit einer Sozialarbeiterin von Frau Dr. Brauch mitgeteilt wurde, die soziale Notlagen-Indikation treffe auf mich nicht zu. Erstens habe ich ein regelmäßiges Stipendium und sei auch völlig gesund. Und außerdem könnte ich das Kind hinterher immer noch irgendwo unterbringen! Heime gebe es genug. Außerdem sei das neue Adoptionsrecht gerade in Kraft getreten. Schließlich stehe in diesem neuen § 218, daß die soziale Notlagen-Indikation nicht eingreift, solange es eine andere zumutbare Lösung gebe. Und das sei eben zumutbar.

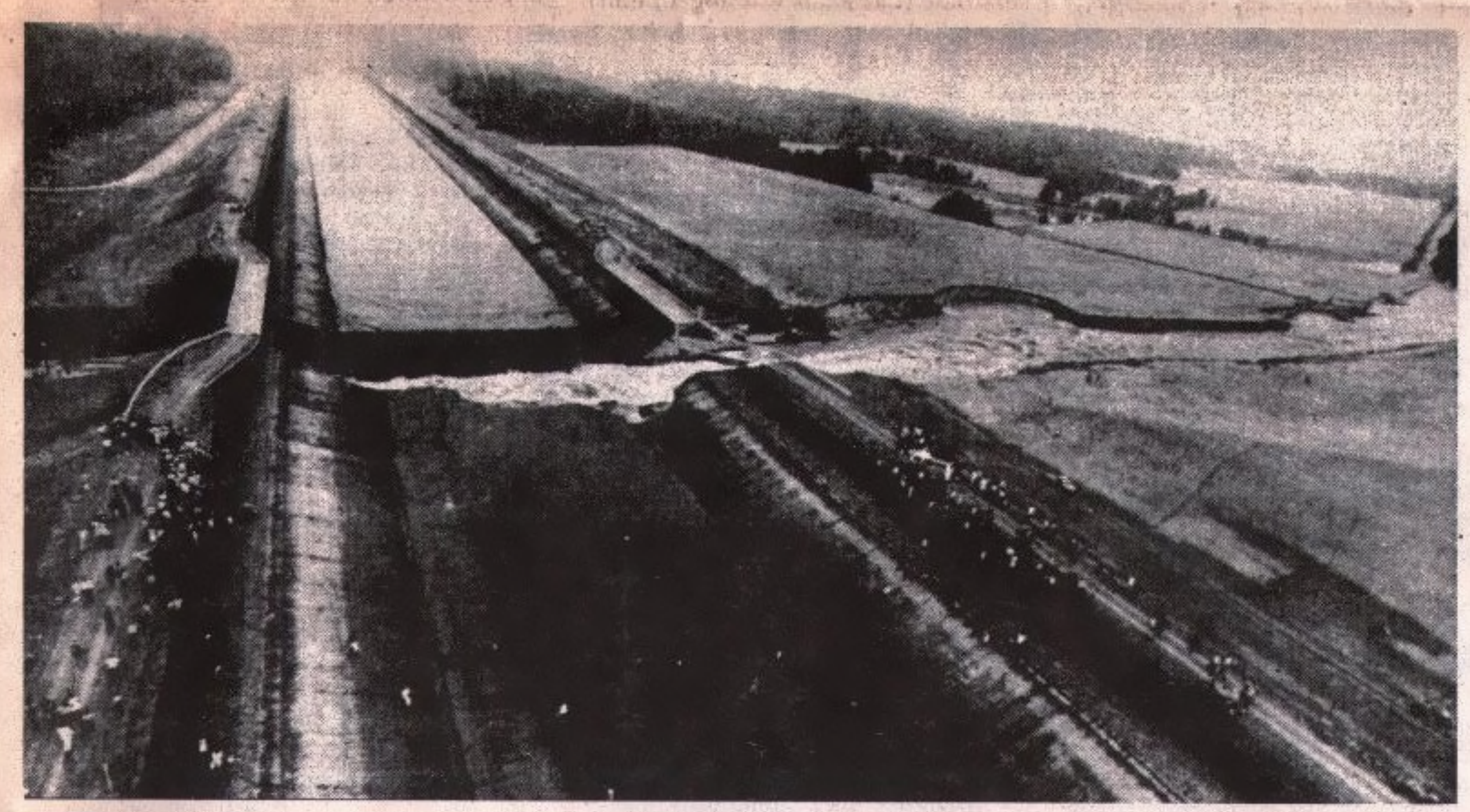
Wie war die Situation in der Beratungsstelle? War das Klima das eines Ortes „kameradschaftlicher Nächstenhilfe", wie es die bürgerlichen Politiker behaupten, oder war es das Klima einer Institution, die zur Schikane und Bespitzelung geschaffen wurde?

Das erste, was ich machen mußte, als ich drin war, war die genaue Bekanntgabe meiner Personalien. Nach der Schilderung meiner Lage fand eine umfassende Befragung über mein soziales Umfeld statt. Alles, was es zu wissen gab über mich. Finanzielle und Wohnsituation meiner Eltern. Berufe und Alter der Geschwister usw. usf. Auf meine Frage, wozu das alles nütze, schrie mich Frau Doktor an, ich solle bloß ruhig sein, ich wolle ja schließlich Hilfe und habe mir das alles ja auch selbst eingebrockt. Erst wolle ich Hilfe und dann werde ich auch noch pampig. Das hätte ich mir früher überlegen müssen, und überhaupt verstehe sie nicht, wie man so naiv sein könne und keine Verhütungsmittel nimmt – also wirklich, das sei ja unglaublich.

Wir haben mittlerweile viele Informationen über die Modellberatungsstelle „Pro Familia" zusammengetragen. Wir werden mit dem Material vor die Beratungsstelle ziehen und dort öffentlich enthüllen, daß in den Beratungsstellen bespitzelt und bevormundet wird.

Auf jeden Fall werde ich mich, nach den Erfahrungen, die ich selbst gemacht habe, an einer solchen Aktion beteiligen.





An dieser Stelle ist der 2,50 Meter hohe Damm des Elbe-Seitenkanals gebrochen. Die Betonmauer war an dieser Stelle nur durch eine dünne Teerschicht mit dem aufgeschütteten Kanal verbunden.

Bruch des Elbe-Seitenkanals

Warnungen der Bauern wurden mißachtet

Lüneburg. Gerade vier Wochen hat das „Jahrhundertbauwerk" gehalten, als das der Elbe-Seitenkanal gefeiert worden ist. Am letzten Sonntag ist er in die Brüche gegangen.

Durch eine riesige Flutwelle wurden 9 Häuser in Erbstorf, wo der Deich gebrochen ist, zerstört. Über 200 Häuser wurden überflutet. Felder, ertranken, Straßen und Bahnlinien sind zerstört. Mehr als 50 Menschen wurden obdachlos, 10 sind verletzt.

Groß war das Vertrauen auf die versprochenen „wirtschaftlichen Segnungen der neuen Wasserstraße" bei den Bauern der Umgebung von vorneherein nicht. Da der Kanal teilweise mit Grundwasser gespeist wurde, trockneten einigen von ihnen die Felder aus.

Jetzt, nach dem Deichbruch, heißt es in der „Landeszeitung für die Lüneburger Heide", es sei eine „Katastrophe, mit der keiner gerechnet hat". Richtig ist, daß die staatliche Bürokratie, die den Kanal geplant und die Kapitalisten, die an seinem Bau verdient haben, keine Vorkehrungen gegen eine solche Katastrophe getroffen haben. Auf der gesamten Strecke zwischen Scharnbeck im Schiffshebewerk bei Lüneburg und Uelzen ist kein Schleusentor eingebaut worden. Das aufgeschüttete Fundament ist nicht besonders gesichert. An der Straßenführung, wo der Bruch aufgetreten ist, ist die Betonwanne mit dem aufgeschütteten Kanalbett nur durch Teer verbunden gewesen.

Falsch ist, daß keiner mit der Katastrophe gerechnet habe. Bauern um Erbstorf haben berichtet, sie hätten schon am Samstagabend festgestellt, daß das Erdreich in der Nähe des Deiches feucht war und dann irgendwo bei der Stadtverwaltung in Lüneburg angerufen.

Gegen 10 Uhr am Sonntag früh hat dann ein Hausbewohner das Durchsikkern von Wasser in Lüneburg gemeldet. Fünfmal hat er angerufen: Es wurde als Aprilscherz abgetan.

So wenig wie der bürgerliche Staatsapparat diese Hinweise ernst genommen hat, hat er nach dem Deichbruch schnell und wirksam helfen können. Über Polizeifunk war nach dem Deichbruch ein Chaos festzustellen. Die Landeszeitung berichtet, daß Gäste der nahegelegenen Campingplätze die Verkehrsregelung übernahmen, bevor die Polizei das Gebiet weiträumig absperrte. Die Schleusen der Ilmenau, in die das Wasser in Lüneburg lief, konnten eine Zeitlang nicht geöffnet werden, weil der Schlüssel verschwunden sein soll. Die Folge: Im Stadtteil Goseburg von Lüneburg trat der Fluß über die Ufer.

Die Schleusen im Elbe-Seitenkanal zwischen Scharnbeck und Uelzen sollen aus ähnlichen Gründen nicht geschlossen worden sein. Die Wasserflut bekam dadurch neue Nahrung.

Statt Unterstützung lieferten die verschiedenen Dienststellen sich harte Gefechte. 600 Sandsäcke aus Hamburg konnten erst nach großem Zeitverlust geliefert werden, weil die notwendige Unterschrift eines höheren Beamten fehlte.

Unterstützung für die Kandidatur der Kommunisten

Mainz. Seit fast einem halben Jahr wird das Verbot politischer Betätigung und Verkauf politischen Materials auf dem Krempelmarkt massiv durchbrochen, ohne daß die Polizei etwas dagegen ausrichten kann, weil sie die Bevölkerung gegen sich hat. Auch letzten Freitag am Hauptbahnhof stieß ihre Aktion auf großen Widerstand bei den Menschen: Die Polizei griff den Verkauf kommunistischer Zeitungen an, nahm eine Genossin der Gruppe Rote Fahne fest und beschlagnahmte sämtliche Exemplare der Kommunistischen Volkszeitung und der „Roten Fahne". Eine große Menschenmenge (ca. 200 Menschen) umringte sofort empört die Polizei und forderte, daß wir unbehindert weiter machen können. Einige Arbeiter griffen hart die Polizei an, daß sie nicht das Recht haben, gegen den Verkauf politischer Zeitungen vorzugehen, daß jeder das Recht haben muß, kommunistische Zeitungen zu verkaufen. Ein Sozialdemokrat meinte entsetzt: „Daß sowas in einer Sozialdemokratie möglich ist!"

Allen war auch klar, daß es der Polizei nicht um das Zeitungsverkaufen ging, sondern um den Inhalt unserer Zeitungen: die EAP mit Stand und allem blieb unbehelligt. Das empörte die Menschen noch mehr. Viele meldeten sich spontan als Zeugen für uns und unterstützten die Kandidatur der Kommunisten zur Bundestagswahl durch ihre Unterschrift! Die Polizei war auf völlige Ablehnung gestoßen!

Am nächsten Morgen starteten zum Teil die gleichen Polizisten einen Polizeiangriff auf den Agitationsstand des KBW. Die Polizei störte vor allem unsere großen roten Fahnen und Transparente, weil sie die Menschen anzogen, und unsere Enthüllungen. Wir hatten z.B. auf großen Wandzeitungen über die Polizeiaktion am Freitag und die Verschmutzung des Rheinwassers durch Mainzer Kapitalisten berichtet und es hatten sich schnell größere Diskussionsgruppen gebildet. Die Polizisten rissen die Transparente ab, zerschlugen blindwütig die Stelltafeln und zerrissen die Wandzeitungen. Diesmal hatten sie mehrere Provokateure vorgeschickt, die sich an der Zerstörung beteiligten und versuchten, die Umstehenden aufzuhetzen. Wir konnten zwar nicht verhindern, daß der Stand zerstört wurde, wurden aber von vielen unterstützt: Einer z.B. spendete 10 DM für neue Stelltafeln!

Polizei probte Massendurchsuchung

Braunschweig. Am Mittwoch Abend, den 7. Juli, riegelten 100 Polizisten einen Häuserblock im Bereich Wendenstraße ab und durchsuchten zwei Jugendtreffpunkte. Ziel der Razzia war laut Polizeibericht die „Drogenszene" (Braunschweiger Zeitung, 9. Juli). 2,5 Gramm Haschisch und eine angerauchte Pfeife erbeuteten sie.

Diesem heldenhaften Fang gingen Überprüfungen von 255 Personen voraus, was auch beabsichtigt war, denn einen Rauschgifttäter glaubten sie selber nicht zu erwischen (vergl. Braunschweiger Zeitung). Die Polizei probte die Massendurchsuchung, die ihr die neuen Polizeigesetze in ganzen Stadtgebieten gestatten, wenn sie dort „Terroristen" vermutet.

Der bürgerliche Staat „veranstaltet" immer öfter solche Bürgerkriegsmanöver. Er führt sie in der Bordellgegend durch wie neulich oder in der „Drogenszene" wie jetzt, um vorzutäuschen, die Aktionen richteten sich gegen irgendwelche Kriminellen. In Wirklichkeit rüstet der Staat gegen die zunehmenden Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes. – (r.s., Braunschweig)

Probebohrungen für Atommülldeponie verhindert

Achim bei Bremen. Etwa 60 bis 70 Demonstranten aus den Landkreisen Verden, Fallingbostel und Nienburg haben am Freitag, 16. Juli, durch ihre Wachsamkeit dafür gesorgt, daß der Vermessungstrupp zur Vorbereitung der Probebohrungen für die geplante Atommülldeponie in Lichtenmoor wieder abziehen mußte. Obwohl die Vermesser mit Hilfe von Polizei und Unterstützung eines ständig kreisenden Hubschraubers versuchten, die versammelten Menschen einzuschüchtern, gelang das nicht.

Medizinstudenten wehren sich gegen Entrechtung im „Praktischen Jahr“

Nach einer Berechnung des Referats für Medizin-Didaktik am Fachbereich Humanmedizin der Universität Frankfurt werden an allen bundesdeutschen Hochschulen am 1. Oktober 1976 869 Studenten in das Praktische Jahr eintreten.

Das Praktische Jahr bedeutet für die Medizinstudenten schrankenlose Ausbeutung als billige Arbeitskraft, die durch eine umfassende politische Entrechtung abgesichert werden soll. Je näher der 1. Oktober rückt, um so klarer nehmen diese Pläne des bürgerlichen Staates Gestalt an.

Für ihre Arbeit im Krankenhaus sollen die Medizinstudenten keine Bezahlung bekommen. Dies auszunutzen machte schon im Januar dieses Jahres die hessische Gesellschaft für soziale Psychiatrie den Vorschlag: „Um den in den psychiatrischen Krankenhäusern herrschenden Ärztemangel zu mildern, wäre es sinnvoll, diese in Lehrkrankenhäuser umzuwandeln.“ (Frankfurter Rundschau, 27.1.) (In den psychiatrischen Kliniken ist der Ärztemangel besonders groß.)

An dieser Absicht, den Ärztemangel durch die Absolventen des Praktischen Jahres auszugleichen, hat sich bis heute nichts geändert. Hörte man früher noch Versprechungen von theoretischem und praktischem Unterricht, so heißt es heute: Volle Einbeziehung in den Stationsdienst. In Heidelberg ist jetzt bekannt geworden, daß die Medizinstudenten 10 Nachtwachen in 4 Monaten noch zusätzlich machen sollen. In allen anderen Kliniken ist ähnliches geplant. Man muß sich dabei vor Augen halten, daß die Absolventen des Praktischen Jahres sich neben der Arbeit noch auf den gleich im Anschluß an das Praktische Jahr folgenden dritten Teil des Staatsexamens vorbereiten müssen.

Zum Streikbruch verpflichtet

Hand in Hand mit der Ausnutzung als billige Arbeitskraft geht die politische Entrechtung, die täglich schikanö-

Hand in Hand mit der Ausnutzung als billige Arbeitskraft geht die politische Entrechtung, die täglich schikanö-sere Formen annimmt. Abgesehen davon, daß den Medizinstudenten im Praktischen Jahr keinerlei gewerkschaftliche und politische Rechte am Krankenhaus zugestanden werden, sondern daß sie als Studenten dem Hochschulrahmengesetz unterliegen, werden jetzt in den verschiedenen Bundesländern spezielle Hausordnungen erarbeitet, die die Absolventen des Praktischen Jahres noch perfekter dem Willen des staatlichen Dienstherren unterwerfen sollen. Diese Hausordnungen zielen im wesentlichen darauf ab, jegliche politischen Aktivitäten zu unterbinden. Einige Kliniken gehen sogar noch weiter. An der Frauenklinik in Aachen wird für jeden Studenten zum Zwecke der Einschüchterung und Kontrolle ein Zeugnisheft angelegt, in dem Noten für Pünktlichkeit, Benehmen usw. eingetragen werden.

An der Chirurgischen Klinik in Heidelberg muß man sich mit Paßbild und Lebenslauf bewerben. Es existiert ein Fakultäts-Beschluß, daß sich die Kliniken die Studenten nach diesen Bewerbungsschreiben aussuchen können. Die Professoren haben nach diesem Beschluß schon angekündigt, daß sie sich zuerst ihre Doktoranden, die ihnen genehm sind, aussuchen werden.

Schon 1972 schrieb der nordrhein-westfälische Minister für Wissenschaft und Forschung an die Fachschaft Düsseldorf: „Dementsprechend ist im Krankenhaus im allgemeinen jede politische Aktivität ausgeschlossen und ein den Bedürfnissen des Krankenhausbetriebes angemessenes Verhalten des Studierenden zu verlangen.“ Dies war 1972.

1974/75 wurde in Berlin am Urbankrankenhaus ein Modellversuch über das Praktische Jahr durchgeführt. In einem Merkblatt dazu erläuterte der Senator für Gesundheit und Umweltschutz genauer, was unter „ein den Bedürfnissen des Krankenhauses angemessenes Verhalten“ zu verstehen ist: „Die Studierenden der Medizin sind verpflichtet, die Hausordnungen einzuhalten, den innerbetrieblichen Frieden und insbesondere bei Arbeitskämpfen Neutralität zu wahren.“ Erklärte Absicht ist es also, die Medizinstudenten als billige Arbeitskraft auszunutzen und sie dabei gegen die übrigen Beschäftigten am Krankenhaus bei „Arbeitskämpfen“ auszuspielen. Es geht also nicht allein um die Entrechtung der Medizinstudenten, sondern um eine Schwächung und Spaltung der Krankenhausbelegschaften insgesamt. Unterwirft der Student sich dem verordneten rechtlosen Zustand nicht, kann das Krankenhaus verlangen, „die Entsendung eines Studenten rückgängig zu machen“. (Brief des Berliner Senators vom Oktober 1975 an den dortigen Arbeitskreis Praktisches Jahr)

nators vom Oktober 1975 an den dortigen Arbeitskreis Praktisches Jahr)

Zu wenig Plätze

Der bürgerliche Staat ist jedoch nicht fähig und willens, die Ausbildung selbst unter den von ihm diktierten Bedingungen zu sichern. Im Mai dieses Jahres tagte in Kiel der Ausschuß für Lehrkrankenhäuser in Schleswig-Holstein. Im Protokoll dieser Sitzung heißt es: „Mit (der in Kiel herrschenden, d. Verf.) Ausbildungskapazität ist es lediglich möglich, die im Herbst 1976 beginnenden Studenten sowie einen Teil der im Frühjahr 1977 zu erwartenden Studenten an diesen Ausbildungsplätzen zu unterrichten. – Ab spätestens Herbst 1977 muß ein absolutes Chaos befürchtet werden, da dann die Ausbildungskapazität niedriger ist als die Anzahl der zur Ausbildung anstehenden Studenten.“

Dies gilt nicht nur für Schleswig-Holstein. Im gleichen Protokoll heißt es ein paar Zeilen später, daß „auch bundesweit absolut Unklarheiten bezüglich der Durchführung des Praktischen Jahres“ bestehen. Und in der Tat: Zweieinhalb Monate vor Beginn des Praktischen Jahres sind „mit Ausnahme von Bayern noch nirgendwo Lehrkrankenhäuser unter Vertrag genommen worden“ (Frankfurter Rundschau, 16.6.76). Dabei sind die Universitätskliniken nur in der Lage, ca. 30 % der anstehenden Studenten aufzunehmen, 70 % sind auf ein Akademisches Lehrkrankenhaus angewiesen. Diese weigern sich jedoch, Verträge zu unterzeichnen, da sie sich ursprünglich von der Anerkennung als Akademisches Lehrkrankenhaus einen Ausbau ihrer personellen und räumlichen Ausstattung erhofft hatten, den der bürgerliche Staat jetzt nicht mehr finanzieren will. Deswegen kommen keine Verträge zustande.

Alles in allem führt dies für die Medizinstudenten zu einer unannehmbaren Situation. Sie haben sich dagegen zusammengeschlossen, Forderungen aufgestellt nach einem Tarif- und Ausbildungsvertrag, nach gewerkschaftlichen und politischen Rechten und nach der sofortigen Einrichtung von Akademischen Lehrkrankenhäusern. Zu Anfang des Wintersemesters, wenn das Praktische Jahr zum ersten Mal begonnen hat, sollen nach einem Beschluß der VDS-Fachkonferenz Medizin als nächster Schritt gemeinsame Kundgebungen der Vertretungsorgane der Medizinstudenten und des Klinikpersonals von den jeweiligen Kliniken durchgeführt werden. Diese Kundgebungen sollen dazu dienen, die Forderungen weiter zu verankern und die Einheit der Medizinstudenten mit der Klinikbelegschaft zu fördern. – (c., Kiel)



Die Medizinstudenten setzen sich gegen zunehmende Reglementierung zur Wehr. Auch der scharfe Numerus Clausus schafft nicht Durckmäuser, sondern Widerstand. Bild: Streik der Medizinstudenten gegen Zulassungsbeschränkungen für den Präparierkurs im Juni 76 in Heidelberg.

Meldungen

Aachen. Bei den diesjährigen Wahlen zum Studentenparlament an der Technischen Hochschule kam erstmals nach 3 Jahren keine Mehrheit für RCDS/SLH zustande. Die Sitzverteilung im Studentenparlament sieht folgendermaßen aus: RCDS 14 (1975 : 15), Alfa SLH 15 (16), Basisgruppen 13 (10), Juso/SHB 13 (11), MSB Spartakus 2 (1), Ausländerkollektiv 1 (1), zwei Unabhängige. Damit wird es zu einem AStA kommen, der von SHB und Basisgruppen getragen wird unter Beteiligung von MSB und dem Ausländerkollektiv (Auslandsreferat).

Heidelberg. Etwa 3 600 Studenten beteiligten sich an den Fachschaftswahlen,

Heidelberg. Etwa 3 600 Studenten beteiligten sich an den Fachschaftswahlen,die auf Beschluß des Studentenparlaments durchgeführt wurden. Einige rechte Studentenorganisationen stellten keine Kandidaten, weil die Wahl nicht von der Universitätsobrigkeit angeordnet und somit nicht offiziell sei. Mit wenigen Ausnahmen konnten an fast allen Instituten Fachschaften gebildet werden. Etwa 1 600 der 3 600 Stimmen wurden für Listen gegeben, die auf einem klaren Programm für Rechte der Studenten gegen den bürgerlichen Staat eintraten und auf denen auch die Mitglieder der Kommunistischen Hochschulgruppe kandidierten. Die übrigen Stimmen teilen sich auf Spontaneisten, Juso-, MSB- und Listen von Unorganisierten.

Köln. Bei schwacher Wahlbeteiligung (347 Stimmen gegenüber 960 Studenten, die sich an der Streikurabstimmung beteiligt und größtenteils für Streik gestimmt hatten) erhielt die von der KHG unterstützte Liste der Basisgruppen an der Sporthochschule 6 Sitze. Eine im vorigen Jahr von der KHG unterstützte Liste hatte damals 3 Sitze gewinnen können. Eine vom revisionistischen MSB unterstützte Liste erhielt ebenfalls 6, vorher 10 Sitze. Eine „Liste Initiative Sportstudenten“, die die meisten Stimmen gewinnen konnte, bekam 4 Sitze, ebenso wie eine „Initiative kritischer Sportstudenten“, beides reformistische Gruppierungen.

Scheuch-Prozeß

Scheuch-Prozeß

Köln. Einmal neun und zweimal sechs Monate Gefängnis hatten im Mai 1975 drei Kölner Studenten dafür bekommen, daß sie den Kölner Soziologieprofessor Scheuch wegen der volksfeindlichen Lügen angegriffen hatten, die er unter dem Mantel der Wissenschaft vorträgt. Scheuch hatte unter anderem im Contergan-Prozeß „gegutachtet“, daß die Eltern, insbesondere die Mütter, nach Ursachen für die mißgebildeten Kinder gesucht hätten, um sich selbst zu entlasten. Man dürfe „die Tendenz unterstellen“, daß jedes Medikament, das die Mutter eines mißgebildeten Kindes in der Schwangerschaft genommen hat, in der Erinnerung zu Contergan werde. Der Chemiekonzern Grünenthal war zufrieden, in dem eitlen Geck ein williges Schreibzeug gefunden zu haben. – Studenten, die ihm diese und ähnliche Tätigkeiten vorhielten, wurden von Scheuch angezeigt und von den Gerichten verurteilt. Bei der Berufungsverhandlung vor dem Kölner Landgericht gegen die drei verurteilten Studenten am 21.6. bot Scheuch den Studenten an, seine Anzeige zurückzuziehen, wenn sich diese von der an Scheuch geäußerten Kritik distanzieren. Die drei Studenten, zwei Mitglieder des KSV (des Studentenbundes der Gruppe Rote Fahne) und ein Ex-KSVler, beugten sich der Erpressung und schworen ab. Zwei Tage darauf veröffentlichten die beiden Helden vom KSV eine „Selbstkritik“, die darin gipfelte, der Kommunistischen Hochschulgruppe (KHG), die das Zurückweichen kritisiert hatte, „Kapitul-

stischen Hochschulgruppe (KHG), die das Zurückweichen kritisiert hatte, „Kapitul-antentum“ vorzuwerfen.

Die DKP-Studenten hatten sich von vorneherein distanziert und erklärt, die Angeklagten seien selber schuld, warum seien sie auch gegen Scheuch derartig vorgeprescht. – Die Studenten der Sozialwissenschaft haben seit dem Prozeß regelmäßig in den Scheuch-Vorlesungen die Debatte über dessen Tätigkeiten erzwungen und sind für freie politische Betätigung eingetreten. Gefordert wird, daß Scheuch sechs weitere Strafanzeigen zurückzieht, und ein Student, der wegen Unterstützung der drei zunächst Verurteilten drei Monate bekommen hat, freigesprochen wird.

Bochum. Der Fachschaftsrat Germanistik der Ruhruniversität hat beschlossen, sich an der Geld- und Kleidersammlung zur Unterstützung des Volkes von Zimbabwe zu beteiligen.

Zwei Juraprofessoren zum Streikrecht:

Studenten auf Begründung zum Streikverbot angesetzt

Während des Streiks der Druckarbeiter in diesem Jahr zeterten die Verlags- und Zeitungskapitalisten, es ginge der IG Druck nur noch um Zehntel Prozente; unverhältnismäßig sei da ein Streik. Sie, die Verleger, seien zudem noch besonders schutzbedürftig als personifizierte Pressefreiheit.

Es nimmt nicht wunder, daß die Rufe der Kapitalisten nach einer weiteren Einschränkung des Streikrechts ihren Widerhall finden in der Rechts„wissenschaft“.

In der Juni-Ausgabe der juristischen Fachzeitschrift „Zeitschrift für Rechtspolitik“ stellt der Herr Professor Grunsky aus Bielefeld „Verfassungsrechtliche Überlegungen zum Tarifkonflikt in der Druckindustrie“ an. (ZRP 1976, 129)

Während der Streik der Arbeiter bei ihm einen „unguten Nachgeschmack“ hinterläßt, entdeckt der Herr Professor sein warmes Herz für den armen Unternehmer, dem er bescheinigt:

„Natürlich ist es ihm in erster Linie um die eigene Tasche zu tun. Es ändert aber doch nichts daran, daß eben dieser Egoismus auch für andere nutzbringend und notwendig sein kann. Man muß sich endlich von dem Vorurteil frei machen, daß das Streben nach Gewinn als solches verwerflich ist.“ (S.130)

Auf diese Weise frei von Vorurteilen, macht sich Grunsky Gedanken darüber, ob nicht im Zusammenhang des Druckerstreiks der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit eine Rolle spielt. Was darunter zu verstehen ist, stellte das Bundesarbeitsgericht 1971 in einem Urteil fest:

„Arbeitskämpfe müssen ... unter dem obersten Gebot der Verhältnismäßigkeit stehen. Dabei sind die wirtschaftlichen Gegebenheiten zu berücksichtigen und das Gemeinwohl darf nicht offensichtlich verletzt werden. (...) Arbeitskämpfe dürfen nur insoweit eingeleitet und durchgeführt werden, als sie zur Erreichung rechtmäßiger Kampfziele und des nachfolgenden Arbeitsfriedens geeignet und sachlich erforderlich sind. (...) Das Prinzip der Verhältnismäßigkeit betrifft also nicht nur Zeitpunkt und Ziel, sondern auch die Art der Durchführung und die Intensität des Arbeitskampfes.“ (BAG Bd. 23, 306f.)

Das „Prinzip der Verhältnismäßigkeit“ verschärft die bisher schon geltende „Sozialadäquanztheorie“. Rechtswidrig war ein Streik nach Auffassung der Kapitalisten und ihrer Justiz bisher schon, wenn er „sozialinadäquat“ war, d.h. zum Beispiel von nicht tariffähigen Parteien geführt wurde („wilder Streik“), ein tariflich nicht regelbares Ziel verfolgte, gegen „Grundregeln des Arbeitsrechts“ verstieß (zum Beispiel gegen die Friedenspflicht), nicht als „ultima ratio“ eingesetzt wurde oder gegen die „Prinzipien fairer Kampfführung“ verstieß (etwa Abriegeln des Betriebes durch Streikposten).

Verbote von Streiks wegen der Höhe der Lohnforderung oder der Dauer des Konflikts konnten mit Hilfe der „Sozialadäquanztheorie“ unterhalb der Schwelle der wirtschaftlichen Vernichtung der Tarifparteien nicht gerechtfertigt werden. Um daher die Kapitalisten bereits vor zu hohen Forderungen, einer zu ausgedehnten Kampffront, einem zu heftigen oder zu lange andauernden Arbeitskampf zu schützen, um solche Arbeitskämpfe notfalls für unzulässig zu erklären – zu diesem Zweck wurde das „Prinzip der Verhältnismäßigkeit“ vom Bundesarbeitsgericht erfunden. 1973 wurde dieses Instrumentarium auch gleich angewandt, um Arbeitskampfmaßnahmen der ÖTV gegen einige Reedereien für „unverhältnismäßig“, daher rechtswidrig zu erklären.

Auf dieses Urteil des Bundesarbeitsgerichts beruft sich der Professor Grunsky, wenn er – an die Adresse der Arbeiter gerichtet – behauptet:

Die Anerkennung des Streikrechts *„bedeutet aber nicht, daß es keinerlei Grenzen gibt, jenseits derer ein Arbeitskampf zu unterbleiben hat. Dabei kann die Begrenzung auch in der Art und Weise oder der Dauer des Arbeitskampfes liegen. Insbesondere im Hinblick auf die Dauer hätte der Streik der Drucker problematisch werden können. (...) Irgendwann kommt ... der Punkt, an dem Art. 5 ABS. I Grundgesetz auf den Arbeitskampf ‚durchschlägt‘ und seine Beendigung (oder doch wenigstens Unterbrechung) verlangt.“* (S. 132)

Diese Argumentation ist nicht neu: Unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit wird das Privateigentum der Kapitalisten und ihr schrankenloses Profitinteresse verteidigt. Der Arbeiterklasse wird offen mit der weiteren Einschränkung ihres Streikrechts gedroht.

Doch nimmt sich das noch fast harmlos aus im Vergleich zu dem, was der Juraprofessor Scholz von der Freien Universität Berlin verzapft hat. Im Rahmen seiner Übungen für Anfänger im Öffentlichen Recht stellte er den Studenten vor wenigen Tagen folgende Aufgabe als Ferienhausarbeit:

„Nach dem Arbeitskampf im Druckereigewerbe im Frühjahr 1976 bringen die Bundestagsabgeordneten Siegfried (SPD), Caesar (CDU) und Friedrich (FDP) im Bundestag den folgenden Gesetzentwurf ein:

Gesetz zur Sicherung des Arbeitsfriedens, zur Sicherung der Presse- und Informationsfreiheit und zur Wahrung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts.

§ I

(1) Beim Scheitern von Tarifverhandlungen im Druckereigewerbe ist der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung als staatliche Schlichtungsstelle anzurufen.

(2) Der im Schlichtungsverfahren ergehende Schiedsspruch des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung ist für die Tarifparteien verbindlich.

(3) Das Schlichtungsverfahren vor dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung wird von diesem durch Rechtsverordnung geregelt. Die Rechtsverordnung bedarf der Zustimmung durch die Regierungen der Bundesländer.

§ 2

(1) Streiks und Aussperrungen sind im Bereich des Druckereigewerbes verboten.

(2) Zuwiderhandlungen gegen das Verbot nach Abs. 1 sind strafbar.

(3) Der Strafrahmen wird vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung durch Rechtsverordnung festgelegt, die der Zustimmung des Bundestages bedarf.

...

Das Gesetz wird vom Bundestag im Sommer 1976 verabschiedet.

(...)

1. Die Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes ist zu begutachten.

2. Kann die IG Druck und Papier gegen das Gesetz eine zulässige Verfassungsklage erheben?“

Welches Klasseninteresse aus dem von Herrn Professor Scholz erfundenen Gesetz spricht, dürfte klar sein. Indes wollen wir diesem „Wissenschaftler“ nicht unterstellen, daß er so dumm wäre, wirklich ein direktes Streikverbot zu fordern. Er ist da viel geschickter.

Ihm geht es darum, daß die Jurastudenten bei dieser Hausarbeit in wochenlanger Arbeit alle die juristischen Argumente und Kniffe zusammensammeln, mit deren Hilfe sich das Streikrecht weiter einschränken läßt. Der Effekt ist dann ein doppelter: Die Studenten sollen darauf eingeschworen werden, daß das Streikrecht seine Grenzen habe, und der Herr Professor profitiert von dem Material, das in den Hausarbeiten der Studenten angehäuft wird. Damit hat er dann einen guten Grundstock, um solche Artikel in einer Fachzeitschrift zu schreiben, wie es sein Kollege Grunsky schon getan hat.

Für das Polizeigehirn dieser „Wissenschaftler“ ist ein Streik der Arbeiter direkter Anlaß, über die Möglichkeiten des Verbots desselben sich Gedanken zu machen. – (m., Westberlin)



Tschu Teh, der Oberbefehlshaber der Roten Armee, spricht zu den Truppen während des Langen Marsches.

Abschied von Tschu Teh, Oberkommandierender der Roten Armee auf dem Langen Marsch

Am Nachmittag des 11. Juli fand in Peking in der Halle des Volkes eine Trauerfeier statt, um dem Genossen Tschu Teh die letzte Ehre zu erweisen. Der Genosse Tschu Teh, Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas und Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses, starb am 6. Juli im Alter von 90 Jahren. Tschu Teh war während des Langen Marsches Oberkommandierender der Roten Armee und hatte entscheidenden Anteil am Aufbau der chinesischen Volksarmee.

Hua Guo-feng, der 1. Stellvertretende Vorsitzende des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas und Premierminister des Staatsrates, führte in seiner Trauerrede u.a. aus:

Das Leben von Genossen Tschu Teh war das eines Kampfes für die Sache des Kommunismus, für die entschiedene Fortsetzung der Revolution. Genosse Tschu Teh hat heldenhaft gekämpft, während seines ganzen Lebens hat er selbstlos all seine Energie aufgeboten für die Vertiefung der proletarischen revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao, für den Sieg der Befreiung des chinesischen Volkes und für die Sache des Kommunismus. Unter der Führung des Vorsitzenden Mao hat Genosse Tschu Teh unsterbliche Dienste für die Partei und das Volk vollbracht mit dem Aufbau und der Entwicklung der unbesiegbaren Volksarmee, mit dem Aufbau und der Erweiterung der revolutionären Basis, mit der Zerschlagung der reaktionären Regierung des Imperialismus, des Feudalismus und des bürokratischen Kapitalismus und mit dem Sieg der neudemokratischen Revolution, ebenso mit dem Aufbau der revolutionären politischen Macht Chinas, der Festigung der Diktatur des Proletariats und der Fortführung der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus."

In seinem Buch „Roter Stern über China" zeichnet Edgar Snow das Bild des Revolutionärs Tschu Teh. Snow zeigt, daß Genosse Tschu Teh jedem, der für die Befreiung der Menschheit kämpft, Vorbild sein kann. Im folgenden ein Auszug:

„Tschu Tehs aufopferndes Pflichtgefühl gegenüber seinen Soldaten war sprichwörtlich. Seit er die Befehlsgewalt über diese Armee übernommen hatte, hatte er gelebt und sich gekleidet wie ein einfacher Soldat, hatte alle Strapazen mit ihnen zusammen ertragen, war in den Anfangstagen oft ohne Fußbekleidung marschiert, hatte einen Winter von Kürbissen gelebt, einen weiteren von Yakfleisch. Er klagte nie, war selten krank. Man sagte, daß er es liebte, im Lager umherzugehen, bei seinen Leuten zu sitzen und zu erzählen oder mit ihnen Sport zu treiben. Er war ein guter Tischtennisspieler und ein ‚besonnener' Basketballspieler. Jeder Soldat in seiner Armee konnte seine Beschwerden direkt beim Oberkommandierenden vorbringen. Tschu Teh nahm seine Mütze ab, wenn er mit seinen Leuten sprach. Während des Langen Marsches lieh er sein Pferd erschöpften Kameraden, während er selbst, anscheinend unermüdlich, den größten Teil des Weges zu Fuß ging.

Millionen kannten in China den Namen Tschu Tehs, für jeden war er entweder eine Bedrohung oder ein glänzender Hoffnungsstern, je nachdem, welchen Status er im Leben hatte; aber für sie alle war sein Name diesem Jahrzehnt der Geschichte mit großen Buchstaben aufgeprägt."

„Britische Verteidigungsnotizen" der Wehrkunde

Die British Aircraft Corporation schloß einen Auftrag in Höhe von 25 Millionen Pfund (ca. 120 Millionen DM) über die Lieferung eines Radar- und Fernmeldesystems mit Oman ab. Mit dem System werden „Jaguar"-Kampfflugzeuge und „Rapier"-Tieffliegerabwehrraketen ausgerüstet. (Nach: Wehrkunde 6/76) In Oman befinden sich britische Offiziere als Anführer der Armee des reaktionären Sultanregimes und britische Einheiten gegen den Volksbefreiungskrieg des Volkes von Oman im Einsatz.

In der Zeitschrift „„Wehrkunde" rangiert diese Meldung unter der Rubrik „britische Verteidigungsnotizen". – (Gefreiter XY)

Die französischen Imperialisten vergrößern ihre Streitkräfte im Indischen Ozean

Die französische Regierung hat im Januar beschlossen, zwei U-Boote (die „Marsouin", 1900t Tonnen, und die „Junion", 1040 Tonnen), die mit den Schiff-Flugkörpern „Exocet" ausgerüstet sind, und das Versorgungsschiff „Rhone" ständig im Indischen Ozean zu stationieren.

Des weiteren sollen die fünf Militärstützpunkte auf den Inseln Juan de Nova, Europe, Bassas de India, Tromelin und Les Glorieuses (die um Madagaskar liegen) ausgebaut werden. Sie sollen je eine Startbahn für Flugzeuge und eine Fernmelde- und Horchstation erhalten. Außerdem werden sie mit Abschußvorrichtungen für die Flugkörper Exocet, Milan und Hot ausgerüstet. (Nach: Wehrkunde 6/76)
kunde 6/76)

Die Soldaten lehnen die imperialistische Tradition ab

Sontra/Kassel. Der in Sontra stationierte und der 1. Batterie des Panzeraufklärungsbataillon 5 angehörende Soldat Holger Arendt ist innerhalb kurzer Zeit zum dritten Mal disziplinarisch bestraft worden: Gegen ihn wurde eine Arreststrafe von 21 Tagen ausgesprochen mit der Begründung, er habe innerhalb der Kaserne die „Volksmiliz", die Zeitung des Soldaten- und Reservistenkomitees Kassel verteilt. Vorher war gegen den Soldaten eine Arreststrafe von 8 Tagen verhängt worden, weil er sich in Uniform an der Mai-Demonstration des DGB Kassel beteiligt hatte, und eine 16-tägige verschärfte Ausgangssperre, weil er den Befehl verweigert hatte. Der Panzerschütze sollte als Fahrer den Block der Bundeswehr beim Umzug des Schützenfestes in Sontra anführen. Auf dem Fahrzeug der Bundeswehr befanden sich Soldaten, eingekleidet in Traditionsuniformen, u.a. auch in den Uniformen der faschistischen Hitler-Wehrmacht (vgl. KVZ 28/76). Für diese faschistische und imperialistische Tradition einzutreten, hatte sich der Soldate geweigert. Im folgenden der Abdruck der Presseerklärung, die der Soldat gegen die ersten beiden Disziplinarstrafen abgefaßt hat.

Presseerklärung gegen Disziplinarmaßnahmen in der Bundeswehr

Seit dem 1. April 1976 bin ich als Wehrpflichtiger bei der Bundeswehr. Am 1. und 5. Juli sind gegen mich zwei Disziplinarstrafen verhängt worden: einmal acht Tage Arrest, weil ich am 1. Mai in Kassel in Uniform für freie politische Betätigung in der Bundeswehr und für Lohnfortzahlung während der Dienstzeit demonstriert und zum Ausdruck gebracht habe, daß ich mir auch als Soldat nicht das Recht nehmen lasse, für die Ziele der Arbeiterbewegung auf die Straße zu gehen. Vier Tage später wurde ich wegen Gehorsamsverweigerung mit 21 Tagen verschärfter Ausgangseinschränkung bestraft (d.h. 21 Tage darf ich nicht die Kaserne verlassen, keine Gemeinschaftsräume wie Kantine, Sporthalle usw. besuchen und keinen Besuch empfangen). Ich hatte mich geweigert, am 27. Juni als Fahrer der Bundeswehr an dem Umzug des Schützenfestes in Sontra teilzunehmen. Das Fahrzeug, das ich fahren sollte, trug die Aufschrift: „Panzerhusaren in Tradition und Gegenwart". Darauf folgte ein weiteres Fahrzeug mit Soldaten, die in alte deutsche Uniformen gesteckt worden waren, unter anderem in Uniformen der Hitler-Wehrmacht mit Hakenkreuzen. Ich will keineswegs bestreiten, daß die Bundeswehr in dieser Tradition steht, und ich kann auch verstehen, daß die Herren Offiziere diese Tradition pflegen. Wir einfachen Soldaten haben jedoch mit dieser Tradition nichts im Sinn und es findet sich kaum ein Wehrpflichtiger, der sich der Tradition des Faschismus und der imperialistischen Raubkriege verpflichtet fühlt. Tagtäglich müssen wir stumpfsinnigen Dienst schieben, müssen wir den unsinnigsten Befehlen gehorchen, sind wir Schikanen ausgeliefert und werden wir der Kasernenisolation unterworfen. Für 165 DM bzw. 210 DM werden wir in die Dienstpflicht gepreßt. Das fördert unsere Isolation und spaltet uns weiter von Freunden und Kollegen ab. Wir sind mit dieser Dienstverpflichtung nicht einverstanden und sehen nicht ein, daß unsere Arbeitskraft nicht nach ihrem Wert bezahlt werden soll, weil wir angeblich einen „Dienst an der Allgemeinheit" leisten würden. Deshalb habe ich am 1. Mai die Forderung nach Lohnfortzahlung während der Dienstzeit vertreten.

Für die Forderung nach freier politischer Betätigung bei der Bundeswehr trete ich ein, weil wir dieses Recht brauchen, um uns über den Charakter der Bundeswehr Klarheit zu verschaffen und um uns gegen unsere Entrechtung zur Wehr zu setzen. Als ich mich zum Beispiel weigerte, an dem Umzug des Sontraer Schützenfestes teilzunehmen mit der Begründung, daß ich nicht bereit sei, eine Propaganda für eine faschistische und imperialistische Tradition zu unterstützen, sagte ein Offizier: „Wenn Sie weiterreden, nehme ich Sie sofort fest." Das zeigt, wie weit unsere Rechtlosigkeit geht. Wenn wir am 1. Mai – als Teil der Arbeiterklasse – unsere Forderungen erheben, werden wir bestraft. Auf der anderen Seite sollen wir mittels Kadavergehorsam auf die Tradition von Krupp, Thyssen, Abs und Flick verpflichtet werden, die Arbeiterbewegung im eigenen Land niederzuhalten und andere Völker zu unterwerfen. Die Disziplinarstrafen sind jedoch auch ein Zeichen der Schwäche und der Angst davor, daß sich die Soldaten im Kampf um ihre Forderungen zusammenschließen und diese Forderungen von der Arbeiterbewegung unterstützt werden.

Ich fordere alle fortschrittlichen Menschen auf, diese Forderungen zu unterstützen und sich für die Aufhebung der schon gegen mich verhängten Disziplinarmaßnahmen sowie der Disziplinarstrafe, die ich aufgrund dieser Presseerklärung zu erwarten habe, einzusetzen.

Holger Arendt, Panzerschütze
6443 Sontra
1. Panzeraufklärungsbataillon 5

Härtetraining

„Ein Aufschrei! Im staubigen Heidegelände bei Diepholz (Niedersachsen) kämpfen zwei Männer. Einer stößt dem anderen seinen Ellenbogen an die Halsschlagader, ein Sprungmesser fällt aus der Hand – der Kampf ist vorbei, nach fünf Sekunden." Kein Anfang von einem schlechten Krimi, sondern der Versuch der „Bild"-Zeitung, die Volksmassen an Terroraktionen wie die der Israelis in Entebbe zu gewöhnen. Auch die Bundeswehr sei in der Lage, derartige Kommandounternehmen durchzuführen. „Sie gehen durchs Feuer und jagen wie Tarzan" lautet die Überschrift eines Artikels des Blattes. Er wurde genau zu dem Zeitpunkt gedruckt, wo vor dem UN-Sicherheitsrat die Länder der Dritten Welt dafür eintraten, den Aggressionsakt der Zionisten in Uganda zu verurteilen, während die Imperialisten, insbesondere auch der BRD-Imperialismus, einen Präzedenzfall schaffen wollten bei ihrem Vorgehen gegen fremde Völker und Staaten.

„Gibt es in der Bundeswehr Soldaten, die ähnliches leisten können? Ja." schreibt „Bild" und berichtet über „die Geheimwaffe der Bundeswehr – so gut wie die ‚Jungs' aus Israel". So heißt das Killerkommando, das Uganda überfallen hat.

„Das Ganze nochmal. Diesmal mit Spaten und Gewehrkolben. Aber nicht so zimperlich. Der Mann, der dies verlangt, ist Hauptmann Budde (28), Chef der Dritten Kompanie des Fallschirmjägerbataillons 272. Seine 128 Soldaten – die Häfte von ihnen Freiwillige – gehören zur Elite des Heeres. Nur die besten von 1800 Fallschirmjägern der Bundeswehr kommen hierher zur Spezialausbildung als Einzelkämpfer. Danach können sie es leicht mit drei Gegnern gleichzeitig aufnehmen." So schreibt „Bild". Die Kommandoaktionen von Entebbe nutzt die herrschende imperialistische Bourgeoisie, um ohne Umschweife auszudrücken, daß sie die Armee in die Lage versetzt, auch solche Unternehmungen durchzuführen. Fregatten allein reichen da nicht. BRD-Botschafter Wechmar hat in seiner Rede vor dem Sicherheitsrat dann auch ausdrücklich die Kommandoaktion der Zionisten begrüßt. In ihrem Bestreben nach Expansion braucht die westdeutsche Bourgeoisie „harte" Soldaten. Das gilt nicht nur für Fallschirmjäger. Bei denen sieht es nach „Bild" folgendermaßen aus: „Mit extrem hartem Drill werden diese sorgfältig ausgesuchten Soldaten fit gemacht. So sieht ein Tag in ihrem Leben aus: 3 Uhr Wecken und Frühstück (Kaffee und Wurstbrote), 4 Uhr Eilmarsch (14 Kilometer in 90 Minuten) mit 45 Kilo Gepäck zum Flugplatz, 5.30 Uhr Fallschirmspringen, 12 Uhr Mittagspause – zubereiten von rohem Fleisch und rohem Kohl, 13 Uhr bis 18 Uhr Nahkampfausbildung, einschließlich Judo und Karate, 22 Uhr Fallschirmspringen in der Nacht, 2 Uhr Schlafen (dreieinhalb Stunden) in selbst gebauten Hütten aus Tannenzweigen und Redlöchern, 5.30 Uhr Wecken."

Diese Sorte „Härteausbildung" ist bekannt. Man erinnert sich an den Zweiten Weltkrieg: z.B. die Einnahme der Maginot-Linie im Westen oder das Luftlandeunternehmen gegen Kreta. Diese Fallschirmjäger sollen jetzt dressiert werden wie Schäferhunde. Bei der Offiziersausbildung ist das schon lange üblich. Zusätzlich werden die Offiziere gut im Futter gestellt. Deswegen müssen sie immer mit dem Schweif wedeln, wenn sie einen Bourgeois sehen. In solche Hundsgestalten sollen jetzt alle Soldaten verwandelt werden. Die „Härteausbildung" der Fallschirmspringer ist bloß der Anfang.

Diese Tatsachen über die Ausbildung der „Geheimwaffe der Bundeswehr" stehen in krassem Gegensatz zu dem Schwindel der imperialistischen Bourgeois, wenn sie vorgeben, ihre Militärpolitik und Armee diene „Frieden" und „Entspannung". Sie brauchen Soldaten wie dressierte Hunde. Weil die Soldaten aber keine dressierten Hunde sind, sondern Proletarier, wird sich auch herausstellten, daß man diese „Härteausbildung" verschieden verwenden kann. – (jk)

Die „offene Auseinandersetzung" eines Offiziers

Bremen. In der Nachschub-Kompanie 320 machte der Kompaniechef höchstpersönlich der angetretenen Kompanie ein Flugblatt des Soldaten- und Reservistenkomitees Bremen bekannt und hängte es mit einem Kommentar ans Schwarze Brett.

Am Freitag der Vorwoche hatte das Soldaten- und Reservistenkomitee die „Volksmiliz" verteilt und Transparente mit den Forderungen „Freie politische Betätigung in der Bundeswehr!" und „Lohnfortzahlung für Wehrpflichtige!" aufgehängt. Auf Anweisung der Feldjäger wurde das Kasernentor geschlossen und die Kameraden nur noch schubweise zum Wochenende herausgelassen. Außerdem wurde wie wild fotografiert. Nachdem eine Umleitung durchs Nebentor auch nicht verhindern konnte, daß die Volksmiliz verteilt wurde, verkündete man: „Ihr kommt nicht eher raus, bis die vorne verschwunden sind!" Daraufhin brach das Soldaten- und Reservistenkomitee seine Aktion vor der Zeit ab. Dieser üble Versuch, die Soldaten zu erpressen und eine Spaltung zu versuchen, schlug fehl. Einfach die Dienstzeit zu verlängern, um die freie politische Information und Betätigung zu unterbinden, das wurde in einem Flugblatt angeprangert, das mitten auf dem Kasernengelände auf Toiletten und in den Kompanien hing. Das erregte einigen Wirbel, und der Chef der Nachschubkompanie, Hauptmann Göhner, kam nicht umhin, darauf einzugehen.

Er machte den Vorschlag, das Flugblatt offen ans Schwarze Brett zu hängen, wie er auch alle anderen Flugblätter von „subversiven Gruppen" (Hauptmann Göhner) veröffentlichen will. Neben dem Flugblatt hing jedoch sein Kommentar, der schon sachlich vollkommen falsch war. Er suchte die Flucht nach vorn. Man muß das erkennen: Erst wurden Feldjäger eingesetzt, damit kein Soldat die „Volksmiliz" bekommt. Diese Maßnahme erreichte ihr Ziel nicht, obwohl es zunächst so schien. Die Flugblattaktion im gesamten Kasernenbereich war eine erfolgreiche Aktion dagegen. Nun tut der Offizier so, als sei nichts gewesen. Er will sich sogar auseinandersetzen! Zuckerbrot bietet er jetzt und hält hinter dem Rücken die Peitsche bereit.

In der gesamten Kompanie gibt es jetzt ein Hauptthema: die freie politische Betätigung in der Bundeswehr. Denn was stand in der Zeitung, deren Verteilung durch die Feldjäger verhindert werden sollte: Berichtet wurde von der vorläufigen Festnahme eines Kameraden der Nachschubkompanie 320 wegen Verweigerung eines Befehls, seine politische Gesinnung kundzutun. (Nr. 5/1976) Darüber reden jetzt die Kameraden, und das ist ausgezeichnet. Denn gegen diesen Kameraden wird jetzt ermittelt wegen eines Dienstvergehens. Der Chef will ihm die „aktive Mitarbeit im Soldaten- und Reservistenkomitee" beweisen. Das sagte er vor versammelter Kompanie.

Er will Ruhe in der Truppe und muß mit ansehen, wie in der Öffentlichkeit berichtet wird, daß gegen die vorläufige Festnahme erfolgreich Beschwerde eingelegt wurde. Dazu hat er einige Kameraden verhört, ohne viel Erfolg jedoch. Die Soldaten diskutieren inzwischen, wie man eine Disziplinarstrafe verhindern kann.

– (Soldaten- und Reservistenkomitee Bremen)



1970: Arbeiter der Warski-Werft, Stettin, die sich während des Streiks beraten. 1970 erreichten die Arbeiter den Sturz der Gomulka-Clique.

Polen: Preiserhöhungen und Kerker

Die revisionistischen Machthaber Polens haben bisher 20 Arbeiter, die sich an den Streiks am 25. Juni gegen die von ihnen beschlossenen Preiserhöhungen für Grundnahrungsmittel beteiligt hatten, vor Gericht gestellt und zu Gefängnisstrafen zwischen 3 und 16 Jahren verurteilen lassen. 7 der Arbeiter sind aus dem Traktorenwerk Ursus bei Warschau, die anderen sind aus Radom, einer Stadt in Südpolen. Wie weiter aus beiden Städten berichtet wird, sind eine Reihe von Arbeitern entlassen worden. Andere sind „disziplinarisch" bestraft worden. Außerdem sollen sich neben den Angeklagten weitere am Streik beteiligte im Gefängnis befinden. Zugleich wurden bereits neue Preiserhöhungen beschlossen.

Die Fleischpreise und die Preise für Geflügel werden noch in diesem Jahr um 35 % erhöht. Der ursprüngliche Plan der polnischen neuen Bourgeoisie war, die Preise für Fleisch und Geflügel um 69 % anzuheben. Alle anderen Preise für Nahrungsmittel sollen in diesem Jahr nicht mehr, sondern erst im kommenden Jahr erhöht werden. Stattdessen wurde beschlossen, die Preise für die Bauern zu erhöhen: Seit dem 14. Juli wurde mit diesem Beschluß u.a. Viehfutter um 45 %, Dünger um 20 %, Saatgut um 45 %, landwirtschaftliche Maschinen um 30 %, Zement um 60 %, Holz um 45 % und Kalk um 40 % teurer. Im Durchschnitt verteuerten sich alle Artikel, die für die Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte benötigt werden, um 40 %. Damit diese sich jetzt in der Erntezeit weniger auswirkenden Preiserhöhungen insbesondere von den zahlreichen, noch als Privateigentümer produzierenden Kleinbauern hingenommen werden, wurden sie schmackhaft gemacht durch Anhebung der von Staat festgesetzten Erzeugerpreise. So sollen sie für Getreide 40 %, für Kartoffeln 30 %, für Zuckerrüben 12 %, für Fleisch und Geflügel 20 %, für Milch 20,2 % und für Eier 15 % mehr bekommen. Im Durchschnitt werden die Erzeugerpreise um 20 % erhöht. Damit die Bauern an den neuen Maßnahmen der Regierung nicht so schnell kaputt gehen, wird ihnen im Kommuniqué des Ministerrats über diese Maßnahmen empfohlen, Kredite aufzunehmen. (Alle Informationen aus: „Zycie Warszawy" vom 14.7.76. Dort wurde das Kommuniqué veröffentlicht.)

Die Gierek-Clique gibt sich mit diesem Beschluß aus als „Freunde der Bauern". Behauptet wird, die Einkommen der Bauern würden damit erheblich gesteigert, von 38 Milliarden Zloty ist die Rede. Aber die Preiserhöhungen bei landwirtschaftlichen Maschinen, Saatgut usw. heben diese Erhöhung der Erzeugerpreise weitgehend wieder auf, nur wird sich das erst später zeigen. Nach „Le Monde" soll die Preiserhöhung der industriellen Güter für die Landwirtschaft die Bauern 27 Milliarden kosten. Ziel dieser Maßnahme ist, das polnische Volk zu spalten. Es handelt sich um ein Manöver, um den an den Streiks gescheiterten Plan, die Lebenshaltungskosten um 16 Prozent zu verteuern, gegenüber der Arbeiterklasse durchzusetzen. Die Bourgeoisie versucht die Bauern dafür zu gewinnen und gegen die Arbeiterklasse zu führen. Beim Fleischpreis ist das jetzt schon leicht zu sehen: Der bis zum 13. Juli gültige Kilopreis belief sich auf 12 DM. Nach der 35-Prozent-Erhöhung beträgt er 16 DM. Für die Bauern steigt der Erzeugerpreis nur um 20 Prozent. Wohin geht die Differenz? Und die Arbeiter, die im ganzen Land am 25. Juni gegen diese Machenschaften der Bourgeoisie den Kampf führten, werden bestraft und ins Gefängnis gesteckt. „Offiziell" im Parteiorgan „Trybuna Ludu" als „Rowdies" bezeichnet, werden sie der „Sabotage" und der „Störung der normalen Funktion der Produktion, des Verkehrs und der Kommunikationsmittel" angeklagt. Die Prozesse finden unter Ausschluß der Öffentlichkeit hinter einem Wall von Polizeischergen statt.

Was am 25. Juni sich in Polen ereignete, war Ausdruck des scharfen Klassenkampfes, des Kampfes der polnischen Arbeiterklasse gegen die Handvoll neuer Herren, die die polnische Arbeiterklasse und alle werktätigen Schichten des Volkes unterdrücken und den Sozialismus verraten haben. Polen haben sie in eine Kolonie der sozialimperialistischen Supermacht verwandelt, deren Hegemonie über Polen sie sichern und die ihre Statthalter mit Truppen schützt, die sie in Polen stationiert hat.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Polens, die von den revisionistischen Machthabern Polens verboten ist, hat am 26. Juni die polnischen Arbeiter und die übrige werktätige Bevölkerung aufgerufen, „wachsam zu bleiben, die Einheit zu bewahren und sich auf die eigenen Kräfte zu stützen, um dem konterrevolutionären Angriff der herrschenden Kreise mit einem revolutionären Gegenangriff zu begegnen und in neuen Kämpfen die erreichten Siege zu sichern". Bezugnehmend auf die breite Streikbewegung vor fünf Jahren und die seitherige Entwicklung in Polen heißt es in dem Aufruf: „In den vergangenen fünf Jahren hat die Gierek-Clique einen großen Schritt gemacht in Richtung auf Verwandlung Polens in eine Halbkolonie des russischen Sozialimperialismus. Das Land wurde unter das imperialistische Schuldenjoch gebracht und in einen billigen Markt für das internationale Kapital verwandelt. Bürgerliche Ideologie und Kultur halten eine beherrschende Stellung in diesem Land." (...)

„1970 versuchte Gomulka wie ein Dieb den Arbeitern 15 Milliarden Zloty durch Preiserhöhungen aus der Tasche zu stehlen. Er bekam nur einen Schlag ins Gesicht. Gierek hat jetzt mit der geplanten Steigerung der Lebenshaltungskosten um 16 Prozent dem Proletariat mit einem Schlag eine Rechnung über 97 Milliarden Zloty präsentiert. Trotz seiner einzigartigen Demagogie bekam er kein Geld, sondern genauso einen Schlag ins Gesicht." (...)

„Der Kampf ist nicht beendet, aber dieser Sieg hat Bedeutung für den Augenblick. Er zeigt die große Kraft des Proletariats und seine Einheit im Kampf und hat die gesamte Arbeiterklasse zu wirklichen Kämpfern und revolutionär gemacht. Er hat die bürgerliche Gierek-Clique entlarvt, er hat die Schwäche Giereks gezeigt und wirksam seinem Prestige unter den revolutionären Massen geschadet. Die Bourgeoisie war gezwungen, unter dem Druck des revolutionären Proletariats zurückzuweichen, aber sie hat es nicht aufgegeben, einen zweiten Versuch zu unternehmen. Sie hat erklärt, daß ein neuer Vorschlag über Preiserhöhungen verbreitet werden soll." Der Aufruf schließt sich daran an: „Arbeiter, bleibt wachsam und bereit zu kämpfen und laßt euch selber nicht beeinflussen von den Champions des bürgerlichen Systems!" (Nach: Hsinhua, 9. Juli)

Regierungsbildung in Italien

Erpressung unter Brüdern

„Eine willkommene Gelegenheit zur Verbesserung unseres Verständnisses füreinander und zur Vertiefung unserer Zusammenarbeit", so bezeichneten die Staats- und Regierungschefs der BRD, Frankreichs, Italiens, Japans, Großbritanniens und der USA ihr Treffen in Puerto Rico Mitte Juni. Die Kommunistische Volkszeitung hat damals als einzige Zeitung in Westdeutschland geschrieben, daß das Treffen in Puerto Rico keinen anderen Zweck verfolge, als die Reaktion auf den Ausgang der italienischen Wahlen zu beraten und der italienischen Bourgeoisie das Regierungsprogramm zu diktieren. „Freibeuter unter sich", so überschrieben wir damals den Artikel über das internationale Erpressertreffen.

Inzwischen hat Bundeskanzler Schmidt in den USA herausgelassen, daß tatsächlich die Erpressung der italienischen Bourgeoisie und die Festlegung einer Politik gegen die italienische Arbeiterklasse Gegenstand der Puerto-Rico-Konferenz waren. „Schmidt hat rundheraus erklärt, daß die ‚italienische Frage' das Hauptthema der in Puerto Rico Ende Juni veranstalteten Gipfelkonferenz gewesen sei. ‚Die USA, Großbritannien und die Bundesrepublik sind dabei übereingekommen, daß Italien keine Wirtschaftshilfe gewährt werden kann, wenn Vertreter der Kommunisten in die Regierung gelangen', so wird der entscheidende Satz des Interviews von den italienischen Blättern zitiert." (Süddeutsche Zeitung, 19.7.76)

Warum diese freimütige Selbstenthüllung über einen krassen Fall von politischer Erpressung unter Brüdern? Bei aller bekannten Renommiersucht des Hamburger Vortragskünstlers ist persönliche Eitelkeit doch ein zu schwaches Motiv für eine derart weitreichende Enthüllung, durch die ja zugleich die sauberen Kumpane, vor allem die USA, als Miterpresser dastehen.

Schmidts Enthüllung über die Erpressung Italiens und die massive Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes ist absichtsvoll und geplant. In Rom finden derzeit Verhandlungen über die Bildung einer neuen Regierung statt. Die Christdemokraten brauchen das Versprechen der revisionistischen KP Italiens, die Arbeiterbewegung in ihren wirtschaftlichen und politischen Kämpfen zu fesseln. Dabei sind offenbar schon ziemlich weitreichende Absprachen getroffen worden:

„Eine gewisse Bereitschaft, eine Reihe von wirtschaftlichen Notstandsmaßnahmen vorweg mit der kommunistischen Opposition nicht nur zu besprechen, sondern förmlich zu verabreden, besteht unverkennbar", berichtet die „Süddeutsche Zeitung". „Blick durch die Wirtschaft" weiß: „Erklärungen verschiedener italienischer führender Gewerkschaftler und Linkspolitiker deuten darauf hin, daß das Eis gebrochen ist." Neben einer „allgemeinen Dämpfung der Lohndynamik" „willigten ... die Gewerkschaften auch in Kontrollen oder Überprüfungen ausufernden Krankfeierns und in größere Arbeitsplatzbeweglichkeit ein", das heißt in Entlassungen. „Man hört zudem von ihrer Bereitschaft, das Streikrecht zu regeln." (17.7.76)

Die Revisionisten werden als Gegenleistung bei diesem Verkauf der Arbeiterbewegung zwar nicht, wie von ihnen verlangt, in die Regierung aufgenommen, verhandeln aber über die Besetzung der Präsidentenposten für acht zentrale Parlamentsausschüsse. Darunter die Ausschüsse des Senats für Verteidigung, für Auswärtiges und den Haushaltsausschuß.

Das geht dem USA- und dem BRD-Imperialismus zu weit. Sie fürchten Geländegewinn für den Hauptrivalen, die sozialimperialistische Sowjetunion. Darum zur still wirkenden Erpressung mit Kreditbedingungen jetzt die öffentliche Drohung. Dem vertrauten NATO-Bundesgenossen und EG-Partner vor aller Augen ein kräftiger Schlag ins Gesicht. Da wird die Freundschaft zwischen den verbündeten europäischen Bourgeoisklassen Sprünge machen!

Sowjetunion beansprucht die Barents-See

Seit dem 1. Juli dieses Jahres finden sowjetische Raketenübungen in der Barents-See statt, innerhalb eines Gebietes, das nach den internationalen Seerechtsbestimmungen zu Norwegen gehört. Die Übung soll 41 Tage dauern. Im September letzten Jahres fand eine ähnliche Übung statt, die elf Tage dauerte. Das war kurz bevor Verhandlungen zwischen Norwegen und der Sowjetunion über die Barents-See begannen. Die Raketenübungen in diesem Jahr finden während dieser laufenden Verhandlungen statt. Das ist eine offene Aggression gegen Norwegen. Das ist eine Machtdemonstration einer aufsteigenden Supermacht, die mit einer Schritt-für-Schritt-Taktik versucht, die Kontrolle über das ganze Gebiet zwischen Svalbard und Norwegen an sich zu reißen.

Das Gebiet, in dem die Übungen stattfinden, wird täglich von norwegischen Schiffen und Fischerbooten befahren. Die Sowjetunion verlangt nun, daß sich alle Schiffe während der Raketenübung von diesem Gebiet fernhalten sollen. Das Gebiet liegt westlich der Mittellinie, die die „Genfer Konvention über den Kontinentalsockel" 1959 als Prinzip für die Teilung von Fahrwassern festlegte, aber östlich von der sogenannten „Sektorenlinie", einer Trennlinie, die der russische Zar erfunden hat und die von den neuen Zaren als endgültig beansprucht wird.

Der Ernst dieses imperialistischen Manövers kann nicht genug betont werden. Man muß diese neue Aggression im Zusammenhang mit der Serie von Provokationen sehen, die seit 1975 von der Sowjetunion gegen Norwegen ausgeübt wurden:

– Die Sowjetunion hat sich scharf gegen den norwegischen Plan zur Ausweitung der Fischereigrenze gewendet.

– Die Sowjetunion hat einseitig das Abkommen über den Dorschfang zwischen Norwegen und der Sowjetunion gebrochen, das die oberste Grenze für arktischen Dorsch auf 800 000 Tonnen festgelegt hatte.

– Die Sowjetunion führte die Flottenübung Okean 75 durch, die unter anderem die Besetzung Norwegens von See her trainierte.

Vom 16. bis 27. September 1975 führte die Sowjetunion eine Übung in der Barents-See durch, kurz bevor die Verhandlungen zwischen Norwegen und der Sowjetunion über dies Gebiet beginnen sollten.

– Während der imperialistischen NATO-Übung Ocean Safari verletzten drei sowjetische Militärflugzeuge das norwegische Hoheitsgebiet in der Nähe von Bodö.

– 1976 machte die Sowjetunion unzählige Vorstöße auf Svalbard, um die norwegische Souveränität über das Gebiet zu untergraben. Der sowjetische Generalkonsul behauptete frech, die Frage der norwegischen Souveränität über Svalbard sei eine Frage der Auslegung der Gesetze.

– In letzter Zeit hat die Sowjetunion den Bruch des Fischereiabkommens damit fortgesetzt, den Fisch der Barents-See und anderer arktischer Fahrwasser mit Supertrawlern bis zu 7 000 Tonnen wie mit einem Staubsauger bis zum Grund wegzufangen.

Die Sowjetunion verfolgt mit dieser Schritt-für-Schritt-Taktik ganz klar das Ziel, sich dieses Gebiet der Barents-See einzuverleiben. Nach immer neuen Übungen und einer ständigen Ausdehnung der Zeit dieser Übungen wird es nicht mehr lange dauern, bis die Sowjetunion offen „Anspruch" auf dieses Gebiet erheben wird.

Die norwegische Regierung hat in dieser Situation jämmerlich versagt. Auf die letzte Provokation hat sie nur mit „Besorgnis" reagiert und mit Rücksicht auf die Verhandlungen mit der Sowjetunion auf weitere Proteste verzichtet. In einer solchen Lage müssen die Arbeiterklasse und alle antiimperialistischen und fortschrittlichen Menschen den Kampf für die Souveränität Norwegens aufnehmen. Die AKP/ml rief für Donnerstag, den 8. Juli, zu einer Demonstration auf. – (nach Klassekampen, 1. und 6.7.76)

Demonstration auf Grönland

Am Montag, dem 5. Juli, demonstrierten auf Grönland anläßlich eines Besuchs des sowjetischen Wohnungsministers Fomin Fischereiarbeiter, Schüler und andere Jugendliche gegen die sowjetische Raubfischerei vor der grönländischen Küste.

Spanien: Regierung auf dem Rückzug

Die Demonstrationen gegen das faschistische Regime in Spanien reißen nicht ab. Nach der gewaltigen Demonstration in Bilbao mit 150 000 Teilnehmern und gleichzeitigen Demonstrationen in vielen anderen Städten zogen am 12. Juli 80 bis 100 Tausend durch Valencia mit den Forderungen nach Amnestie, Freiheit und Brot. Was die Stunde des Regimes geschlagen hat, zeigten die Parolen und Transparente: „Nieder mit der Monarchie", „Morgen wird Spanien Republik sein!" „Ein geeintes Volk wird nie besiegt werden!" „Es lebe die Arbeiterklasse! Es lebe die Revolution!" Die Demonstration war für einen Weg von 500 Metern (!) erlaubt worden. Faschisten versuchten Schlägereien zu provozieren, um der Polizei einen Vorwand zu geben. Die gut organisierten Ordnerreihen konnten die Provokateure abdrängen.

Die Regierung mußte jetzt auf die Demonstrationen reagieren, und eine Amnestie ankündigen, von der aber gleich die Hälfte der politischen Gefangenen ausgenommen werden soll. Die Arbeiterklasse und die Volksmassen werden sich in ihrem Kampf zum Sturz des Regimes durch solche Versprechen nicht aufhalten lassen. Sie marschieren voran, das Regime ist auf dem Rückzug. Auch gegenüber dem langwährenden Streik der Postarbeiter mußte sie jetzt nachgeben, die Hälfte der Lohnforderungen erfüllen, eine Zusicherung machen, daß keine Maßregelungen ergriffen werden und 6 Postbeamte, die seit sechs Jahren inhaftiert waren, freilassen.

Berichtigung

In der Nr. 26 der KVZ hatten wir geschrieben, daß sich Sozialdemokraten und Revisionisten in Spanien zusammengeschlossen haben. Dies Bündnis ist wesentlich breiter, als wir es dargestellt hatten, und umfaßt neben der Mehrzahl der bürgerlichen Oppositionsparteien auch revolutionäre Organisationen. Der Name dieses Bündnisses ist „Coordinación democrática", hervorgegangen aus der Vereingigung von „junta democrática", des Bündnisses unter Führung der Revisionisten, und der „Plataforma de convergencia democrática", des Bündnisses, in dem die Sozialdemokraten den größten Einfluß hatten. In der Plattform der „Coordinación democrática" sind die Forderungen nach Eintritt in die EG und nach Respektierung der bestehenden internationalen Verträge, die von Revisionisten und Sozialdemokraten vertreten wurden, nicht enthalten, was auf den wachsenden Einfluß der revolutionären und antiimperialistischen Organisationen in diesem Bündnis zum Sturz des Faschistenregimes zurückzuführen ist. Anfang Juli ist auch die revolutionäre, marxistisch-leninistische Arbeiterorganisation ORT der „coordinación democrática" beigetreten. Der Aufruf der „Coordinación democrática" zu einer Kampfwoche für die Amnestie der politischen Gefangenen hat wesentlich zu der großen und einheitlichen Bewegung der letzten Woche beigetragen.

Der Kampf der Arbeiter, Bauern und Studenten gegen die imperialistische Herrschaft über die Türkei

Die Türkei ist ein Land, das vollständig vom Imperialismus und vom Großgrundbesitz beherrscht wird. Die nordamerikanischen und die westeuropäischen Monopole überschwemmen den nationalen Markt mit ihren Produkten. Die Rohstoffe des Landes – zum Beispiel Eisen, Kupfer und Chrom – plündern sie schrankenlos, und die Arbeitskraft des Volkes der Türkei vernutzen sie nach Belieben, entweder in ihren Betrieben in Westdeutschland zum Beispiel, wo derzeit 1,5 Millionen türkischer Arbeiter ausgebeutet werden, oder in der Türkei selber, die ihnen als „Billiglohnland" gilt, weshalb der Kapitalexport in dieses Land ständig im Steigen begriffen ist. Um diese schrankenlose Ausplünderung und Ausbeutung der nationalen Reichtümer der Türkei und der Arbeitskraft des Volkes der Türkei durch die Imperialisten zu sichern, tut die türkische Regierung alles. Demirel, der derzeitige Regierungschef, ist ein Mann, der vom US-Imperialismus direkt gekauft ist: Er hat die amerikanische Staatsbürgerschaft, ist mit Aktien von US-Konzernen gefüttert und so dem US-Finanzkapital verpflichtet. Der US-Imperialismus unterhält Luftwaffen- und Flottenstützpunkte in der Türkei.

An der Ausplünderung und Ausbeutung hat der russische Sozialimperialismus seit einigen Jahren Anteil durch hohe Kredite (800 Millionen Dollar) und Kooperationsabkommen wie zum Beispiel für den Bau eines Stahlwerkes. Für beide Supermächte hat die Türkei als „Wächter an den Meerengen", die Europa von Asien und die sozialimperialistische Supermacht vom Mittelmeer trennen, große militärstrategische Bedeutung. In ihrer Rivalität um die Weltherrschaft tun sie alles, um ihren Einfluß an den Meerengen zu verstärken. Die Entwicklung der Zypern-Frage hat das nicht erst seit 1974 deutlich gemacht.

In der Türkei leben nach wie vor zwei Drittel der 40 Millionen Einwohner auf dem Land unter unbeschreiblicher Armut. Die 17 Millionen Hektar, die derzeit in der Türkei landwirtschaftlich genutzt werden, sind in den Händen der Großgrundbesitzer und Großbauern konzentriert, die 5,5 Prozent der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung ausmachen. Rund 9 Millionen Bauern besitzen weder einen Acker noch andere Produktionsmittel. Die Zahl der kleinen und mittleren Bauern ist etwa doppelt so groß. Sie sind samt und sonders verarmt und den Wucherern und Großgrundbesitzern vollständig ausgeliefert, von denen sie Geld leihen müssen, Saatgut kaufen und denen sie ihre Ernte verkaufen müssen. Eine wachsende Zahl von ihnen ist gezwungen, ihre Bauernstellen aufzugeben, Tagelöhner zu werden und in die Städte abzuwandern.

Gegen diese Verhältnisse auf dem Land entwickeln die Bauern seit Monaten einen immer stärker werdenden Widerstand. Sie schließen sich den Arbeitern in den Städten an, die mit immer neuen Streikaktionen den Kampf gegen die Ausbeutung aufgenommen haben. Zugleich hat sich die Studentenbewegung mit großem Schwung entwickelt. Im folgenden eine Darstellung einiger dieser Aktionen der Massen, die ihre Erklärung finden in der Abhängigkeit vom Imperialismus und Großgrundbesitz und in der historischen Entwicklung des Landes.

Der Kampf der Bauern gegen die Großgrundbesitzer

Alle türkischen Regierungen versprechen in ihren Programmen die Durchführung einer Bodenreform. Durchgeführt ist sie bisher nicht worden. Folgendes ist bisher durchgeführt worden: Ein Gesetz wurde beschlossen, wonach niemand mehr als 920 Hektar besitzen darf. Dieses Gesetz wurde lange verzögert, so daß alle Großgrundbesitzer den darüber hinausgehenden Teil ihrer Ländereien bequem an Familienmitglieder übertragen konnten. Jene, die nach Verabschiedung dann immer noch mehr als 920 Hektar besaßen, wurden mit Steuergeldern entschädigt. Aber auch dieses Land ist nicht an die Bauern gegangen, weil sie dafür zahlen sollten, aber kein Geld haben.

Nach dieser Erfahrung mit den als Bodenreform von der Regierung ausgegebenen Maßnahmen begannen sich die Bauern selber zu helfen, sich auf ihre eigene Kraft zu besinnen. Die Zeitschrift „Cumhuryet" berichtet über eine Aktion der Bauern aus den Gemeinden Deyarbakir und Harmanli: Im April 1976 besetzten die Bauern die Ländereien des Großgrundbesitzers. Dieser rief zu seinem Schutz gegen die Aktion der Bauern die Polizei zu Hilfe. Dem Vorgehen der Gendarmerie hielten die Dorfbewohner jedoch stand. Die Gendarmerie mußte sich zurückziehen und Verstärkung holen. – Dieselbe Zeitung berichtet aus Adana, einer Küstenstadt im Süden: Ein Großgrundbesitzer ließ 40 Hektar seiner Ländereien von der Polizei schützen. Die Gendarmen aber wurden von den Bauern vertrieben, und die Bauern bestellten das Feld selber.

Bei solchen Landbesetzungen ist es mehrfach dazu gekommen, daß die Gendarmerie das Feuer auf die Bauern eröffnete.

Das Verhältnis der armen Bauern zu den Großgrundbesitzern unterscheidet sich entsprechend den Regionen. In Ost- und Südostanatolien ist es so, daß die armen Bauern sich bei den



Dorfbewohner, bewaffnet mit ihren Arbeitsgeräten, führen eine Bodenbesetzung durch.

Dorfbewohner, bewaffnet mit ihren Arbeitsgeräten, führen eine Bodenbesetzung durch.

Großgrundbesitzern verdingen gegen freie Verpflegung. Die Großgrundbesitzer spielen in diesen Gebieten der Türkei eine Grundherrenrolle, wie das bis ins 19. Jahrhundert hinein auch in Europa der Fall war. Die Bauern behandeln sie wie ihre Leibeigenen. In Mittelanatolien, wo das Kleinproduzententum mehr verbreitet ist, hat sich der Wucherer zwischen die kleinen Bauern und die Großgrundbesitzer geschoben. Von den Wucherern bekommen die Bauern Kredite, für die sie hohe Zinsen zahlen und die sie niemals zurückzahlen können. Sie geraten in seine Abhängigkeit und verlieren schließlich ihren Boden an die Wucherer.

Diese massenhafte Enteignung der kleinen Bauern ist die Ursache für die wachsende Land-



Die Belegschaft eines Betriebes demonstriert für ihre Forderungen

flucht in der Türkei. Die von ihrem Grund und Boden enteigneten und vertriebenen Bauern strömen in die Städte – häufig genug auch ins Ausland – und vergrößern dort das bereits über eine Million zählende Heer der Arbeitslosen.

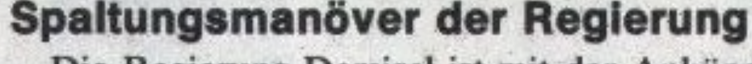
Nach einer Statistik der staatlichen Organisation für Planung (DPT) gab es bereits im Jahr 1972 1,6 Millionen Arbeitslose. Außerdem gibt es eine saisonbedingte Arbeitslosigkeit. Sie beträgt in der Landwirtschaft in den Monaten Dezember bis Februar 7,7 Millionen und März bis Mai 5,5 Millionen. Im Juni verringert sie sich auf 5,1 Millionen, in den Haupterntemonaten Juli/August sinkt sie ab auf 1,1 Millionen, um im September wieder auf 4,9 Millionen Arbeitslose anzusteigen. Im Winter beträgt nach Angaben dieser Organisation die Gesamtzahl aller Arbeitslosen 9,3 Millionen. Das heißt mit anderen Worten: 65 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung sind dann arbeitslos.

Die Arbeiterklasse führt den Lohnkampf

Man sieht daran, unter welch ungünstigen Bedingungen die Arbeiterklasse in der Türkei den Lohnkampf führen muß. Somit sind die Löhne außerordentlich niedrig und reichen nicht zur ausreichenden Ernährung einer Arbeiterfamilie. Nach einem Bericht der DISK (Konföderation progressiver Gewerkschaften) brauchte eine Familie mit zwei Kindern im Jahr 1971 für ihre Ernährung in Istanbul mindestens 25, in Ankara, der türkischen Hauptstadt, 26,5 und in Izmir, dem größten Hafen, 27 Türkische Lira. Dagegen bekommt ein Arbeiter durchschnittlich 20,26 Türkische Lira, wenn er im Staatssektor beschäftigt ist, und 17,51, wenn er von einem Kapitalisten beschäftigt wird. Während von 1970 bis 1975 die Lebenshaltungskosten um über ein Drittel gestiegen sind, sind die Löhne nur um ein Fünftel erhöht worden.

Mit einer machtvollen Demonstration am 1. Mai hat die türkische Arbeiterklasse zusammen mit den übrigen werktätigen Schichten des Volkes den Kampf gegen diese Verhältnisse aufgenommen. 250 000 Menschen beteiligten sich an der Demonstration in Istanbul. In den Städten gibt es seither eine breite Streikbewegung. In 99 Prozent der Streiks greifen die Unternehmer zum Mittel der Aussperrung. Damit ist es ihnen bisher nicht gelungen, die Kampfkraft der Arbeiter zu brechen. Die Arbeiter beginnen immer wieder Streiks, obwohl das häufig den Verlust der Arbeitsplätze, Hunger und die völlige Unsicherheit der Existenz bedeutet. Und die Arbeitslosen lassen sich als Streikbrecher nicht einsetzen.

Einige Beispiele: Seit März streiken 1 400 Arbeiter bei der Filiale des Bayer-Konzerns. Die Arbeiter sind ausgesperrt. Ihre Forderung lautet auf 2,50 DM mehr Lohn. Ebensoviele Arbeiter des amerikanischen Luftwaffenstützpunktes bei Adana streikten im Februar gegen die Entlassung von 42 Kollegen. Im März standen 1 000 Saisonarbeiter des Eregle Eisen- und Stahlkombinats für 90 Pfennig mehr pro Stunde im Streik. Sie forderten außerdem die feste Anstellung und gleiche Rechte wie fest angestellte Arbeiter. Gegen die Entlassung von 113 Arbeitern streikte die Belegschaft der Streichholzfabrik Türkay den ganzen April und Mai über. Den Achtstundentag



fordert die Belegschaft der Brotfabrik Levent in Istanbul. Im Dezember streikten sie für diese Forderung. Nachdem der Kapitalist ihre Forderung nicht zu erfüllen bereit war, wurde von den Arbeitern das Werk besetzt. Seitdem produzieren und verkaufen die Arbeiter auf eigene Rechnung.

Spaltungsmanöver der Regierung

Die Regierung Demirel ist mit der Ankündigung angetreten, die „kommunistische Verschwörung zu vernichten". Sie versteht darunter alles, was sich gegen Ausbeutung und Unterdrückung, gegen die Herrschaft des Imperialismus und der Großgrundbesitzer richtet. Während gegenüber den Volksmassen die Repression ungeheuer verschärft wurde, versucht die Regierung zugleich mit gelben Gewerkschaften die Arbeiter zu spalten und wieder unter ihren Einfluß zu bringen. Die Kapitalisten verhandeln über Lohnfragen nur mit diesen gelben, unter Kontrolle der Regierung stehenden Gewerkschaften.

Am 19. Juni zum Beispiel berichtet die Zeitschrift „Gercek", die in Westdeutschland unter den türkischen Arbeitern verbreitet wird: „In der Steinkohle AG in Suluova/Amasya kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen dem Vertreter der gelben Gewerkschaft Mehmet Yildiz und dem revolutionären Arbeiter N. Bei dieser Auseinandersetzung wurden vier Personen getötet, vier schwer verletzt und 27 verhaftet. Diese gelbe Gewerkschaft tyrannisiert seit langem die Arbei-



Studenten versuchen, in den Vorlesungssaal zu kommen. Die Polizei ist an den Hochschulen der Türkei stationiert.

ter und verkauft sie in den Tarifverhandlungen an die Kapitalisten. (...) Die Arbeiter streikten. Die Polizei kam und mit ihr die faschistische Mörderbande (Graue Wölfe, eine paramilitärische Organisation der Faschisten, die direkt die Polizei und die Armee unterstützt) und griffen die gesamte Arbeiterschaft an. (...) Als ein Block von Arbeitern der Polizei und den Faschisten entgegentrat, versuchten sie zu fliehen. Der gelbe Gewerkschafter stieg mit ihnen in einen Bus und versuchte zu entkommen. Es gelang ihm nicht, wegzufahren. Er und seine drei Komplizen wurden gelyncht. Die Bauern eilten den Arbeitern zu Hilfe. Die Polizei mußte aus den Nachbarstädten Hilfe holen, um der Lage Herr zu werden."

Breite Bewegung unter der lernenden Jugend gegen den Polizeiterror

Gegen den Polizeiterror und die staatliche Unterdrückung, die verbunden ist mit Terroranschlägen der faschistischen Organisationen, hat sich unter der lernenden Jugend eine breite Bewegung entfaltet. Bereits am 12. März 1975 wurde die Stationierung der Polizei an den Hochschulen legalisiert. In den vergangenen Wochen und Monaten ist es häufig zu Demonstrationen gekommen, die in den großen Städten, besonders in Istanbul, den Charakter von Massenaufmärschen annahmen, an denen sich Zehntausende beteiligten. So haben in Istanbul einmal 40 000 Jugendliche demonstriert. Gegen diese Massenaktionen setzt die Regierung die Gendarmerie und auch die Armee ein. Regelmäßig ist bisher von den Truppen das Feuer gegen die Demonstranten eröffnet worden. Aber die Beerdigung der Toten hat immer wieder zu noch größeren Aktionen geführt.

Ganze Städte sind von den Truppen belagert und angegriffen. Vor zwei Wochen wurde die Stadt Gaziantep zum Beispiel gleichzeitig von der Luftwaffe und von Bodentruppen beschossen. Ein Haus, in dem die Regierung Waffen vermutete, wurde bombardiert und dem Erdboden gleichgemacht. In diesen Städten herrscht Ausnahmezustand.

Warum die Demirel-Regierung mit dieser Härte gegen die Volksmassen vorgeht, erklärt sich aus ihrer Aufgabe als Statthalter des Imperialismus und des Großgrundbesitzes. Gegenüber den imperialistischen Staaten ist die Türkei hoch verschuldet, am höchsten gegenüber dem US- und dem westdeutschen Imperialismus. Das gesamte in der Türkei von 1967 bis 1970 investierte ausländische Kapital betrug nach Angaben eines Ministers 112,9 Milliarden US-Dollar. Die rückgeführten Gewinne betrugen 121,9 Milliarden Dollar.

Die Türkei ist heute ein rückständig gehaltenes, vom Imperialismus abhängiges Agrarland. Unter der Abhängigkeit vom Imperialismus haben sich feudale Überreste erhalten können. Das hat dazu geführt, daß die Landwirtschaft nicht weiterentwickelt wurde, daß landwirtschaftliche Produkte zunehmend importiert werden müssen, daß der Aufbau einer nationalen Schwerindustrie verhindert wurde und nur Montagewerke und Verpackungsindustrien zugelassen wurden.

Obwohl im Jahre 1923 die Türkische Republik unter Mustafa Kemal (Atatürk) ausgerufen wurde, ist die bürgerliche Revolution in der Türkei niemals zum Ende gebracht worden. Wohl konnte unter Führung der Handelsbourgeoisie in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg verhindert werden, daß die Türkei von den imperialistischen Siegermächten untereinander aufgeteilt wurde. Nicht aber wurde die Herrschaft der feudalen Grundbesitzer angetastet und ebensowenig wurde die wirtschaftliche Abhängigkeit von den imperialistischen Mächten, in der sich das Osmanische Reich, wie die Türkei vorher hieß, befand, durch diese „kemalistische Revolution" angetastet, geschweige denn beseitigt. Stalin hat diese Revolution folgendermaßen bestimmt: „Die kemalistische Revolution ist die Revolution einer Oberschicht, die Revolution der nationalen Handelsbourgeoisie, zu der es im Verlauf des Kampfes gegen die französischen Imperialisten kam und die sich in ihrer weiteren Entwicklung im Grunde genommen gegen die Bauern und Arbeiter, ja gegen die Möglichkeit einer Agrarrevolution richtet."

(von der Redaktion zusammengestellt nach einem von dem „Studentenverein der Türkei", und dem „Türkischen Arbeiterverein" Darmstadt herausgegebenen „Türkei-Info" und anderen von ihnen verfaßten Materialien)

Die westdeutschen Imperialisten hinter dem rhodesischen Siedlerregime

Die westdeutsche Bundesregierung hat als Schirmherr der Verhandlungen zwischen dem Außenminister des US-Imperialismus, Kissinger, und dem Chef des südafrikanischen Siedlerregimes, Vorster, fungiert. Die Bundesregierung hat diese Rolle übernommen, weil der westdeutsche Imperialismus das südafrikanische und das rhodesische Siedlerregime als Bollwerk sieht gegen den Befreiungskampf der Völker im südlichen Afrika, als Garanten, um die billigen Arbeitskräfte in diesen Ländern zur Ausbeutung zu nutzen und die Rohstoffbasis zu sichern. Wie stark der westdeutsche Imperialismus an der Ausbeutung des Volkes von Zimbabwe und an der Plünderung seiner Naturreichtümer beteiligt ist, zeigt der folgende Artikel, ein Abschnitt aus der Broschüre „Zimbabwe Chimurenga", die demnächst im Sendler-Verlag Mannheim erscheint.

Laut „Spiegel" vom Juli 1973 machen 40 Unternehmen regelmäßig Geschäfte mit Rhodesien, darunter AEG-Telefunken, Siemens, BMW. Im Export Rhodesiens stieg die BRD von der dritten Stelle im Jahre 1965 auf die erste Stelle im Jahre 1966, im Import Rhodesiens von der fünften Stelle 1965 auf die erste 1966. Im Februar 1967 erklärte die Bundesregierung, „sich an den von der UNO beschlossenen Wirtschaftssanktionen zu beteiligen". Im Nachsatz wurde aber die Festlegung gleich wieder aufgehoben, indem es dort heißt, daß in bestehende Verträge nicht eingegriffen wird. Vorher waren Jahresverträge abgeschlossen worden für Kupfer, Asbest und vor allem für Tabak, und zwar weit über den westdeutschen Tabakbedarf hinaus. Allein Reemtsma kaufte 1966 mehr als das Doppelte ihres normalen Bedarfs an rhodesischem Tabak.

Und schon im März 1969 bekannte sich die Bundesregierung auch offen zum Handel der BRD-Imperialisten mit Rhodesien:

„Die Bundesrepublik (habe) als Industrieland ein legitimes Interesse im Handelsverkehr mit Südafrika ... und Rhodesien ... Handel sei keine Schande, und Vorwürfe deswegen müsse die Bundesregierung eben tragen." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.3.69/ASK 4/76)

Nach offiziellen Angaben sollen die Export- und Importgeschäfte mit dem Siedlerregime weitgehend zurückgegangen sein, von 140 Millionen DM 1965 auf 2 Millionen DM 1973 beim Import und von 50 Millionen DM auf 2 Millionen DM beim Export.

Vorankündigung

Eine Broschüre zum Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe erscheint in Kürze im Verlag Jürgen Sendler unter dem Titel:

Zimbabwe Chimurenga

Bestellungen an:
Buchvertrieb Hager GmbH

Bestellungen an:
Buchvertrieb Hager GmbH
Postfach 5129
6800 Mannheim

Offizielle rhodesische Angaben über den Außenhandel gibt es nicht, und die südafrikanischen Zollbehörden machen seit 1965 keine Angaben mehr über den Grenzverkehr mit Rhodesien. Der Länderbericht des Statistischen Bundesamtes gibt an:

Export in Millionen US-Dollar:

1968	1969	1970	1971	1972
246	307	355	388	499

Das zeigt, die obigen offiziellen Angaben stimmen nicht. Erstens steigt der Handel laufend und bis 1972 auf das Doppelte, und zweitens zeigt die Existenz des Handels laut offizieller Statistik, daß die BRD nicht die imperialistische Ausplünderung aufgibt. Wie geht das? Einige Beispiele, wie die wirklichen Geschäfte vertuscht werden:

Der Import von Tabak aus Mozambique betrug 1965 vier Tonnen. 1972 waren es aber 411 Tonnen. Klar ist, daß sie nicht in Mozambique produziert wurden, sie wurden importiert über die damalige portugiesische Kolonie Mozambique. Die Kolonialmacht mußte nur entsprechende Ursprungszeugnisse ausstellen. Und Portugal, die rhodesischen und die südafrikanischen Rassisten bildeten eine gemeinsame Allianz gegen die Befreiungsbewegungen des südlichen Afrika und gegen alle Bestrebungen auf nationale Unabhängigkeit und Selbstbestimmung der afrikanischen Völker. Entsprechend ist das zweite Land, über das die Blockade umgangen wird, Südafrika. 1970 bezog die BRD aus der Rassistenrepublik Südafrika nach eigenen Angaben 64 Millionen Pfund Eisenerz, während Südafrika diesen Export in die BRD bloß mit 26 Millionen Pfund ausweist. Bei Chromerzen gibt die BRD-Regierung 558 Millionen importierte Pfund an, Südafrika einen Export in die BRD von 336 Millionen Pfund. Auch hier kommt die Differenz sicher aus Rhodesien.

Beim Kapitalexport ist es noch einfacher. Offizielle Vermögensanlagen laut Statistischem Bundesamt waren

31.12.1975 1,7 Mio DM
1969 2,3 Mio DM

Investitionen laufen über südafrikanische Tochterkonzerne deutscher Monopolkapitalisten oder über die Beteiligung an südafrikanischen Konzernen oder über Bankeinlagen. So veröffentlichte am 14. April 1974 die britische Zeitung „Sunday Times" geheime Dokumente über die internationale Finanzierung des Erweiterungsprojektes des Stahlwerkes der Rhodesian Iron and Steel Corporation (RISCO) in Que-Que, neben Salisbury und Bulawayo die wichtigste Industriestadt. Die Vereinigte Österreichische Eisen- und Stahlwerke AG, Linz, sollte das neue Stahlwerk errichten und mit 8 Millionen DM mitfinanzieren, zusammen mit den Neunkirchener Eisenwerken, Saar, deren Finanzierungsanteil 3,5 Millionen DM betragen sollte. Die Klöckner AG, Duisburg, würde 1973/74 100 000 Tonnen Stahl von RISCO beziehen, in den darauffolgenden Jahren jeweils 400 000 Tonnen.

Firmen-Ringe wurden aufgedeckt, wo die rhodesische Seite und der europäische Importeur oder Exporteur über Dritte die Geschäfte abwickeln. Als Mitglieder eines solchen Ringes wurden die westdeutschen Firmen Gebr. Höpfer, Hamburg, L. Geissinger-Thaleischweiler-Fröscher, Braun AG, Frankfurt und Kronberg SE-Fahrzeugwerke GmbH Hamburg identifiziert, worauf dieses „Zephyr-Netz" sich auflöste. Über Gabun wurde die Luftfahrtgesellschaft Affretair eingerichtet, die regelmäßig Frachten aus Europa holt. 1973 kaufte das Rassistenregime drei Boeings westdeutschen Ursprungs. Westdeutsche Schiffe beteiligen sich am Transport. Zum Beispiel enthüllt ein Ausschuß des Sicherheitsrats der UNO in seinem Bericht S–9844 und S-9853 vom
Zum Beispiel enthüllt ein Ausschuß des Sicherheitsrats der UNO in seinem Bericht S–9844 und S-9853 vom
15.1.1969, daß unter 63 Schiffen, die südrhodesische Fracht an Bord hatten, 10 westdeutsche waren.

Im Bericht des Statistischen Bundesamtes ist außerdem vermerkt, daß von 1950 bis 1974 11,6 Millionen „nichtrückzahlbarer Zuwendungen" an das Rassistenregime von der BRD-Regierung gestiftet wurden, unter der Bezeichnung Entwicklungshilfe.

Die BRD-Imperialisten finanzieren sogar den Ausbau der Transportwege zum Abtransport der geplünderten Güter. Die Gesellschaft „Südafrikanische Eisenbahnen und Häfen" hat einen 70-Millionen-DM-Kredit erhalten, der unter anderem dazu dient, die Eisenbahnverbindung zwischen Südafrika und Südrhodesien, vor allem über Beitbridge, auszubauen, um die Blockade durch Mozambique und den Verlust Beiras als Exporthafen für das Rassistenregime auszugleichen. Als Kreditgeber werden im „Handelsblatt" vom 10.7.75 folgende Banken genannt: Berliner Handels- und Frankfurter Bank, Deutsche Bank, Hill, Samuel & Co., Hessische Landesbank, Deutsche Genossenschaftskasse, Zentralbank der Genossenschaften. In den letzten drei genannten Banken sind führende SPD-Politiker im Vorstand, das heißt, daß die SPD-Regierung die Kredite unterstützt. „Mit Hochdruck wird in Natal, hauptsächlich für südrhodesische Güter, der Hafen von Richards Bay erweitert", berichtet der „Mannheimer Morgen" am 18.6.1975.

Der BRD-Imperialismus betrachtet ganz eindeutig die UNO-Sanktionen gegen das rhodesische Rassistenregime nur als eine vorübergehende Notmaßnahme, die die Imperialisten zunächst umgehen und dadurch unwirksam machen. Auf längere Sicht planen sie auch wieder offene Beziehungen. Das zeigt die Tatsache, daß die BRD-Regierung ihr Generalkonsulat in Salisbury nicht geschlossen hat.


Teil einer Kompanie der ZANLA. Das Bild ist aus einem Ausbildungslager der ZANLA in Mozambique.

4 Lastwagen für die ZANU

Solidaritätsaktionen mit dem Kampf des Volkes von Zimbabwe

Zur Unterstützung des Kampfes des Volkes von Zimbabwe gegen das rhodesische Siedlerregime wurden im Verlauf der vergangenen Woche u.a. folgende Aktionen durchgeführt:

Westberlin. Wir arbeiten zur Zeit in einem Ingenieurbüro. Auf einer Veranstaltung gegen die 200-Jahr-Feier des US-Imperialismus, zu der wir auch einen Kollegen eingeladen hatten, wurde für die ZANU gesammelt. Spontan kam von ihm der Vorschlag, auch in unserem Büro für den Befreiungskampf in Zimbabwe zu sammeln. Zwei Tage sollte für den Befreiungskampf, konkret für die vier Lastwagen, gearbeitet werden. Um die Kollegen für die Sammlung zu gewinnen, wurden im Büro Broschüren verkauft und diskutiert. Drei Kollegen erklärten sich bereit, zwei bzw. einen Tag für die ZANU zu arbeiten. Weitere Kollegen zeigten zwar Interesse an dem Kampf, konnten sich aber nicht für die materielle Unterstützung entschließen. Wir werden aber versuchen, möglichst viele von ihnen zu der Veranstaltung mit E. Tekere mitzunehmen, was einige auch schon zusagten. Gleichzeitig wurde
von ihnen zu der Veranstaltung mit E. Tekere mitzunehmen, was einige auch schon zusagten. Gleichzeitig wurde
durch persönliche Kontakte ein Arzt angeregt, ebenfalls zwei Tage für die Lastwagen zu arbeiten. Seine Freundin, die arbeitslos ist, spendete 10 DM. So kamen insgesamt 564,70 DM zusammen. Wir freuen uns, diesen Betrag dem Genossen Tekere auf der Veranstaltung in Westberlin zu übergeben. – (c.,h.,p., Westberlin)

Köln. Bei einem Kinder- und Sportfest, an dem allein über 60 Kinder teilnahmen, wurden 191 DM gespendet. Ein weiteres Sportfest wurde auf der „Merheimer Heide" vom Aktionsausschuß „Solidarität mit dem Befreiungskampf in Zimbabwe" zusammen mit den Stadtteilzellen Mülheim und Kalk des KBW organisiert. Unter anderem wurde ein Fußballturnier durchgeführt zwischen der Betriebszelle Klöckner-Humboldt-Deutz des KBW und Mitgliedern anderer Betriebe. 400 DM wurden im Verlauf der Veranstaltung gesammelt. Gegen beide Veranstaltungen ging die Polizei vor. Sie verlangte den Abbau der Wandzeitungen, Stelltafeln, Basare und Büchertische. Im Stadtteil Nippes führte die Stadtteilzelle des KBW eine Straßensammlung durch. Neben acht Säcken mit Bekleidung erbrachte die Sammlung 46,61 DM. Insgesamt hat die Zelle damit 709,41 DM zur Unterstützung des Befreiungskampfes in Zimbabwe gesammelt. Sie will bis zur Veranstaltung mit dem Genossen Tekere von der ZANU 1 500 DM gesammelt haben.

Schwetzingen. Nach einer Straßensammlung von drei Wochen führte die Ortsgruppe des KBW ein Solidaritätsfest durch, an dem sich über 50 Personen beteiligten. Es gab Fußballspiele, Tischtennis, Wettlauf, Tauziehen, Büchsenwerfen u.a. Eine Versteigerung erbrachte 200 DM. Insgesamt wurden 500 DM im Verlauf der drei Wochen gesammelt.

Husum/Nordfriesland. An einem Solidaritätsfest beteiligten sich 36 Personen. Zuvor war von der Stadt eine Spendensammlung auf der Straße verboten worden. Die Sammlung wurde
sonen. Zuvor war von der Stadt eine Spendensammlung auf der Straße verboten worden. Die Sammlung wurde
trotzdem durchgeführt. Die Polizei beschlagnahmte die Sammelbüchse, die 66,35 DM enthielt. Auf der Veranstaltung wurden etwa 60 DM gespendet. Die Veranstaltung war ein Erfolg.

Bonn. Schüler des Ernst-Moritz-Arndt-Gymnasiums führten eine Spendenaktion durch, wobei sie von der Sympathisantengruppe des KBW unterstützt wurden. Zahlreiche Sachspenden kamen zusammen. Die Schulleitung verbot das Aufstellen von Stellwänden, auf denen die Beziehungen zwischen dem westdeutschen Imperialismus und dem rhodesischen Siedlerregime dargestellt wurden. Im Anschluß an die Spendensammlung wurde ein Solidaritätsfußballturnier durchgeführt, an dem sich fünf Mannschaften beteiligten.

Iserlohn/Menden. Ein Solidaritätsfußballturnier war ein großer Erfolg. Über 100 Personen beteiligten sich. Die Stadt versuchte das Turnier zu sabotieren. Sie verbot der Mannschaft des Jugendzentrums Menden die Teilnahme und setzte die Unfallversicherung aus, als die Mannschaft trotzdem teilnahm. Ebenso wurde der Mannschaft der Drogenberatungsstelle die Teilnahme verboten. Auf einem anschließenden Solidaritätsfest wurden 175 DM gespendet.

Offenbach. Zur Unterstützung des
schließenden Solidaritätsfest wurden 175 DM gespendet.

Offenbach. Zur Unterstützung des Befreiungskampfes in Zimbabwe wurden bisher 4 007,65 DM gespendet, außerdem zahlreiche Sachspenden. Über die Hälfte der Summe, 2 500 DM, stammt von einer Architektengruppe, die 90 % ihres Honorars, das der Magistrat der Stadt ihnen für das Projekt Kinderhaus im Rumpenheimer Schloß zahlen mußte, für den Befreiungskampf der unterdrückten Völker gespendet. Das Projekt Kinderhaus wird durchgeführt zusammen mit der Bürgerinitiative Rumpenheim.

Wuppertal. Am 18.7. konnten 50 Freunde des Volkes von Zimbabwe den Genossen Mukarat, einen Vertreter der ZANU, begrüßen. Eine Sammlung erbrachte eine Spende von 181,25 DM, die dem Genossen auf der Veranstaltung übergeben wurde.

4 Lastwagen für den Befreiungskampf in Zimbabwe



ZANU-Spendenkonto:
Volksbank Mannheim
Kto Nr.: 106 83 26

Kontostand am 20. Juli:
57 068 DM

Operationen der südafrikanischen Söldner im Grenzgebiet Namibia – Angola

Bei Angriffen in Namibia auf die Besatzungstruppen des südafrikanischen Siedlerregimes haben die Befreiungskämpfer der SWAPO (Südwestafrikanische Volksorganisation) große Mengen von Waffen und Gerät zerstören können. Wie die algerische Zeitung „El Moudjahid" am 9. Juli meldete, wurden 5 Söldner der rassistischen Armee getötet. Wie die Zeitung weiter schreibt, hat das Vorster-Regime in Pretoria öffentlich zugeben müssen, daß die Befreiungskämpfer des Volkes von Namibia ihre Kampftätigkeit verstärkt und seinen Truppen heftige Schläge versetzten. – Bekanntgeworden ist am Anfang dieser Woche eine neuerliche Aggression der südafrikanischen Siedlerarmee gegen Angola. Die „Frankfurter Rundschau" gab am 19.7. eine Rede des angolanischen Staatschefs Neto wieder, aus der hervorgeht, daß in der vergangenen Woche südafrikanische Truppen von Namibia aus nach Angola eingedrungen sind und ein Dorf überfallen haben. 101 Einwohner, darunter zahlreiche Frauen und Kinder, wurden von den rassistischen südafrikanischen Söldnern ermordet. Das Vorster-Regime hat Operationen seiner Truppen im Grenzgebiet zu Angola zugegeben. Sie hätten Anfang dieses Monats 26 Schwarze getötet, die Mitglieder der SWAPO gewesen seien. Sambia und Angola haben inzwischen angekündigt, wegen der Kriegführung des südafrikanischen Siedlerregimes in Namibia und der neuerlichen Aggression gegen Angola den Weltsicherheitsrat anzurufen.

Söldneranwerbung

Das rhodesische Siedlerregime wirbt in Lissabon ehemalige Soldaten der portugiesischen Kolonialarmee an. Nach Angaben der Lissaboner Zeitung ‚A Capital' erhalten die Söldner eine Verpflichtungsprämie von rund 10 000 DM und ein monatliches Einkommen von 5 000 DM.

Die Ausgaben für die Kriegsführung werden damit um 40 Prozent erhöht und steigen auf über 400 Millionen DM. Auf über 200 Millionen DM steigen die Ausgaben für die Polizeitruppe. Hier beträgt die Erhöhung 20 Prozent. Neu eingeführt wird ein sogenannter Sonderfonds für „Sicherheitsoperationen" des Siedlerregimes. Dieser Fonds ist mit über 100 Millionen DM ausgestattet. Die offiziell bekanntgegebene Summe, die das Siedlerregime aufwendet, um die Herrschaft der 280 000 Weißen über das Volk von Zimbabwe aufrechtzuerhalten, beläuft sich damit derzeit auf eine Dreiviertelmilliarde DM.

Die Zeitschrift „Arbeiterkampf“:

Den Studenten den eigenen Dreck unterschoben

Das „FU-Info“ wird vom Präsidialamt der Freien Universität Westberlin herausgegeben. Es ist mithin revolutionärer Anschauung dermaßen unverdächtig, daß es als guter Zeuge sogar so „kritischen“ Gruppierungen, wie sie rings um die Zeitschrift „Arbeiterkampf“ hauptsächlich in Hamburg bestehen, verwendet werden kann. Zum Ausgang der Fachbereichsratswahlen an der Freien Universität Westberlin schreibt das „FU-Info“ vom 30. Juni:

„ ‚Die Mitte zerbröckelt‘, hieß die Wahlanalyse der studentischen Fachbereichsratswahlen im FU-Info 17/75. Daß diese Tendenz weiter wirkt, zeigt sich jetzt.“

Über die Entwicklung der Stimmen, die von den Revolutionären vereinigt werden konnten, schreibt das Blatt:

„Auf die K-Gruppen vereinigten sich ca. 2 300 Stimmen, wobei sich zeigte, daß der KSV zu Gunsten der KHG allen Boden verloren hat.“

Aus folgendem Grunde ist dieses Wahlergebnis vor anderen von Interesse. Diese Wahlen erstreckten sich über drei Tage und begannen genau am 23. Juni, also einen Tag, nachdem die Mitglieder der Kommunistischen Hochschulgruppe sich im Konzil der Freien Universität geweigert hatten, dem Professor E. Lämmert aus Heidelberg anläßlich der anstehenden Präsidentschaftswahlen das Vertrauen der revolutionären Studenten durch Stimmabgabe für eine siebenjährige Präsidentschaft auszusprechen und die Interessen der Studentenbewegung durch Stimmabgabe für diesen Lämmert der Universitätsverwaltung auszuhändigen. Diese revolutionäre Taktik löste – wie in der KVZ Nr. 26 vom 1. Juli berichtet – einen erfreulichen Skandal aus. Um die Schärfe der Auseinandersetzung zu belegen, zitieren wir die Zeitschrift „Arbeiterkampf“ vom 28. Juni:

„Zu dieser Zeit sah alles nach einer Wahl Baskes aus! Sprechchöre wie ‚KHG in die Spree‘, Zwischenrufe, daß sich die KHG zur rechten Fraktion setzen solle und daß Baskes erste Amtshandlung der Polizeischutz für die KHG-ler sein würde, antworteten auf diese Schweinerei. Nur die Wahl Lämmerts hat diese Leute an diesem Tage beschützt; trotzdem mußte sich KHG-Führer W. das Ausspucken vor seinen Füßen gefallen lassen. Wandzeitungen der KHG wurden mit den Worten: ‚Baske-Hochschulgruppe, Studentenverräter‘ korrigiert.“

Diese begeisterte Schilderung der öffentlichen Konzilssitzung, auf der Lämmert die Stimmen der Revolutionäre nicht erhielt und Baske nicht gewählt wurde, ist (fast) tatsachengetreu. Nicht richtig ist, daß Genosse W. irgendein „Führer“ wäre, er ist gewähltes Mitglied des Zentralausschusses der Kommunistischen Hochschulgruppe. Nicht richtig ist, daß er sich das „Ausspucken vor seinen Füßen gefallen lassen mußte.“ Richtig ist vielmehr, daß ein stadtbekannter Revisionist ihn anspuckte, woraufhin er eins über den Scheitel bekam und abrückte.

Bürgerliche Ideologie zur zweiten Natur geworden

Schon während der Konzilssitzung hatten also diese Reaktionäre und Opportunisten die Volkstümlichkeit ihrer eigenen Erregung stark überschätzt.

Der Grund für die Erregung dieser Reaktionäre und Opportunisten bestand darin, daß ein Verwirrungsmanöver, das sie am Vortage erfolgreich in Gang gesetzt hatten, zerplatzte.

Am Vortage hatten Opportunisten und Reaktionäre verschiedener Schattierungen auf einer Versammlung von rund 1 500 Studenten den Beschlußantrag eingebracht, daß die Vertreter der Kommunistischen Hochschulgruppe Lämmert bedingungslos als Präsidenten wählen sollten. Vorher hatten sie sich vergewissert, daß die Kommunistische Hochschulgruppe bereit sei, die Festlegung, „sich an Beschlüsse der Vollversammlung der Studenten zu halten“, so zu interpretieren, daß dem Professor Lämmert diese und alle künftigen Vollversammlungen auf sieben Jahre ausgeliefert wären und ihm gegenüber nichts mehr geltend zu machen hätten, weil sie ihn schließlich ja gewählt haben.

Von dieser reaktionären Interpretation hat sich die Kommunistische Hochschulgruppe gelöst. Sie fand, daß sie hinsichtlich dieses Lämmert nichts zu tun hätte, als ihm das Mandat der Vollversammlung zu den gleichen Bedingungen anzutragen, zu denen sie es übernommen hatte. Mit der eigentümlichen Logik des Opportunisten bemerkt dazu die Zeitschrift „Arbeiterkampf“:

„Lämmert konnte diese Zusage natürlich nicht geben, und die KHG brach ihr Versprechen, sich dem Votum der Studenten zu beugen.“

Unter der flotten Feder dieser Leute verwandelt sich die politische Linie, die Lämmert vertritt und die es ihm freilich verbietet, die Beschlüsse der Vollversammlung für etwas anderes zu halten als einen Dreck, auf dem man herumtreten muß, in etwas „Natürliches“. Dies kann nur Leuten passieren, denen die bürgerliche Ideologie zur zweiten Natur geworden ist.

Jedenfalls war die politische Lage zum Zerreißen gespannt. Diese gespannte politische Lage macht das Ergebnis der Wahlen zu den Fachbereichsräten so aufschlußreich.

Wir wollen gern zugeben, es war politisches Glück im Spiel, daß diese Wahlen genau am folgenden Tage begannen. Wir müssen auch zugeben, daß zu diesem zufälligen Kalenderglück auch noch die Dummheit der Reaktionäre und Opportunisten als begünstigender Umstand hinzutrat.

Diese Leute glauben nämlich tatsächlich, daß ihr eigener Opportunismus von den Massen ausgeht, und wollen nicht verstehen, daß es sich um Ausdünstungen der Bourgeoisie handelt.

Am Tage nach der verunglückten Präsidentschaftswahlintrige erschienen dementsprechend alle „linken“ Studentenorganisationen mit Flugblättern wie: „Jetzt reichts!“, „Keine Stimme für die KHG!“, „KHG in die Spree!“, „KHG gleich Reaktion“ und so weiter und so fort.

Kampf um Einheit auf revolutionärer Linie in der Kommunistischen Hochschulgruppe erfolgreich

Die Kommunistische Hochschulgruppe, deren Mitglieder am Tage dieser Lämmert-Wahl zum großen Teile auf der VDS-Demonstration in Bonn gewesen waren, berief sofort, nachdem ihre Mitglieder wieder in Westberlin waren, eine Mitgliederversammlung ein; denn es versteht sich von selbst, eine Organisation, in der die Leitung politische Korrekturen durchführt, der Mitgliedschaft aber keinen Einfluß gewährt, sich nicht auf die Mitglieder stützt und diese führt, sondern sie bloß verwaltet, hätte niemals den opportunistischen Winden, die zu diesem Zeitpunkt an der Freien Universität, man muß schon sagen, kräftig wehten, widerstehen können.

„Die KHG-Führung hatte ihre Entscheidung getroffen, als der Großteil ihrer Mitglieder zur VDS-Demonstration nach Bonn unterwegs war!“

schreibt dazu die Zeitschrift „Arbeiterkampf“ im Brustton der Empörung. Diese Empörung ist einigermaßen herzig von einer Organisation, in der Wahlen durchaus unüblich sind und deren Leitung sich durch schlichte Rekrutierung und Ausscheiden einzelner durchs Leben schlägt. Diese Empörung ist durchsichtig, denn hier wird sich darüber aufgeregt, daß eine Organisation handlungsfähig bleibt, auch wenn es ihr durch objektive Umstände verwehrt ist, die Geschlossenheit der Organisation herzustellen, bevor die Organisation an die Öffentlichkeit tritt. Diese Strolche halten es offenbar für den Gipfelpunkt der Demokratie, wenn eine reaktionäre Intrige ungestört ablaufen kann, weil die Mitgliedschaft einer revolutionären Organisation verhindert ist, zusammenzutreten. Jedenfalls hat die Leitung der Kommunistischen Hochschulgruppe zum frühestmöglichen Zeitpunkt, nämlich als die Busse aus Bonn zurückkehrten, eine Mitgliederversammlung einberufen, und die Kommunistische Hochschulgruppe hat sich auf einer revolutionären Linie zusammengeschlossen.

Sodann ging die Kommunistische Hochschulgruppe an die Freie Universität, um ihre Politik zu rechtfertigen. Dort traf sie diese Flugblätter „KHG in die Spree!“, spuckende Revisionisten und schäumende Reaktionäre an. Dieses Spucken und Schäumen der Reaktionäre und Opportunisten schaffte eine günstige Lage zwecks Klärung der Tatsachen. Schon am Abend des ersten Tages konnte festgestellt werden, daß ziemlich *viele* Studenten es *richtig* fanden, daß die Kommunistische Hochschulgruppe diesem Lämmert die Stimmen des revolutionären Flügels der Studentenbewegung *nicht* ausgehändigt hat. Weil es immer Leute gibt, die nicht verstehen, daß der politische Kampf mit Reaktionären und Opportunisten in der offenen Auseinandersetzung vor den Massen und mit den Massen eine *entwickelte* Form der Demokratie ist, möchten wir noch darauf hinweisen, daß diese Entwicklung der politischen Kräfteverhältnisse auch formell faßbar sich niedergeschlagen hat.

Am Donnerstag, also zwei Tage nach dieser Lämmert-Wahl und während der Fachbereichsratswahlen, fand eine studentische Vollversammlung statt. Die Vollversammlung war von etwa 2 000 Studenten besucht. Diese Vollversammlung wurde von Reformisten und Revisionisten präsidiert, die noch am Vortage Stein und Bein geschworen hatten, sie würden die Revolutionäre vernichten beziehungsweise die Studentenmassen würden die Kommunistische Hochschulgruppe verfrühstükken, wenn sie nur Gelegenheit hätten. Anstatt die großartige Gelegenheit zu nutzen zwecks Verurteilung der Kommunistischen Hochschulgruppe und Pipapo, zogen es diese Politiker jedoch vor, kein Wort über diese Lämmert-Wahl zu verlieren, und verhinderten per Geschäftsordnung, daß die Kommunistische Hochschulgruppe selber diese Sache zur Sprache bringen konnte. Das drückt ziemlich deutlich aus, wie diese Praktiker des Opportunismus und der Reaktion die Lage mittlerweile einschätzten.

Sodann kamen die Wahlergebnisse heraus. Seitdem werden die Reaktionäre und Opportunisten in Westberlin, insbesondere aber an der Freien Universität, ziemlich unwirsch, wenn man sie auf ihre Machenschaften vor dieser Lämmer-Präsidentenwahl anspricht. Ihnen wär' es inzwischen ganz recht, wenn in *Vergessenheit* geriete, daß sie es waren, die allerhand politische Intrigen, Schliche und Manöver ansetzten, um Eberhart Lämmert die Stimmen des revolutionären Flügels der Studentenbewegung zwecks beliebiger Nutzung in seiner Präsidentschaft zu verschaffen.

Der „Arbeiterkampf“ streitet für Lämmert

Die Intrige, insbesondere die politische Intrige, hat Flügel. Von ihrem Entstehungsort, wo die Tatsachen lauern, mit denen sie sich nicht vertragen kann, liebt sie es, sich geschwind abzuheben und anderswo als ein Gerücht herumzustinken. Gewöhnlich verlassen sich die Revolutionäre darauf, daß die Massen das Gerücht am üblen Geruch erkennen, der ihm entströmt, und lassen es ausdünsten. Gewöhnlich verstirbt das Gerücht – wenn es ein „linkes“ ist, versteht sich – indem es sich noch eine Zeitlang in der Zeitschrift „Arbeiterkampf“ aus Hamburg herumtreibt. Die politische Intrige, durch die die Revolutionäre gezwungen werden sollten, die Interessen der Studentenbewegung dem Präsidenten Lämmert zur Verfügung zu stellen, wurde in Westberlin gesponnen. Dort ist sie auch geplatzt. Inzwischen wagt noch nicht einmal der KB Nord, die Notwendigkeit dieser Lämmert-Wahl als Notwendigkeit des Klassenkampfes auszugeben. Eine Ausgabe vorher – also in der schon zitierten vom 28. Juni – klingt es noch anders:

„Demgegenüber ist Lämmert ein Liberaler, der als Präsident des Germanistenverbandes an einer Resolution gegen den Radikalenerlaß mitgearbeitet und gegen Regelstudienzeit und reaktionäre Studienformierung Stellung bezogen hat. Das bedeutet nicht, daß Lämmert nicht auch mal dem Druck des Senats weichen und unter Umständen die Polizei an die Uni holen könnte. Er ist aber Sand im Getriebe der Auswirkungen des Hochschulrahmengesetzes und kein Öl wie Baske, dessen erste Amtshandlung sicher die Einschränkung von Büchertischen, Raumvergabe etc. gewesen wäre.“

Auch der Unglückliche, dessen Vorstellungskraft von einem Bild wie „Sand im Getriebe der Auswirkungen des Hochschulrahmengesetzes“ überstrapaziert wird, erkennt schlüssig: Hier wird Lämmert propagiert, wenn es auch nur als „Sand usw.“ ist. Zwei Wochen später im „Arbeiterkampf“ Nr. 84 abermals zum Thema:

„Der KBW setzt sich auch nicht auseinander mit den *berechtigten oder unberechtigten* (Hervorhebung von uns) politischen Erwartungen, die von der Masse der demokratischen Studenten an die Person Lämmerts geknüpft werden.“

Das ist süß, oder? Unter der flotten Feder der „Arbeiterkampf“-Redaktion verwandelt sich die Original-„Arbeiterkampf“-Propaganda von vor zwei Wochen in „berechtigte oder unberechtigte politische Erwartungen“ nicht etwa der „Arbeiterkampf“-Redaktion, die sowas oft hat, sondern gleich der „Masse“ der demokratischen Studenten. Tatsache ist: Nicht die Masse der Studenten hat hier „geknüpft“, sondern die Redaktion des „Arbeiterkampf“ hat versucht, die Masse der Studenten an die politische Linie des E. Lämmert zu knüpfen. Das hat nicht geklappt. Jetzt will man sich davonstehlen. Das klappt auch nicht, denn die berechnende Hoffnung der Zeitschrift „Arbeiterkampf“, daß niemand imstande sei, ihrer Seitenfülle aufmerksam zu folgen, ist halt auch eine Fehlkalkulation.

Eigene bürgerliche Anschauungen den Massen unterschoben

Dies wird von der Redaktion des „Arbeiterkampf“ gespürt. Um vorzubeugen, werden verdrehte Behauptungen über die Gedanken der Studenten mit solchen vermengt, die verdrehen, was die Revolutionäre zu tun haben.

„Der KBW unterzieht sich gar nicht der Mühe, die Meinung der Masse der demokratischen Studenten zu untersuchen und sich ernsthaft damit auseinanderzusetzen, um vor diesem Hintergrund sein eigenes Verhalten zu überprüfen.“

Gottseidank gibt es in unserer Organisation viele Revolutionäre, die sich eher die Hände abhacken lassen würden, als die Massen für einen „Hintergrund“ zu nehmen, vor der man als großartiger „Vordergründler“ seine Volten schlägt. Wir sind nun einmal zu der Meinung gelangt, daß die Massen und ihre Meinung, nicht den „Hintergrund“ abgeben, auf dem Geschichte und Politik gemacht werden, sondern die Triebkraft der Geschichte und der Politik sind. Diese Triebkraft ihren Interessen gemäß zusammenzuschließen und zu führen, betrachten wir als unsere Aufgabe.

Was der KB Nord für eine „Mühe“ ausgibt, ist in Wirklichkeit eine bürgerliche Weltanschauung und kann an jeder Straßenecke von der Plakatwand eingefangen werden. Die Kommunistische Hochschulgruppe in Westberlin hat den Opportunismus in ihren eigenen Reihen bekämpft, sie ist sodann unter die Massen gegangen, um die Opportunisten zu bekämpfen. Das hat ihr Vertrauen bei den Revolutionären eingebracht. Dieses Vertrauen hat sich sodann in den Wahlen zu den Fachbereichen ausgedrückt.

Wahr ist allerdings, daß während dieser scharfen politischen Auseinandersetzung viele Studenten festgestellt haben: Na gut, ihr habt ihn nicht gewählt, und das war richtig. Und was habt ihr sonst noch vor? Auch schreibt uns die Liste von den Pharmazeuten recht bissig, daß sie von einer Unterstützung durch die Kommunistische Hochschulgruppe nicht viel gespürt hätte bei den Wahlen und deswegen verwundert sei, sich in der KVZ als „von der Kommunistischen Hochschulgruppe unterstützte“ Liste wiederzufinden. Man sieht gleich, wo es enden muß, wenn die Revolutionäre sich begnügen wollten, ihre revolutionären Standpunkte in revolutionären Schriften zum Ausdruck zu bringen und bei besonderen Gelegenheiten auch mal in der Praxis. Es muß dabei enden, daß die Massen die Revolutionäre für Schwätzer halten oder, schlimmer noch, für bürgerliche Politiker, die Besitzansprüche auf die Massenbewegung anmelden.

Die Tatsache zu kritisieren, daß die Revolutionäre es gegenwärtig noch nicht gut verstehen, den Anforderungen, die sich aus ihren revolutionären Ansichten ergeben, zu genügen, ist die eine Sache. Eine solche Gelegenheit nutzen, um die Revolutionäre zur Aufgabe ihrer revolutionären Prinzipien zu bewegen und sie in x-beliebige Bürger zu verwandeln, ist etwas anderes, nämlich nicht fortschrittlich, sondern reaktionär.

„Die breite Empörung unter den demokratischen Studenten tut er (der KBW) von oben herab als ‚Gezeter‘ ab, die Masse der Studenten beschimpft er als ‚Reaktionäre‘, die vergeblich versucht hätten, die KHG ‚in diesen Sumpf hineinzulocken‘, wobei die KHG als kleines Häuflein der Aufrechten ihre super-‚revolutionäre‘ Unschuld standhaft gegen alle Anfechtungen verteidigt hat.“

Den starken Eindruck hilfloser Wut von Opportunisten, den diese Zeilen machen, wollen wir nicht durch eine lange Interpretation zerstören. Zum gleichen Zeitpunkt, da das „FU-Info“ der KHG Westberlin so um die 2 000 Stimmen zurechnet, einer Organisation, die der „Arbeiterkampf“ als „kleines Häuflein der Aufrechten“ kennzeichnet, hat der große Haufen, den der KB Nord in seinem Standort Hamburg an der Hochschule kandidieren hat lassen, von 2 116 Stimmen auf 1 569 Stimmen abgebaut. Gleichzeitig hat die SSG – das ist die Studentenorganisation, die in Hamburg auf Grundlage des Programms des KBW arbeitet, von 628 Stimmen auf 445 verloren. Um die gleiche Zeit hat in Bochum eine Liste der Aktionseinheit, die Fachschaftsliste, wie in KVZ Nr. 28 berichtet, knapp 1 600 Stimmen gewonnen und hat jetzt schwerste Spaltungsversuche der Revisionisten und Reformisten erst noch auszuhalten. In Heidelberg haben bei den Fachschaftswahlen Listen, die auf einem klaren Programm für Rechte der Studenten gegenüber dem bürgerlichen Staat eintraten, 1 600 von 3 600 abgegebenen Stimmen gewonnen. Während sich die übrigen 2 000 Stimmen teilen auf Sponti-Listen wie die vor einem Jahr vom KB Nord stark gelobte „Linke Liste“ und auf Juso- und MSB-Listen.

Die Revolutionäre können im Kampf um die Führung Fortschritte machen

Dieses ganz uneinheitliche Bild spiegelt wider, daß die schwere politische Auseinandersetzung, die zwischen der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie um die Führung der Studentenbewegung läuft, nicht entschieden, sondern in vollem Gange ist. Nicht nur das. Sie spiegelt auch wider, daß die Revolutionäre an den Hochschulen im Kampf um diese Führung Fortschritte machen können, wenn sie mit dem Opportunismus brechen. Dies ist inzwischen so offenkundig, daß ein Wind von Ahnung sogar den „Arbeiterkampf“ durchweht.

„Für die KB-Sympathisanten ergibt sich daraus die Aufgabe, mehr als in der Vergangenheit darauf zu achten, daß der in Massenaktionen gewonnene Einfluß politisch stabilisiert wird. Das erfordert eine offensive und grundsätzliche Auseinandersetzung mit den Positionen der Reformisten und Revisionisten.“ (Arbeiterkampf Nr. 84)

Auf diese „grundsätzliche“ Auseinandersetzung ist man gespannt. Immerhin ist nicht etwa der Zusammenschluß der Studentenmassen im Kampf ihr Ziel, sondern die „Stabilisierung von Einfluß“, was direkt aus der Wahlkampffibel bürgerlicher Politiker abgeschrieben sein kann. Grundsätze müssen sich an praktischen Fragen bewähren, sonst sind sie Geschwätz. Eine solche praktische Frage – wenn auch nur *eine* – war die Lämmert-Wahl in Westberlin:

„Mit Behauptungen wie ‚Die Bourgeoisie hält schwere Stücke auf Lämmert‘ soll der Eindruck erweckt werden, daß es im Hintergrund die Bourgeoisie *selbst* (Hervorhebung von uns) gewesen sei, die ‚Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt‘ (!) habe, um die KHG ‚zur Stimmabgabe für Lämmert zu bewegen, und das Verhalten der KHG sei in Wirklichkeit ‚der Schlag‘ gewesen, ‚der die Reaktionäre am empfindlichsten traf‘.“

Inzwischen gibt es überhaupt keine bürgerliche Zeitung mehr, die nicht eine positive Aussage über diesen Lämmert gemacht hätte. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, die den Mann zunächst als einen bodenlosen Opportunisten, aber ganz brauchbar, gezeichnet hat, mußte inzwischen eine längere Ehrenerklärung von Stücker dreizehn anderen Professoren über die Großartigkeit von diesem Lämmert drucken. Diese dreizehn Professoren – Alewyn (Bonn), Allemann (Bonn), Brackert (Frankfurt), Bumke (Köln), Conrady (Köln), Cramer (Aachen), Grosse (Bochum), Gruenter (Wuppertal), Hinck (Köln), Pütz (Bonn), Schöne (Göttingen), Schwerte (Aachen), Stackmann (Göttingen), Wapnewski (Karlsruhe) – „kennen ihn als Wissenschaftler, Lehrer, Kollegen und Schüler. Sie kennen ihn als streitbaren Diskussionsredner und pragmatischen Wissenschaftsorganisator.“

Findet jetzt „die Bourgeoisie selbst“ diesen Lämmert gut oder nicht? Wenn ihr Gimpel vom „Arbeiterkampf“ ihn auch für gut findet, so seid ihr halt auf seiten der Bourgeoisie. Darüber müßt ihr ach und weh schreien und nicht darüber, daß es bemerkt wird.

In diese Gedankenwelt werdet ihr so leicht niemanden hineinziehen können. Wer sich dort wohl fühlt, gehört auch dorthin und fehlt nicht auf seiten der Revolutionäre. – (m.f.)

Vor 90 Jahren

Der erste große Streik der Bäckergesellen in Hamburg

Die Lage der Bäckergesellen war voriges Jahrhundert trostlos. Das schlimmste Übel war die Überarbeit. Bis zu 20 Stunden (!) verbrachten die Bäckergesellen in den heißen Backstuben bei 40 bis 50 Grad Hitze. August Bebel veröffentlichte 1890 in seiner Schrift „Zur Lage der Bäckereiarbeiter in Deutschland" folgendes Untersuchungsergebnis: In 32 % der untersuchten Betriebe betrug die tägliche Arbeitszeit 12 Stunden und weniger, in 48 % der Betriebe 13 bis 15 Stunden, in 28 % waren es 16 bis 20 oder mehr Stunden. Außerdem wurde in 48 % der 658 befragten Betriebe auch sonntags zwischen 14 und 20 Stunden gearbeitet. Es war damals keine Seltenheit, daß kräftige Bäckerburschen vor dem Backofen einfach vor Erschöpfung umkippten.

Überarbeit

Der „Gewerkverein der Bäckergesellen Bremens" veröffentlichte 1892 eine Untersuchung mit dem Titel „Die Lage der Arbeiter im Bremer Bäckergewerbe und die notwendigsten Aufgaben der Bäckerbewegung". Dort heißt es: „Übermenschlich lange Arbeitszeit, wenig Lohn, schlechte Kost und zum großen Teil auch schlechte und brutale Behandlung ist das Allergewöhnlichste eines Bäckergesellen. Er ist geistig so herabgesunken durch diese Zustände, daß er wie das Arbeitstier nichts anderes als arbeiten und wieder arbeiten, essen und schlafen kennt, nur mit dem Unterschiede, daß das Pferd, wenn es den Tag über schwer gearbeitet hat, des Abends ein genügendes und kräftiges Haferfutter und eine ordentliche Streue erhält ..."

Bäckergesellen heute

„Die Lage der Bäckergesellen ist eine Knochenarbeit; 72 Stunden und eher mehr ist die Regel." Und: „Von der Arbeitszeit her unterscheidet sich die Fabrik vom Handwerk nicht, hier wie da wird 12 Stunden täglich gearbeitet", so schrieb vor einem knappen Jahr in der KVZ ein Bäckergeselle in einem Artikel „Die Lage der Bäcker gestern und heute". (KVZ Nr. 40/1975) Und weiter: „Daß die Forderung nach dem Achtstundentag noch nicht durchgesetzt ist, ist einmal auf die Zersplitterung der Bäckergesellen in viele kleine Betriebe sowie in einige größe zurückzuführen, andererseits auf die schlechte Gewerkschaftspolitik der sozialdemokratischen Führer der Gewerkschaft Nahrung, Genuß und Gaststätten, die ihre Politik nicht von den Interessen der Arbeiter ableiten, sondern von der „Sozialpartnerschaft von Kapital und Arbeit".

Fast alle Bäckergesellen in Deutschland lebten und wohnten bei ihrem Bäckermeister, die allerwenigsten konnten wegen dieser menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen heiraten.

Kein eigenes Bett

In der eben erwähnten Schrift heißt es weiter zu den Lebensbedingungen der Bäckergesellen: „Auch speziell hier in Bremen werden viele Klagen laut über schlechte Schlafräume. So wird uns von einem Geschäft mitgeteilt, daß durch einen Schlafraum, in welchem 4 Personen schlafen, der Rauch von 2 Backöfen zieht. Eine andere Schlafstelle befindet sich im feuchten Keller, wo das ganze Jahr kein Licht hinkommt. In einer anderen Feststellung heißt es, daß man sich beim Erwachen nicht wundern dürfte, wenn Schnee auf dem Bette liegt. Das sind gewiß Zustände, die himmelschreiend sind. Der Mensch, der seinen Körper durch übermäßige Arbeit zu Tode rakkert, findet als Lohn nicht einmal ein Plätzchen, wo er sein müdes Haupt zur Ruhe niederlegen kann, während andere, die vielleicht im Jahre sich ein paar Tage bemühen, um Coupons abzuschneiden, in seidenen Betten und großartigen Palästen ihre Wollust stillen."

Zur Ernährung der Bäckergesellen heißt es: „Was die Beköstigung der Gesellen anbelangt, so kann auch diese als ein miserabler Zustand betrachtet werden. ... Die Meister schämen sich größtenteils, mit ihren Gesellen an einem Tisch zu speisen und schicken den Arbeitern ihr Essen nach der Backstube. Während der Arbeiter mit solchen Brocken abgespeist wird, findet man in den Familien der Meister ein ziemliches Wohlleben. Da ist in erster Linie der Sohn, er muß die hohe Schule besuchen. ... Die Töchter müssen auch etwas Englisch und Französisch lernen. Alles dies können sich ja die Herren leisten, so lange ihre Gesellen 15 bis 18 Stunden ins Joch gespannt sind."

Über die Lehrlinge heißt es: „Das beklagenswerteste Geschöpf in der Bäckerei ist der Lehrling. ... Die Lehrlinge haben noch in einem höheren Maße als die Gesellen zu leiden, weil ihre Arbeitszeit meistens länger ist; sie bekommen auch nicht selten eine schlechtere Kost. Die Züchtigung und die Ausbeutung der Lehrlinge ist wohl in keinem Gewerbe schlimmer als in der Bäckerei. ... Ist es nicht geradezu ein Verbrechen an der Menschheit, daß mitten in der Entwicklung begriffene junge Leute 365 Tage im Jahr 14 und mehr Stunden unter den ungünstigsten Bedingungen arbeiten und ihre Jugendkräfte im Interesse des Unternehmertums aufreiben müssen. ... Ja, die Herren Innungsmeister verstehen es wohl, ihr Schäfchen ins Trockene zu bringen und wenn Hunderte ihrer Nebenmenschen dabei zugrunde gehen; das nennt man ja heute einfach ‚christlich-social'".

Die gewerkschaftliche Organisierung macht Fortschritte

Trotz dieser unmenschlichen Arbeitsbedingungen gelang es den Bäckereiarbeitern Deutschlands, sich 1885 im „Verband der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands" zusammenzuschließen. Die Arbeiter aus den Städten Hamburg, Altona, Harburg, Bergedorf und Wandsbeck bildeten damals den kämpferischsten Kerntrupp des Verbandes. Innerhalb kurzer Zeit schlossen sich in Hamburg-Altona 600 Bäckergesellen dem Verband an.

Aufgrund einer Untersuchung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ermittelten sie eine Durchschnitts-Wochenarbeitszeit von 105 Stunden und einen Durchschnittslohn von 9 Mark pro Woche. Die Unzufriedenheit unter den Arbeitern über die mangelhafte Kost und die schlechten Schlafstellen wuchs rapide. Deshalb stellten sie einen Forderungskatalog auf, den die Meister bis zum 25.8.1886 erfüllen sollten, andernfalls würde die Arbeit niedergelegt.

Unter anderem forderten sie: „1. Zwölfsstündige Arbeitszeit, Anfang nicht vor 10 Uhr abends, 2. Beginn der Sonntagsarbeit um 12 Uhr ..., 6. Lohnerhöhung 25 % ..., 8. Lohnzahlung regelmäßig Sonntag morgens (bisher war es üblich nur halbjährlich Lohn zu zahlen), 9. jedem Gesellen sein eigenes Bett, einen Schrank mit Schloß und wöchentlich zwei Handtücher." (Vgl. O. Allmann, Geschichte der deutschen Bäcker- und Konditorenbewegung, Band III, S. 231 f)

Die Forderungen der Bäckergesellen trafen bei den Meistern auf einhellige Ablehnung: „Unerhörte Frechheit" war ihr Kommentar, und: „Man sollte, anstatt zuzulegen (an Lohn), noch abziehen". Otto Allmann, einer der Führer der Bäkkerbewegung, schreibt weiter zur Reaktion der Bäckermeister: „Auf jeden Fall müsse den Gesellen gezeigt werden, daß sich die Meister keine Vorschriften machen lassen, sondern daß sie vorläufig noch zu befehlen haben."

Der erste große Streik

Aufgrund der ablehnenden Haltung der Betriebsinhaber traten am 26. August 1886 etwa 1000 Bäckergesellen in den Streik. Es wurde ein Streikkomitee aus drei Arbeitern gebildet. Zum Verlauf des Streiks schreibt Allmann: „Die Arbeiterschaft und weite Kreise sympathisierten mit den Gesellen, und sah die Sache für diese anfänglich sehr günstig aus. Ein Brotboykott, der aber nicht durchgreifend organisiert war, erleichterte nur stellenweise die Kampfführung der Gesellen. Die Meister holten sich von allen Richtungen her die Streikbrecher waggonweise heran. Brotträger, Geschäftsleute und sonstige Arbeiter, die früher Bäcker waren, wurden als Streikbrecher herangezogen, und selbst staatliche Quaiarbeiter versuchte man in die Backstube zu ziehen. Die bürgerliche Presse versuchte, die Polizei gegen die Streikenden scharf zu machen."

Trotz des Einsatzes Hunderter von Streikbrechern – insbesondere aus den Städten Kiel, Lübeck, Bremen usw. –, trotz mangelnder Streikerfahrung der Bäckergewerkschaft und trotz einiger ernsthafter Differenzen innerhalb der Streikleitung, die Bäckergesellen von Hamburg hielten den Streik bis zum 8. Oktober 1886 aufrecht. Im Laufe des September wurde die Streikfront allerdings zunehmend aufgeweicht: Durch Versprechungen, Drohungen und Polizeischikanen verstanden es die Bäckermeister immer mehr, streikende Gesellen zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. Am 8.10.1886 beschloß eine von 400 Mann besuchte Streikversammlung, den Streik zu beenden.

Die meisten Forderungen konnten durchgesetzt werden. Allerdings nicht die wichtigste: Begrenzung des Arbeitstages auf 12 Stunden. Die Folgen dieses sechswöchigen Streiks waren für eine Reihe von Streikführern furchtbar: „Durch schwarze Listen der protzigsten Arbeitgeber, denen durch diesen Streik gewaltig der Kamm geschwollen war, wurden sie fortwährend gemaßregelt und aus der Stadt hinausgetrieben. Um eine Zufluchtstätte für die Gemaßregelten zu schaffen, wurde schließlich von der Arbeiterschaft im Winter 1887/88 eine Genossenschaftsbäckerei errichtet."

Festhalten muß man weiterhin, daß die Arbeiter damals keinerlei Rücklagen besaßen (Streikkasse oder ähnliches), sodaß sie vollständig auf Spenden von anderen Teilen der Arbeiterklasse bzw. Bäckergesellen aus anderen Gegenden Deutschlands angewiesen waren. Insgesamt betrug die Summe der Spenden 8855,12 Mark. Es spendeten u.a. die Fachvereine der Maurer (allein 1000 Mark), Zimmerer, Tischler, Schneider, Sattler, Klempner in Hamburg. Von außerhalb Hamburgs trafen u.a. Spenden ein von Bäckergesellen aus Leipzig, Dresden, Bremen, Frankfurt, Wiesbaden, Würzburg, Chemnitz, Breslau, Berlin und dies, obwohl die Bäckermeister in ganz Deutschland auf die „Faulenzer und Streikenden aus Hamburg-Altona" hetzten. Da die Ausgaben während des Streiks 9844,95 Mark betrugen, mußte die Bäckergewerkschaft ein Defizit von 989,83 Mark tragen.

Die Arbeiter geben sich nicht geschlagen

Dieser erste große Bäckerstreik in Hamburg fand also große Solidarität in der Arbeiterklasse Hamburgs und unter den Bäckereiarbeitern in ganz Deutschland. Er hat insbesondere für den Aufbau der Bäckergewerkschaft große Bedeutung gehabt. Otto Allmann drückt das so aus: „Der Organisationsgedanke hatte bei den Kollegen tiefe Wurzeln geschlagen."

Zwölf Jahre später waren es wiederum die Bäckereiarbeiter in Hamburg, die den Kampf der Bäckergesellen gegen die unmenschlichen Arbeitsbedingungen und um höheren Lohn einen entscheidenden Schritt voranbrachten. Dazu wieder Otto Allmann: „Den gewaltigsten Kampf, den die deutschen Bäckergesellen jemals durchzufechten hatten, brachte uns in dem Städtekomplex Hamburg-Altona-Wandsbek das Jahr 1898. ... Zwischen den Ereignissen des Jahres 1886 und 1898 bestand ein gewisser Zusammenhang. Der unerträgliche Druck, der die Hamburger Bäckergehilfen im Jahre 1886 sich wild emporbäumen hatte lassen, war seither nicht geringer geworden. Im Gegenteil!"

Die Bäckergewerkschaft hatte mittels einer Statistik die katastrophalen Zustände in Hamburgs Bäckereien öffentlich enthüllt. Wütend über diese Enthüllungen erließen die Bäckerinnungen eine „Haus- und Backstubenordnung", die u.a. Fremden den Zutritt „in allen Räumen der Bäckerei" verbot. Damit wollten die Meister erstens „unberufene" Augen von den „Geheimnissen der Backstube" fernhalten und damit ihre eigene Ausbeutungspraktiken vor der Öffentlichkeit abschirmen, zweitens sollten dadurch die Gesellen noch mehr als früher von der Umwelt abgeschlossen werden und ihr Dasein als Arbeitsvieh verewigt werden.

Daraufhin erhoben die Gesellen auf einer großen Versammlung die Forderung nach Abschaffung des Kost- und Logiswesens und Bezahlung eines Minimallohnes von 21 Mark. Die Innungen lehnten die Forderungen einstimmig ab. Aber – so Otto Allmann – „der Stein war einmal im Rollen und nicht mehr aufzuhalten".

Die Gewerkschaft erhielt in den Monaten März – Juni 1898 großen Zulauf: 699 Mitglieder traten neu ein, so daß im Juni 1898 genau 1119 Gesellen im Bäckerverband organisiert waren. Am 28. April und 5. Mai fanden öffentliche Versammlungen der Bäckergesellen in Hamburg, Altona und Wandsbek statt, die die Vorstände ermächtigten, zur geeigneten Zeit den Streik für die Forderung nach Abschaffung des Kost- und Logiswesens und des Minimallohns von 21 Mark auszurufen. Außerdem sollte gefordert werden die strikte Einhaltung des inzwischen gesetzlich durchgesetzten Normalarbeitstags von 12 Stunden!

Solidarität der Arbeiterbewegung

Die Bäckermeister hatten nichts Besseres zu tun, als die Forderungen der Gesellen zu verhöhnen. Als sie merkten, daß die Streikbereitschaft groß war, begannen sie bereits im voraus, Streikbrecher heranzuschaffen. Allmann: „6 Mark pro Tag wollten sie nach einem Geheimzirkular jedem Streikbrecher für die Dauer der Bewegung zahlen, nur um ihren Gesellen den verlangten Minimallohn von 3 Mark pro Tag nicht gewähren zu müssen."

Bis zum 22.6.1898 hatten 44 Bäckereien, meist Großbetriebe und Grobbäckereien, die zusammen 231 Gesellen beschäftigten, die Arbeiterforderungen akzeptiert. „An diesem Tag erfolgte die formelle Kriegserklärung. In einer öffentlichen, von mindestens 1200 Personen besuchten Versammlung der Bäckergehilfen von Hamburg, Altona, Wandsbek beschlossen diese mit 894 gegen 180 Stimmen, in den Bäckereien, welche die Forderungen noch nicht bewilligten, die Arbeit einzustellen." Am nächsten Morgen begann der zweite große Hamburger Bäckerstreik, der insgesamt 13 Wochen (bis zum 20.9.1898) dauerte.

Die Polizei leistete den Bäckermeistern sofort Unterstützung, indem sie Streikposten auf den Bahnhöfen festsetzte. Die Meister jubelten und erklärten, die Stellen der Streikenden seien bald wieder besetzt, der Streik hätte keinen Sinn mehr. Aber: „Sie hatten nicht mit der Gesamtheit der Arbeiterschaft gerechnet. Am 24. Juni faßten die Gewerkschaftskartelle von Hamburg-Altona-Wandsbek folgenden Beschluß: ‚Die Versammlung des Gewerkschaftskartells erklärt die Forderungen der streikenden Bäcker für äußerst bescheidene, als Minimum dessen, was ein Arbeiter in Hamburg-Altona zum Lebensunterhalt braucht. Sie sieht in der vollständigen Ablehnung dieser Forderungen eine brüske Herausforderung der Solidarität der Arbeiterschaft von Hamburg und Umgebung. Die heute hier versammelten Vertreter der organisierten Arbeiterschaft erklären sich mit den Streikenden solidarisch und versprechen, mit allen Kräften und Mitteln dahin zu wirken, daß der Sieg der Bäckergehilfen ein vollständiger werde.'" (Allmann, a.a.O., S. 301)

Als Unterstützungsmaßnahmen beschlossen die Gewerkschaftskartelle, sofort Spendensammlungen zu organisieren, über alle Bäckereien, die die Forderungen der Gesellen bekämpfen, einen **Boykott** zu verhängen, alle Brothändler, die Brot aus boykottierten Bäckereien beziehen, ebenfalls zu boykottieren. Um den Erfolg des Boykotts zu gewährleisten und um der Bevölkerung die Kontrolle der Brotträger und -händler zu ermöglichen, stellte die Streikleitung denjenigen Brothändlern Bescheinigungen aus, die anerkannt „boykottfreies" Brot führten. Allein diese Maßnahme bewirkte bereits, daß 191 Bäkkereien die Forderungen der Gesellen akzeptierten!

Die Forderungen werden durchgesetzt

Da trat der Arbeitgeberverband auf den Plan: „Unter der Vorspiegelung, daß er ihnen allwöchentlich die durch den Boykott entstandenen Verluste erstatten werde, verstand er es, die Meister zu weiterem Widerstand gegen die Forderungen der Streikenden aufzustacheln ... In Flugblättern, welche die Innungen verbreiteten, wurde außerdem kräftig der rote Lappen geschwungen, um den Streikenden die Sympathie des Publikums zu rauben. Aber auch die Arbeiterschaft blieb nicht untätig. In massenhaft besuchten Volks- und Frauenversammlungen wurde für die immer schärfere Handhabung des Boykotts Propaganda gemacht. Daß diese Propaganda wesentlichen Erfolg hatte, zeigte das jämmerliche Verhalten der boykottierten Bäkkermeister, die nun zu einem der erbärmlichsten Kampfesmittel griffen: zur Denunziation. Die kleinen und mittleren Beamten, die Schullehrer usw., die den Boykott handhabten, wurden mit der Anzeige bei ihren vorgesetzten Behörden bedroht ... Diese Erbärmlichkeit wurde aber von der Arbeiterschaft in einem Flugblatt gebrandmarkt, welches in einer Auflage von beinahe einer Viertelmillion in allen Wohnungen des Streikgebiets verbreitet wurde." (Allmann, S. 302)

Dadurch, daß die gesamte Kraft der Arbeiterschaft in diesem Streikkampf auf seiten der Bäkkergesellen in die Waagschale geworfen wurde, wurde nach und nach die Front der Bäckermeister zerrieben. Mitte September hatten fast alle Bäckermeister die Forderungen der Gesellen akzeptiert! Die Zahl der Arbeitslosen war zu diesem Zeitpunkt bereits geringer als vor dem Streik.

Eine Gewerkschaftsversammlung der Bäckergesellen erklärte am 20.9.1898 den Streik für beendet, dankte der Hamburger Bevölkerung für ihre Unterstützung und forderte sie auf, die wenigen Bäckereien, die sich gegen die Forderungen der Gesellen stellten, weiterhin zu boykottieren. Allmann: „Damit war der Riesenkampf mit einem vollen Siege der streitenden Arbeiter beendet. Der Hamburger Kampf hatte für unsere Bewegung eine weittragende Bedeutung. Es war bewiesen worden, daß es trotz allem doch möglich ist, in den verrotteten Zuständen unseres Berufes Änderungen zu schaffen. Die Botschaft hiervon klang anfeuernd in die Herzen Tausender Bäckergehilfen und ließ ihre Blicke sich hoffnungsvoll auf unsere Organisation richten. Darum wird diese Hamburger Bewegung ewig denkwürdig bleiben. In der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung aber wird sie einst ein Ruhmesblatt bilden als Verkörperung der opfermutigen Arbeiterschaft für eine einzelne geknechtete Arbeiterkategorie." (v., Hamburg)